KLAUS HOHMANN

Dr.-Ing. Herbert Werner Keller, Paderborner Stadtbaurat in der Symbiose von moderner Stadtplanung und Ideologie 1936-1939

1. Vorwort

Die Stadt Paderborn wurde vor allem durch zwei Großangriffe im Januar und März 1945 schwer getroffen. Der Luftangriff am 27. März löschte die Stadt fast aus. Sie war jetzt zu etwa 85 Prozent zerstört. In der historischen Altstadt blieb fast kein Gebäude verschont. Die Reparatur der Infrastruktur wurde jedoch nach Kriegsende ebenso wie die Enttrümmerung vorbildlich rasch abgeschlossen. Der bis 1954 im wesentlichen vollendete Wiederaufbau war in Deutschland in Vorgehensweise und Tempo modellhaft. Das Verdienst an dieser Leistung wird vor allem dem prominenten Architekten und Landesplaner Reinhold Niemeyer aus Peckelsheim nahe Paderborn zugeschrieben. Dieser betrieb bis 1933 in Frankfurt am Main als Stadtbaurat eine rigorose Sanierungspolitik, war nach 1937 Landesrat der Provinz Brandenburg, 1943 bis 1945 Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung und gleichzeitig Mitglied im Stab des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer. Dieser Stab war schon im Krieg entschlossen, den Wiederaufbau der zerstörten Städte als einmalige Chance einer grundlegenden Erneuerung wahrzunehmen und auch die Verkehrssysteme an die Anforderungen des zu erwartenden Massenverkehrs anzupassen. Das Kriegsende erlebte Niemeyer mit einem Teil des Stabes in Corvey an der Weser. Von dort kam er nach Paderborn, wo er ohne jede offizielle Funktion als Chefplaner von 1946 bis 1950 den Wiederaufbau der Stadt leitete, der aus ihr, von der erhaltenen Grundstruktur und einigen wiedererstandenen Bauten abgesehen, eine moderne Mittelstadt machte. 1950 wechselte Niemeyer nach Bielefeld.[1]

Der Tochter Dr. Kellers, Frau Waltraut Schneiderhahl in Rückersdorf, verdanke ich wichtige mündliche Informationen und vor allem biographische und planerische Materialien aus dem Nachlaß ihres Vaters, die in wesentlichen Aspekten Lücken in der Paderborner archivalischen Überlieferung schlossen. Dem Leiter des Stadtarchivs, Rolf-Dietrich Müller, danke ich für mancherlei Hilfe bei der biographischen Recherche und für die kritische Durchsicht des Textes. Für das Korrekturlesen danke ich auch meinem Bruder Dr. Friedrich Gerhard Hohmann.

1 Zur Zerstörung und zum Wiederaufbau s. Marc *Locker,* Regina *Prill,* Eva-Maria *Kühnel,* Melanie *Knaup,* Carsten *Schulte* (Hg.), Als die Bomben fielen ... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945 (Paderborner Beiträge zur Geschichte, Bd. 7), Paderborn 1998; Rudolf *Kiepke* (Hg.), Paderborn. Werden. Untergang. Wiedererstehen, Paderborn 1949; Hermann *Tölle,* Die Stadt, hg. v. Verkehrsverein Paderborn, 1955; Willi *Schmidt*, Stadt Paderborn. Ein Jahrzehnt Aufbau und Planung, Stuttgart 1955; Paderborn 1945-1955. Zerstörung und Aufbau, Ausstellungskatalog, hg. v. der Stadt Paderborn und Universität-Gesamthochschule Paderborn, Paderborn 1987; Barbara *Stambolis*, Stadtplanung und Aufbau kriegszerstörter Städte nach 1945. Konzepte, Handlungsfelder und personelle Kompetenzen am Beispiel des Neuaufbaus in Paderborn, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 146, 1996, S. 351ff.; Barbara *Stambolis*, Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945, in: Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, 22. Jg., 4/1995, S. 383ff.; Barbara *Stambolis,* Jahrzehnte des Umbruchs

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Wesentliche städtebauliche Neuerungen der Nachkriegszeit finden sich aber nicht erst in den Planungen seit 1946. Vielmehr sind sie schon vom Stadtbaurat Dr.-Ing. Herbert Werner Keller in seiner Paderborner Amtszeit von 1936 bis 1939 geplant worden. Da er nur knapp dreieinhalb Jahre in der Stadt tätig war und seine Planungen langfristig angelegt waren, konnte er davon weniges beginnen bzw. realisieren, hinterließ der Stadt aber beim Fortgang zwei Bände mit seinen städtebaulichen Arbeiten.[2] Die Nähe zu der Nachkriegsplanung ist verblüffend und läßt einen unmittelbaren Zusammenhang zwingend annehmen. Name und Planungsbände sind aber in den Planungsmaterialien der Nachkriegsplaner nirgendwo erwähnt. In den Publikationen zur Stadtgeschichte nach 1945 ist Kellers Stadtplanung übergangen oder allenfalls knapp erwähnt. Eine Ausnahme ist Rolf-Dietrich Müllers Darstellung der Zusammenarbeit Kellers mit dem Heimatverein, in der die stadtgeschichtliche Bedeutung der Planungsbände knapp, aber sehr deutlich herausgestellt ist.[3] Dieses auffällige Verschweigen der zukunftsträchtigen Vorkriegsplanung Kellers, ja selbst seines Namens seit 1945 erklärt sich vielleicht aus dem Ehrgeiz Niemeyers und der Paderborner Mitarbeiter, ihr Wirken als eigenständige, Renommee verschaffende Leistung erscheinen zu lassen, mehr noch aber mit Sicherheit aus der in Paderborn schon vor der Anklage gegen Keller im Jahr 1948 herrschenden Ansicht, daß er Mittäter bei der Brandstiftung der Synagoge im November 1938 gewesen sei. Er wurde 1949 als einer der Hauptangeklagten zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. In Paderborn galt er offenbar als moralisch so disqualifiziert, daß der Einfluß seiner planerischen Vorlagen auf die Stadterneuerung unterschlagen wurde.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, Kellers zukunftsweisender fachlicher Tätigkeit in Paderborn zu einer angemessenen Würdigung zu verhelfen, unbeschadet ihrer ideologischen Implikationen sowie der Beurteilung seines Verhaltens am 10. November 1938 als dem Paderborner Pogromtag gegen die jüdischen Mitbürger.

Darüber hinaus trägt die Beschäftigung mit Kellers Wirken in Paderborn in der Ebene einer eher traditionell geprägten Mittelstadt zur gegenwärtigen kontrovers geführten wissenschaftlichen Diskussion über Nationalsozialismus und Modernisierung bei. In dieser geht es um die Frage, inwieweit die Herrschaft der Nationalsozialisten nicht nur einen Kulturbruch und eine Verirrung in eine rückwärts gewandte mythische Gedankenwelt mit sich gebracht, sondern auch wichtige moderne Entwicklungen weitergeführt bzw. weiterentwickelt habe, um sie den eigenen politischen und ideologischen Zwecken nutzbar zu machen. Die Jahre zwischen 1918 und 1945 erscheinen in der Modernisierungsthese in vielen Aspekten als eine Einheit, allerdings seit Kriegsbeginn 1939 unter stark veränderten Bedingungen. Erforscht werden auch Kontinuitätslinien über 1945

(1945-1975), in: Frank *Göttmann*, Karl *Hüser*, Jörg *Jarnut* (Hg.), Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3, Paderborn 1999, S. 265ff.

2 Herbert *Keller*, Städtebauliche Arbeiten und Pläne für Paderborn, 1939, Stadtarchiv Paderborn, A 6020/6021

3 Rolf-Dietrich *Müller*, 100 Jahre Heimatverein e. V. 1888-1988, Paderborn 1988, S. 36ff., besonders S. 38; Barbara *Stambolis* ging fälschlich davon aus, Kellers Gutachten von 1939 habe nach 1945 nur durch seine Existenz als solche die Notwendigkeit der Modernisierung unterstrichen, aber nicht auf die einzelnen Maßnahmen Einfluß genommen, s. Städtebaulicher Umbruch (wie Anm. 1), S. 391.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

hinaus. Entgegen der Kulturbruch-These ist gerade die Kontinuität der Raum- und Stadtplanung von der Epoche der Weimarer Republik durch die NS-Jahre hindurch bis in die Gegenwart nicht zu übersehen.[4]

2. Lebenslauf

Keller ist eines von neun Kindern des Iserlohner Schuhmachermeisters Hermann Keller, geboren am 5. November 1853 in Hennen (heute Iserlohn), und seiner Ehefrau Maria, geb. Hens, geboren am 5. April 1858 in Iserlohn. Der Vater starb 1925, die Mutter 1938.[5]

Herbert Werner Keller wurde am 12. Februar 1902 geboren. Die Schulzeit schloß er am Iserlohner Realgymnasium 1921 mit dem Abitur ab. Auf eine eineinhalbjährige praktische Tätigkeit folgte von 1922 bis 1926 das Architekturstudium an den Technischen Hochschulen Stuttgart und Hannover mit dem Schwerpunkt Städtebau, Siedlungswesen und neue Bauweisen. In Stuttgart verfertigte er 1924/25 als Studienarbeit u. a. einen Abänderungsvorschlag für einen Stadtteil. In den Ferien arbeitete er in Architekturbüros, war u. a. 1925 beim Gladbecker Architekten Rolf am Wettbewerb für das Düsseldorfer Rathaus beteiligt. In Hannover verfertigte er bei den Professoren Wickop und Vetterlein Planungen einer ländlichen Siedlung und einen Stadterweiterungsplan für seine Heimatstadt. Thema der mit „sehr gut" benoteten Diplomarbeit bei Vetterlein war die Künstlerkolonie Wernigerode am Harz. Bei Vetterlein legte er auch die Prüfung im Wahlfach „Städtebau und Siedlungswesen" ab. Vetterlein war für mehrere Bezirksregierungen Fachberater bei Stadtbebauungsplänen. Er publizierte 1932/33 an der Forschungsstelle der TH für Flächenwirtschaft und Landesplanung über Siedlungsfragen im niedersächsischen Raum.[6]

Seit März 1926 beteiligte Keller sich als Privatassistent Wickops an dessen Bebauungsplan für die Stadt Neuß. Über Wickop wurde er auch mit den städtebaulichen Arbeiten des bekannten Kölner Stadtplaners Fritz Schumacher vertraut, der inzwischen als Baudirektor in Hamburg wirkte und den er ebenso wie den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer persönlich kennenlernte. Schumacher beeinflußte Kellers städtebaulichen Vorstellungen maßgeblich. 1927 folgten in der zweijährigen Tätigkeit als Regierungsbauführer im Archi-

4 Michael *Prinz* / Rainer *Zitelmann* (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, 2. Auflage 1994, darin besonders Rolf *Messerschmidt*, Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null", S. 117ff. und Werner *Durth*, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich, S. 139ff.; Helmut *Weihsmann*, Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs, Wien 1998; Werner *Durth*, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, Stuttgart/Zürich 2001; einen Überblick über den aktuellen Stand des wissenschaftlichen Diskurses bietet Riccardo *Bavaj*, Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003; Bavaj betont die Instrumentalisierung moderner Elemente für das rückwärts gewandte Weltbild, zeigt andererseits das Vorherrschen der Modernisierungsthese in jüngster Zeit.

5 Prozeßakte Keller und andere, Staatsarchiv Detmold (StA Dt) , D 21 C Zug. 2/77 Nr. 62, Bd. 22, Bl. 805; Auskünfte Stadtarchiv Iserlohn, übernommen in Schreiben Stadtarchiv Paderborn (StA Pb) 25. 9. 2003 an den Verfasser (dort: 7 Kinder), StA Pb, Neuzugang; ein Bruder der Ehefrau wurde nach 1945 Oberbürgermeister in Iserlohn.

6 Zu Vetterlein s. Reinhard *Oberschelp* (Hg.), Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums (GV), Bd. 138, 1981, S. 497

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

tekturbüro des Düsseldorfer Regierungsbaumeisters Spiegel u. a. Planungen für die Einzelhäuser einer dortigen Künstlersiedlung und für einen Wuppertaler Stadtteil.

Vom 6. Januar 1929 an war Keller zur Promotion wieder in Hannover, wo er bis zum 31. Mai 1931 am Lehrstuhl für Handwerkskunde der TH Assistent Professor Wickops war.[7] Die weitere Ausbildung absolvierte Keller anschließend bis zum 29. Februar 1932 als Regierungsbauführer beim Preußischen Hochbauamt und der Preußischen Regierung in Hannover

In seiner Studienzeit lernte Keller die Iserlohnerin Anna Wilhelmine Pollhoff kennen. Die beiden heirateten am 16. September 1927 (Abb. 1). Aus der Ehe gingen 1931 und 1932 zwei Töchter, Waltraut und Lore, als erste von vier Kindern hervor.[8] Am 21. Dezember 1931 wurde Keller promoviert. Thema seiner ebenfalls mit „sehr gut" benoteten Dissertation waren „Untersuchung und Vergleich der Wirtschaftlichkeit einiger Außenwandbauweisen im Wohnhausbau".[9] Von Hannover ging Keller nach Berlin, wo er am 13. Mai 1932 die große Staatsprüfung ablegte und am 21. Mai 1932 zum Regierungsbaumeister ernannt wurde. Am 1. Februar 1932 trat er mit der Mitgliedsnummer 930.737 der NSDAP bei.[10] Angesichts der Brüningschen Notverordnungen als Folge der Weltwirtschaftskrise ohne Anstellungschance im öffentlichen Dienst, betätigte er sich bis 1934 als freischaffender Architekt in Iserlohn. Er errichtete Wohnbauten sowie für die Firma Rohländer und für die Firma Rumpf in Altena/Westfalen Industriebauten, war ferner mit Schätzungen von Industrieanlagen beschäftigt. 1933 wurde er für kurze Zeit bis 1934 Mitglied der SA-Reserve. Seine Frau trat nie einer NS-Organisation bei.[11]

Es folgte vom 7. November 1934 bis zum 14. Juli 1936 eine Tätigkeit als Regierungsbaumeister mit Privatdienstvertrag beim Heeresbauamt Bremen in der Neubauleitung unter dem Regierungsbaurat Schander, speziell im Bereich Kasernenanlagen für technische Truppenteile.[12] Von Bremen nach Trier versetzt, erbat er dort nach zwei Wochen die Freigabe, um die Paderborner Stelle annehmen zu können.[13] Ein Brief an die Mutter vom 27. März 1936 zeigt, daß Keller die Tätigkeit im Kasernenbau nur als Notlösung ansah und sich Hoffnung auf die Stelle des Stadtbaurats in Mainz machte, wo er in die engste Aus-

7 Diese und die folgenden Lebensdaten, soweit nicht eigens vermerkt: Lebenslauf bis 1931 in der Dissertation, TH Hannover, s. *Oberschelp*, GV, Bd. 67, 1978, S. 163; undatierte Auflistung Kellers über städtebauliche Arbeiten 1925-1927 im Nachlaß, Kopie im StA Pb, Neuzugang; StA Pb, Fragment der Personalakte, J. 603; Prozeßakte (wie Anm. 5), Anlage zu Bl. 478 u. 498ff.; Schreiben der Stadt Paderborn an den Regierungspräsidenten (RP) Minden 4. u. 6. 8. 1936, StA Pb, J. 603; Meldekarte Herbert Keller, StA Pb; Schreiben Stadtarchiv Bayreuth (StA Bayr.) 1. 12. 2003, StA Pb, Neuzugang; schriftliche und mündliche Mitteilungen der Tochter Waltraut Schneiderhahl, Rückersdorf bei Nürnberg, April 2004; zur beruflichen Arbeit in Daisendorf schriftliche Mitteilungen des Dipl.-Ing. Klaus Keller, Öhningen am Bodensee, der schon während des Architekturstudiums mit Schwerpunkt Stadtplanung in München an Aufträgen des Vaters mitarbeitete; die schriftlichen Mitteilungen der beiden Kinder Dr. Kellers und Kopien aus dem Nachlaß: StA Pb, Neuzugang

8 Meldekarte Herbert Keller, StA Pb; Prozeßakte (wie Anm. 5), Bl. 498ff.; StA Bayr., wie Anm. 7

9 *Oberschelp*, GV, Bd. 67, wie Anm. 7

10 Schreiben Stadtrat Seidler an RP Minden, Personalakte, wie Anm. 7

11 Erklärung Kellers zum Urteil, 7. 9. 1949, Prozeßakte (wie Anm. 5), Anlage zu Bl. 478

12 Ibid., Bl. 373; schriftliche Auskunft W. Schneiderhahl, wie Anm. 7

13 Schriftliche Auskunft W. Schneiderhahl, ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wahl gelangte und offenbar nur an der fehlenden Berufspraxis in der Stadtplanung scheiterte. Keller wollte daher trotz guter Zusammenarbeit mit dem Leiter des Heeresbauamts so schnell wie möglich aus diesem ausscheiden und eine Anstellung im kommunalen Dienst erreichen, um die fehlende berufliche Praxis zu gewinnen.[14] Diese Gelegenheit bot sich bald darauf plötzlich in Paderborn.

Hier wirkte Keller vom August 1936 an für drei und ein Drittel Jahre als Städtischer Baurat, wurde dann zum 1. Dezember 1939 als Städtischer Oberbaurat nach Bayreuth berufen, wo er wiederum, jetzt wegen des Krieges, wenig Gelegenheit fand, planerische Ideen zu verwirklichen. Zivile Neubauten entstanden kaum noch. Kellers Planungen waren aber wie in Paderborn zukunftsträchtig. Bestimmend in der Bayreuther Stadtplanung war anfangs noch der Verfasser des Generalbebauungsplanes, der freie Architekt Hans Reissinger. Er „war eine sehr dominante Persönlichkeit und nutzte alle Möglichkeiten zur Einflußnahme".[15] Keller veränderte jedoch den Anfang 1940 von Reissinger vorgelegten Generalplan grundlegend. Dieser wurde nach dem Krieg in Kellers Version weitgehend umgesetzt, etwa in der Anlage der Ringstraßen um die Altstadt.[16] 1950 erklärte der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Kempfler, Keller habe vorgefundene Vorhaben trotz der widrigen Kriegsumstände mit hohem Einsatz zu Ende geführt. Er habe sich vor allem um den Wohnungsbau gekümmert. Nach Kellers eigener Aussage wurden in Bayreuth während seiner Amtszeit ca. 850 Wohnungen für etwa 3 000 bis 4 000 Personen gebaut. 1940 entwarf er eine Siedlung für den Osten des Festspielhügels und eine ausgedehnte Sportanlage, das „Gausportfeld". Auch diese Planungen wurden nach 1945 weitgehend realisiert. Zwischen der Familie Keller und der Schwiegertochter Richard Wagners, Winifred, sowie ihren Söhnen Wieland und Wolfgang entstand in den Bayreuther Jahren eine bleibende Freundschaft.

Nach dem Verbot ziviler Bauten durch einen Führererlaß 1942 und wegen Auseinandersetzungen mit der Gauleitung ging Keller vom Mai 1942 bis zum Frühjahr 1943 zur Einsatzgruppe „Wiking" der Organisation Todt nach Finnland und Nordnorwegen, wo am Polarkreis Straßen gebaut wurden. Er wurde schließlich wegen Krankheit beurlaubt, dann entlassen. Von Schwierigkeiten mit der Gauleitung berichtet auch Kellers Tochter Waltraut. Gemeinsam mit Kempfler habe er z. B. zunächst die Planierung des jüdischen Friedhofs verhindert, bis diese doch durchgesetzt wurde.[17] Wieder im Bayreuther Amt, oblag ihm die Planung von Behelfsheimen für Familien in Notlagen, die ein neuer Führererlaß 1943 zuließ. Gegen Kriegsende mußte er zum Volkssturm. Nach dem Zusammenbruch beteiligte er sich aktiv an der Leichenbergung, am Beseitigen von Blindgängern und an der Trümmerbeseitigung, sorgte für die rasche Instandsetzung der Wasserleitungen, der Kanalisation und der Straßen und plante den Wiederaufbau einiger Stadtbereiche.[18] Am 2. Juli entfernten ihn die

14 Brief W. Schneiderhahl 15. 4. 2004 mit Briefauszug und Kommentar, ibid.

15 StA Bayr., wie Anm. 8

16 Mündl. Auskunft W. Schneiderhahl 30. 4. 2004, wie Anm. 7

17 Ibid.

18 Prozeßakte, wie Anm. 11, u. a. Zeugnis des früheren Leiters der Bayreuther Technischen Nothilfe, schriftliche Auskunft W. Schneiderhahl, wie Anm. 7

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Alliierten aber aus dem Amt, ohne daß seine Verwicklung in die Brandstiftung der Paderborner Synagoge der amerikanischen Militärbehörde schon bekannt war.[19]

Während des Krieges hatte das Ehepaar 1940 und 1943 zwei Söhne, Klaus und Herbert, bekommen.[20] Ein 1945 geborenes Kind starb kurz nach der Geburt. Die Familie blieb in Bayreuth. Keller war als freier Architekt tätig. Er hatte eine Schnellbauweise entwickelt und baute in Bayreuth ein Fertighaus für sechs Familien, ferner ein Musterhaus in Neustadt bei Coburg und plante auch zweigeschossige Fertighäuser (Abb. 2). Er sah in der neuen Bauweise einen wichtigen Beitrag zur raschen Behebung der Wohnungsnot. Seine Doktorarbeit kam ihm dabei zu Hilfe. Bereits 1928 hatte er außerdem in Düsseldorf beim Regierungsbaumeister Spiegel bei der Errichtung von Stahlbauten mitgewirkt.[21] Auch wurde er als Gutachter für das Land- und Amtsgericht tätig.

Keller hatte jedoch berufliche Schwierigkeiten, die ihn zeitweise zur Schließung seines Büros zwangen. Eine Anzeige neidischer Kollegen sei der Grund gewesen. Näheres dazu läßt sich nicht erschließen.[22] Gegner erklärten, offensichtlich zu Unrecht, er sei ein Befehlsempfänger des Oberbürgermeisters bis 1945, Kempfler, gewesen. Ein aktuelles Schreiben aus Bayreuth zeigt das Andauern dieser Sichtweise.[23] Während des Verfahrens wegen des Synagogenbrands und der folgenden Monate der Haft 1948-50 sicherten Kellers Einnahmen kaum die Familienexistenz, vor allem vor den ersten Zahlungen für seine baulichen Arbeiten (s. unten). Die Bayreuther Kriminalpolizei erklärte am 5. Februar 1950, daß er nur 350 DM monatlich einnehme, aber eine hohe Hypothek abzuzahlen und laufende Verpflichtungen für das von ihm entwickelte Bauverfahren zu tragen habe. Größere Einnahmen seien erst zu erwarten für größere Modelle, an denen er arbeite. Er sei tätig auch für drei Bayreuther Firmen und eine westfälische Firma. Zugleich wurde ihm ein guter Ruf in Bayreuth bestätigt.[24] Im Entnazifizierungsverfahren wurde er am 20. August 1948 als Minderbelasteter eingestuft und am 21. Mai 1949 zu einer Geldstrafe von 200 DM verurteilt.[25] 1948 wurde er in Paderborn wegen von ihm vergeblich bestrittener aktiver Teilnahme an der Brandstiftung der dortigen Synagoge im November 1938 angeklagt und 1949 zu 17 Monaten Zuchthaus verurteilt. Kellers erste Einstufung im Entnazifizierungsverfahren wurde nach der Verurteilung durch die Berufungskammer München geändert. Er wurde in die „Gruppe der Belasteten" eingereiht. Ende 1950 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen. Vermutlich schon im Gnadengesuch vom 6. September 1950 auf Erlassen der Haft bemühte er sich um die Aufhebung der beamtenrechtlichen Folgen des Urteils, also um die Anerkennung seiner Dienstzeiten als Beamter

19 StA Bayr., Schreiben 19. 8. 2003, StA Pb, Neuzugang (dort: Entlassung Ende Juli)

20 Zu Klaus K. s. Anm. 7; Herbert K. wandte sich nach einem Graphikstudium später dem Messebau zu.

21 Prozeßakte, wie Anm. 11

22 Ibid.

23 Auskunft W. Schneiderhahl 30. 4. 2004; Schreiben StA Bayr., wie Anm. 8

24 Ibid. u. Bl. 671

25 Ibid. u. Bl. 373, Bl. 454

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

für seine Altersversorgung. Sein Ziel erreichte er 1955 auf dem Gnadenweg, zugleich erlangte er wieder die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden. Mitte der fünfziger Jahre schlug er dennoch das Anerbieten seines früheren Bremer Vorgesetzten Schander ab, ihn in eine hohe Position im neuen Bonner Verteidigungsministerium zu holen. Die Stadt Bayreuth forderte wegen der Rentenansprüche am 3. September 1957 die Strafakten an (zum Gerichtsverfahren und zu den Begnadigungen s. Anhang).[26]

Seit etwa Ende 1961 arbeitete Keller als freier Architekt in Daisendorf bei Meersburg am Bodensee. Vom Landkreis Überlingen bzw. dem Regierungspräsidium Freiburg erhielt Keller den Auftrag, einen Flächennutzungsplan für einige Daisendorfer Baugebiete zu erstellen, ferner den Auftrag für die gesamte Bebauungsplanung zweier Baugebiete des Ortes, vom Grunderwerb und der Erschließung samt Straßenbau bis zur Bebauung, den er 1959 bis 1970 ausführte.[27] Die Familie wohnte 1973/74 für anderthalb Jahre im nahen Uhldingen-Mühlhofen, dann wieder in Daisendorf. Anfang August 1979 zog das Ehepaar am See nochmals um nach Überlingen-Nußdorf.[28] Von Daisendorf aus erreichte Keller, daß seine Dienstzeiten als Beamter auf seine Rente angerechnet wurden. Er erhielt seit Anfang 1970 eine sehr bescheidene Rente.[29] Anna Keller starb am 18. März 1981 in Überlingen, ihr Mann am 12. April 1984 im Schweizer Bodenseeort Kreuzlingen.[30] Die Urnen der Eheleute wurden von Überlingen nach Nürnberg überführt.[31]

3. Das Paderborner Bewerbungsverfahren

In die Stadt Paderborn kam Keller nach einem längeren Auswahlverfahren für die Stelle eines zweiten Städtischen Baurats. Der seit 1919 amtierende und am 6. Mai 1931 einstimmig auf zwölf Jahre wiedergewählte Städtische Baurat Paul Michels war seit dem 26. September 1935 vom Dienst suspendiert, weil er bei jüdischen Kaufleuten im Kaufhaus Steinberg und Grünebaum eingekauft und damit einen „Menschenauflauf" hervorgerufen haben sollte, wie der Bürgermeister gegenüber dem Landrat Homann unterstellte.[32] Der tatsächliche Vorgang stellt sich so dar, daß die unerschrockene Familie mehrfach in dem Kaufhaus eingekauft hatte, der Stadtrat SS-Standartenführer Jostmeier eine Demonstration der Deutschen Arbeitsfront gegen Michels auf dem Marktplatz organisierte und eine schriftliche Erklärung Michels', in der er drei Einkäufe bedauernd bestätigte sowie die Unterlassung weiterer Käufe bei Grünebaum garantierte, ohne Wirkung blieb. Jostmeier sah wohl Chancen, Nachfolger des Bau-

26 Ibid. Bl. 533

27 Pläne Baugebiete Wohrenberg und Terrassenhäuser-Anlage Gärtlesberg, beide Daisendorf, Nachlaß Keller, Kopien StA Pb, Neuzugang

28 S. Anm. 7

29 S. auch Schreiben der Stadt Bayreuth an die Stadt Paderborn 26. 8. 1957 u. 21. 5. 1969, Personalakte, wie Anm. 7; Schreiben StA Bayr. 1. 12. 2003, StA Pb, Neuzugang

30 Auskünfte StA Iserlohn, wie Anm. 5; mdl. Auskunft Gemeindeverwaltung Daisendorf

31 Schreiben Stadt Überlingen 17. 12. 2003, StA Pb, Neuzugang

32 Schreiben 7. 12. 1935, StA Pb, J 603

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

rats zu werden. Vor allem aber inszenierte der Stadtrat Karl Seidler, mit den Ressorts Personal, Schulen, Jugend und Fürsorge zweiter Mann hinter Bürgermeister Andreas de Voys und einflußreicher als dieser, die Intrige gegen Michels. Die Käufe bei Grünebaum waren nur ein Vorwand, den politisch verdächtigen Baurat loszuwerden. Seidler wurde später am 2. Februar 1937 als Bürgermeister im benachbarten Salzkotten eingeführt und blieb dort bis 1945. De Voys, der erst am 1. Mai 1937 in die NSDAP eintrat, gab sein Amt gegen Ende dieses Jahres „freiwillig" auf und wurde wieder zweiter Bürgermeister wie schon von 1926 bis 1933. Der neue Bürgermeister Kurt Nobelmann, der 1932/33 schon in Paderborn als Regierungsassessor im Landratsamt tätig gewesen war, wurde am 19. Dezember 1936 berufen und am 4. Januar 1937 in sein Amt eingeführt. Er wechselte nach einjähriger Amtsdauer mit Jahresbeginn 1938 wieder in den Staatsdienst. Der bisherige Bürgermeister von Herford, Rudolf Kosiek, folgte ihm vom 1. April 1938 an.[33]

Der Suspendierung Michels' waren schon seit mehreren Jahren heftige Angriffe gegen ihn vorausgegangen. Im Mittelpunkt stand der pensionierte Eisenbahn-Betriebsingenieur Anton Vonderbeck, der seit 1928 in seiner wöchentlich, später monatlich erscheinenden, weitgehend von ihm selbst verfaßten Zeitung „Der grobe Paderborner" gegen die Behörden polemisierte und vor allem das Bauamt, bevorzugt dessen Leiter, in Fragen der Wasserversorgung und Kanalisation attackierte. Seit 1932 beteiligte sich auch ein nationalsozialistisches Kampfblättchen, „Der Filter", an den Angriffen gegen Michels wie gegen andere Beamte, die sich nicht der NSDAP anschlossen. Bürgermeisters de Voys deckte seine Baubeamten und zeigte Vonderbeck am 29. Januar 1935 bei der Staatsanwaltschaft an. Vonderbeck mußte laut Aktenauszug vom 19. Juli 1935 erklären, daß er beleidigende Ausdrücke wie „Lüge, Betrug, Schikaniererei" mit dem „Ausdruck d. Bedauerns" zurücknehme. Das half Michels letztlich nicht. Seit 1935 waren der Suspendierung Michels' auch scharfe Auseinandersetzungen mit den Gewerbetreibenden wegen städtischer Aufträge nach außen, dazu Konflikte wegen des Stadtbildes vorausgegangen, in die auch der Heimatverein involviert war. Leiter des Heimatvereins war seit dem 5. April 1935 Stadtrat Seidler. Er legte den Vorsitz am 9. November 1936 wegen des kommenden Wechsels nach Salzkotten nieder.[34]

Mit der Entfernung des bisherigen Baurats aus dem Dienst und der Einsetzung des Oberinspektors Bender als stellvertretender Leiter der Bauverwaltung außer in Baupolizeisachen, die de Voys sich in Einzelfällen vorbehielt,[35] brachte die Stadtverwaltung sich in eine schwierige Lage, da die Baubeamten der Arbeitsbelastung wegen der starken Bautätigkeit, der fortzuführenden Planung

33 Ludger *Grevelhörster*, Von Weltkrieg zu Weltkrieg (1914-1945), in: *Göttmann*, *Hüser*, *Jarnut*, Paderborn (wie Anm. 1), S. 234, S. 239f.; Erklärung Michels', StA Pb, nachgelassenen Akten, S 1/1, Neuzugang; Margit *Naarmann*, Die Paderborner Juden 1802-1945 (Paderborner historische Forschungen, Bd. 1), Paderborn 1988, S. 272; Martin *Wagner*, Chronik der Stadt Paderborn 1900-1939, StA Pb, A 5460; Karl *Hüser*, Barbara *Stambolis*, Unter dem Hakenkreuz: Im Gleichschritt, marsch! 1935-1945 (Paderborn in Bildern – Dokumenten – Zeugnissen H. 3), Paderborn 1989, S. 14

34 Michels, Akten, wie Anm. 33; Jens *Hippe*, Die Paderborner Pressegeschichte vom Ende des Kulturkampfes bis zur Nachkriegszeit, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität/GH Paderborn Nr. 12, Paderborn 1999, H. 2, S. 100ff.; Akte d. Staatsanwaltschaft nicht mehr vorhanden; Protokolle des Heimatvereins (HV), StA Pb, V 7/7

35 Schreiben Seidlers an Michels 27. 9. 1935, Michels, Akten, wie Anm. 33

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

der Kanalisation und der Errichtung von Heeresbauten nicht standhielten und erkrankt ausfielen. Der Bürgermeister drängte daher den Landrat auf rasche Besetzung der zweiten Bauratsstelle, die dieser im Stellenplan vom 8. November 1935 gebilligt hatte, weil Michels' Stelle blockiert war.[36]

In Kellers Personalakte findet sich die Ausschreibung vom 26. Dezember 1935 in Heft 52 der „Bauwelt", Berlin, vom 1. Januar 1936 im NSDAP- Zentralblatt „Die nationalsozialistische Gemeinde" des Münchener Eher-Verlags und vom 2. Januar 1936 in der „Schwartz'schen Vakanzenzeitung", Berlin. Der Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetags beschwerte sich am 6. Januar 1936, daß die Stadtverwaltung trotz wiederholter Mahnung nicht in der zuständigen Zeitschrift des Gemeindetags inseriert habe. Die Verwaltung reagierte offenbar nicht auf die erneute Aufforderung. Die Vorlage des Anzeigentextes vom 16. Dezember 1935 beschreibt knapp die Paderborner Gegebenheiten und die beruflichen Voraussetzungen: „Die Stelle des Leiters des Stadtbauamtes in Paderborn i. W., einer Stadt von 38.000 Einwohnern mit einer sehr lebhaften Entwicklung im öffentlichen und privaten Bauwesen und hervorragenden Kunstschätzen und geschichtlichen Bauten, ist sofort zu besetzen. Der Bewerber soll eine abgeschlossene technische Hochschulbildung besitzen und muß über eine bedeutende praktische Erfahrung im Hoch- und Tiefbau (Aufstellung des Flächen-, Aufteilungs-, Wirtschafts- und Bebauungsplanes, Baupolizei und eigenstädtische Bauwirtschaft) verfügen." Außerdem wurden u. a. ein „politisches Zuverlässigkeitszeugnis" und der Nachweis der „arischen" Abstammung, auch für die Ehefrau, verlangt. [37]

Ein vierköpfiger Ausschuß des Magistrats, dem neben dem ehrenamtlichen Beigeordneten Heydeck, später seit etwa Ende 1937 auch Leiter der NS-Ortsgruppe Ükern, dem stellvertretenden Kreisleiter der NSDAP, Ratsherr Jens, und dem Ratsherrn Lange bemerkenswert wahlweise de Voys oder Seidler angehörten, übernahm die Sichtung der Bewerbungen. Von den fünf Kandidaten der engeren Wahl, darunter Keller, sollten im zweiten Schritt drei weitere ausscheiden. Professor Niemeyer in seiner Eigenschaft als Präsident der Akademie für Städtebau sollte die fünf Kandidaten begutachten. Er antwortete de Voys am 15. Juli 1936, er wolle sich an einem dritten Ort, Hannover oder am liebsten Kassel, zu einer Besprechung anhand der Bewerbungsunterlagen einfinden, es solle aber der Bauunternehmer Dr. Köthenbürger hinzugezogen werden, mit dem er bereits „einige Einzelheiten über die städtebauliche Entwicklung der Stadt P." erörtert habe.[38] Niemeyers Einfluß auf das weitere Auswahlverfahren ist archivalisch nicht überliefert. Es ist anzunehmen, daß der letztlich beschlossene Dreiervorschlag und die Abstufung maßgeblich auf ihn zurückgehen. Angemerkt sei, daß er als Chefplaner des Paderborner Wiederaufbaus nach dem Krieg nicht ganz unvorbereitet an diese Aufgabe heranging.

Der Gemeinderat billigte am 29. Mai den Vorschlag der Kommission. Keller stand an dritter Stelle hinter den Mitbewerbern Siegfried Nagel und Adolf Leibold. Zunächst sollte sich nur Nagel vorstellen, die anderen jeweils nur, wenn

36 Schreiben 7. 12. 1935, Personalakte, wie Anm. 7

37 Personalakte, ibid.

38 Protokoll Gemeinderatssitzung 7. 5. 1936, ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

die vorrangigen Kandidaten ausschieden. In diese Phase des Verfahrens schaltete sich der Gau Westfalen-Nord ein. Der Gaukulturwart Bartels „bat" die Kreisleitung der NSDAP am 26. Mai, seine Entscheidung einzuholen. Das Protokoll der genannten Gemeinderatssitzung verharmlost Bartels' Anspruch als „Bitte um gutachtliche Beratung". Wenn Bartels schreibt: „Bei der baugeschichtlich so bedeutenden Geschichte der Stadt Paderborn und nachdem ich sehe, daß das neuere Bauschaffen in Paderborn sehr zu wünschen läßt, ist die Auswahl des Bewerbers nicht leicht", beleuchtet das außer seiner „Sprachkompetenz" das Nachwirken des Konflikts vom Vorjahr.[39]

Gaukulturwart Bartels teilte de Voys am 18. Juni mit, daß er sich nach Durchsicht der Bewerbungen für den Bewerber Nagel aus Sachsen entschieden habe, aber noch weitere Auskünfte anfordere. Nagel konnte wichtige Funktionen im Staatsdienst und im öffentlichen Bereich vorweisen. Ein handschriftlicher Zusatz vom 26. Juli zum schon genannten Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29. Mai ergibt, daß Nagel aus dem Verfahren inzwischen ausgeschieden war, weil er ins Preußische Ministerium des Inneren ging.

Der zweitgesetzte Kandidat Leibold aus Iznang bei Konstanz war mehr ein Mann der Praxis. Ein zweiter Zusatz zum besagten Protokoll vom 27. Juli bedeutete das faktische Scheitern der Bewerbung, da Leibolds Vorstellung nicht überzeugt hatte.[40]

Vor einer endgültigen Entscheidung sollte nun am 1. August Keller gehört werden. Da er sich überzeugend präsentierte und da die vakante Stelle angesichts vierwöchiger Beurlaubung des völlig überlasteten und erschöpften technischen Stadtoberinspektors noch dringender zu besetzen war, handelte Seidler nun eigenständig an de Voys, an der Partei und am Regierungspräsidenten vorbei und entschied sich für Keller, der unmittelbar seinen Dienst antrat. Seidlers Vorgehen belegt, daß er die Macht in der Stadtverwaltung in seinen Händen hatte, nicht aber der Bürgermeister. Er überging damit auch einen weiteren Bewerber, den der Regierungspräsident kurzfristig am 27. Juli ins Spiel gebracht hatte, den Diplomingenieur Stüber aus Schleswig. Er begründete sein Handeln in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten am 6. August[41] damit, daß Keller von Beginn an im Auswahlverfahren gewesen sei, daß er sehr gute Examensnoten habe, daß er in die engere Wahl genommen worden sei, daß er im Unterschied zu Stüber Mitglied der Partei sei und daß letzterer anders als Keller erst zum 1. Oktober verfügbar sei. In einer mehrseitigen auf den 4. August datierten Anlage verteidigte Seidler seine un-

39 Personalakte, ibid.

40 Bewerbungsunterlagen, ibid.; Nagel: Studium Dresden, Hochbauamt Dresden, Landbauamt Leipzig, Leiter d. Landesbauberatungsstelle i. Finanzministerium Dresden, 1934 i. Landesdenkmalrat b. sächs. Innenminister, seit 1936 als stellvertr. Vorsitzender, 1935 i. Direktorium d. Vereins f. kirchl. Kunst u. Mitglied i. Dt. Akademie f. Städtebau, Mitglied in NSDAP u. NSKK; Leibold: Studium München u. Karlsruhe, mehrjährige Tätigkeit i. verschiedenen Bauhandwerken in Architekturbüros, Siedlungsunternehmen, Hoch- u. Tiefbauunternehmen, Lehrender a. d. Baugewerbeschule Heidelberg, 1. Architekt d. Gelsenkirchener Bergwerks AG, Bürochef i. einem norddt. Architekturbüro

41 Ibid. Ein Brief Kellers an die Mutter vom selben Tag über seinen Amtsantritt bezeugt Seidlers Eigenmächtigkeit. Auf Nachfrage Kellers, ob der Bürgermeister über seine Berufung informiert sei, antwortete Seidler „ganz trocken, er würde es ja heute in der Zeitung nachlesen, wenn er sich die nachschicken ließe in den Urlaub". Nachlaß Keller, wie Anm. 7.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gewöhnliche Eigenmächtigkeit, für die er die alleinige Verantwortung übernehme: Die Ratsherren hätten ihm zum sofortigen Handeln geraten, die Stelle Michels' könne noch nicht besetzt werden, das Bauamt sei wegen des Ausfalls der Beamten trotz drängender Aufgaben nur eingeschränkt arbeitsfähig, Keller sei außerdem der richtige Mann als kompetenter Stadtplaner wegen der Assistentenzeit bei Vetterlein in Hannover (Irrtum Seidlers, s. o. Lebenslauf). Die Gauleitung in Münster habe Keller ihm gegenüber in einem Schreiben als überdurchschnittlich veranlagt empfohlen. Bei einem Aufschub der Entscheidung bis zum endgültigen Ministererlaß über Michels werde auch Keller mit Sicherheit absagen. Er habe auch Aussichten auf die Stelle des Stadtbaurats in Greifswald oder auf die des Landesbaurats in Ratzeburg. Wegen des Militärdienstes gebe es kaum andere Kandidaten.

Ausführlich geht Seidler auf die aktuellen Auseinandersetzungen über das Stadtbild und die Stadtplanung ein: „In den Systemjahren sind in Paderborn schwerwiegende Fehler in der Ausgestaltung der Straßen und des Städtebildes gemacht worden, eine Tatsache, die den Völkischen Beobachter in einer Betrachtung des östwestfälischen [sic!] Raumes am 6. Februar 1936 zu dem vernichtenden Urteil über Paderborn bewog, daß Paderborn eine Stadt von außerordentlicher Kulturbedeutung sei, aber im Laufe der Zeit durch Brände und unverständige Stadtväter zu einer wesenlosen Masse herabgewürdigt wäre [sic!]. Andere fachkundige Männer behaupteten, in Paderborn sei in den letzten zwanzig Jahren der Liberalismus in Stein verewigt." Die Stadt benötige „endlich einen Mann als Gestalter des Städtebildes" an der Spitze der Bauverwaltung, „der in der Lage ist, ab sofort weitere Fehler zu verhüten und Fehler der vergangenen Zeit, soweit dieses möglich ist, wieder-gut-zumachen". Seidler verweist dann auf die großen Vorhaben der neuen Panzerkaserne und des Luftkreisparks. Er habe „in Kenntnis der Unterlassungen auf dem Gebiete des Städtebaus" angesichts der großen Aufgaben den Antrag gestellt, das Wohnsiedlungsgesetz (vom 3. Juni 1934) für das Stadtgebiet Paderborns für anwendbar zu erklären. Keller besitze die notwendige Kompetenz im Aufstellen eines Städtebebauungs- oder Wirtschaftsplanes. Diesen forderte das Gesetz (s. u. Südstadtsiedlung).

Bei seiner Bewerbung um die Paderborner Stelle kam Keller zugute, daß er schon Anfang 1932 der NSDAP beigetreten war, also laut Seidlers Aussage im zitierten Schreiben an den Regierungspräsidenten als „alter Kämpfer" galt.

4. Die Paderborner Amtszeit

Den Dienst trat Keller am 1. August 1936 an, offiziell wurde er am 5. des Monats in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung als Städtischer Baurat auf Probe in sein Amt eingeführt. Am 18. Dezember 1936, nicht erst, wie zunächst vorgesehen, am 1. April 1937, folgte die Ernennung auf Lebenszeit. Sein Dezernatsbereich umfaßte: Hochbau-, Tiefbau- und Vermessungswesen, Baupolizei, Städtebau, Planung, Fuhrpark, Garten-, Friedhofs- und Liegenschaftsverwaltung.

Zu dieser Zeit war die dienstrechtliche Situation seines Vorgängers Michels in Paderborn immer noch ungeklärt. Er war unter Berufung auf § 6 des Geset-

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

zes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seit Ende Juli in den Ruhestand versetzt, die Entlassungsurkunde wurde ihm jedoch erst am 7. August zugesandt. Das Westfälische Volksblatt meldete die Entlassung am 12. August.[42]

Die Ausgangssituation

Keller kam nach Paderborn als ausgewiesener Fachmann für Fragen des Städtebaus, des Siedlungswesens und neuer Bauformen. Die Stadt war ihm nicht gänzlich unbekannt, da er als Jugendlicher während einer Wanderung schon einmal in ihr geweilt hatte. Er erklärte später, seine Bewerbung sei auch von dem damaligen Eindruck des schönen Stadtbildes beeinflußt gewesen.[43] Seidler hatte seine Entscheidung für Keller vor allem mit dessen Kenntnissen in der Stadtplanung begründet. Für Keller sprach aus seiner (irrigen) Sicht, „daß er Assistent des bekannten Städtebauers Professor Vetterlein in Hannover war. Daß Prof. Vetterlein der führende Mann auf dem Gebiete der Stadtplanung und bei mehreren Regierungspräsidenten Fachberater für die Aufstellung von Stadtbebauungsplänen und Wirtschaftsplänen ist und als solcher einen Ruf in ganz Deutschland besitzt, ist jedem Fachmann geläufig."[44] Seidler ging es primär darum, einen kompetenten Mann für die Siedlungspläne und für die Altstadtsanierung einzustellen: „Ich habe in Kenntnis der Unterlassungen auf dem Gebiete des Städtebaus in den vergangenen Jahren für Paderborn den Antrag gestellt, das Wohnsiedlungsgesetz für das Stadtgebiet Paderborns anwendbar zu erklären. Daß diesem Antrag durch eine Verordnung des Herrn Preuß. Ministerpräsidenten stattgegeben wird, erscheint mir nicht zweifelhaft. Demgemäß muß Paderborn Wert darauf legen, als Leiter des Stadtbauamtes einen Mann zu bekommen, der auf dem Gebiete der Aufstellung eines Stadtbebauungsplanes bzw. eines Wirtschaftsplanes eine ganz besondere Erfahrung besitzt."[45] Keller entwickelte vor der Paderborner Auswahlkommission in einer dreistündigen „Erörterung der Paderborner Verhältnisse" „vorzügliche Gedanken zur Frage, wie er sich die Beseitigung vorhandener Schäden und die Ausgestaltung des Städtebildes und die Lösung der z. Zt. vordringlichen Probleme denke ...".[46] In Seidlers Ausführungen spiegelt sich die Auseinandersetzung um das Bild der Altstadt und um die Neubaugebiete, die schon seit längerem anhielt und 1936 bis in Kellers erste Amtszeit hinein kulminierte.

Paderborn verharrte in den dreißiger Jahren noch in der Situation einer Mittelstadt ohne nennenswerte Industrie, die Einwohnerzahl war aber bis 1939 auf 42 490 angewachsen. Das erforderte eine rege Bautätigkeit und entsprechende städtische Planung.

Nach längerem Stillstand in der Nachkriegszeit war die Neubautätigkeit seit 1925 in Schwung gekommen und nach dem erneuten Rückschlag durch die Weltwirtschaftskrise intensiviert worden, vor allem durch das 1932 begonnene

42 Ibid.; Michels, Akten, wie Anm. 33
43 Prozeßakte Keller, wie Anm. 5, Bl. 481
44 Schreiben Seidlers, wie Anm. 41
45 Ibid.
46 Ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Siedlungsprojekt an der Schönen Aussicht und einige Großbauten.[47] Auch in der Altstadt entstanden viele Neubauten, die das „romantische" Bild der alten Stadt[48] veränderten, vor allem auf manchmal grobe Weise in das Straßenbild geschlossener giebelständiger Fachwerkbauten eingriffen. So gab es schon seit den zwanziger Jahren Kritik an der städtebaulichen Entwicklung.[49] In den dreißiger Jahren richteten sich von verschiedenen Seiten scharfe Vorwürfe vor allem gegen den Stadtbaurat Michels. Dieser erwarb sich Verdienste um das Vorantreiben der Kanalisationsarbeiten, war aber im übrigen eher historisch interessiert und mit der Dokumentation der Baudenkmäler, Inschriften und alten Familien beschäftigt. Vorgehalten wurde ihm vor allem, daß er sich nicht um eine wirksame städtische Planung der Neubaugebiete kümmere und in der Altstadt störende Neubauten zulasse. Einer der Kritiker war der oben erwähnte Anton Vonderbeck. Landgerichtsrat Coenen schickte am 25. Juli 1935 eine detaillierte Kritik von 24 Seiten Umfang an den Oberpräsidenten in Münster, den Regierungspräsidenten in Minden, den Landrat und den Provinzialkonservator.[50] Auf die Teilhabe des Völkischen Beobachters an der Kritik ist schon hingewiesen.[51] Bald darauf, am 21. Februar 1936, richtete der Heimatverein ein Schreiben an den Bürgermeister zu den Themen Neubauwesen, Gestalt des Marienplatzes und Fluchtlinienführung in der Altstadt: „Mit begründeter Besorgnis müssen wir und alle heimatliebenden Volksgenossen feststellen, daß die heutige Entwicklung des heimischen Bauwesens eine Richtung eingeschlagen hat, die schließlich zur völligen Verschandelung und Vernichtung des altüberkommenen Straßenbildes führen muß. Diesem entgegenzutreten und für die Erhaltung des alten Straßenbildes zu sorgen", das sei die erste und oberste Aufgabe des Heimatvereins. Es gehe um das „Straßenbild als ein von den Vorfahren übernommenes Erbgut, das nicht dem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit gehört und das wir den Nachfahren ungeschmälert zu hinterlassen haben". Das Schreiben beruft sich, vielleicht nur aus taktischen Gründen, auch auf nationalsozialistische ideologische Positionen: „In diesem Bemühen wissen wir uns einig mit den Bestrebungen des Führers und seiner Regierung, deren oberste Grundsätze die Worte umschreiben: Volkstum und Heimat – Blut und Boden."[52] Der Erhalt der giebelständigen Fassadenreihen, der Gäßchen und Winkel sei besonders wegen der Werbung für den Fremdenverkehr wichtig. Es dürfe keine weiteren baulichen Fremdkörper wie am zentral gelegenen Marienplatz geben, dessen Umbauung inzwischen in der Tat disharmonisch wirkte und mit einem Kinoneubau und dem Nachbarhaus die Giebelständigkeit durchbrach.[53] Der Verein forderte „eine gründliche Überprüfung der Bestimmungen für das öffentliche Bau- und Fluchtlinienwesen". In der Neustadt müsse die zerstreute Bebauung aufhören, die Siedlungshäuser sollten weniger gleichförmig sein, der Schil-

47 *Hüser*, Paderborn. Geschichte (wie Anm. 1), S. 190ff., S. 222

48 Albert *Renger-Patzsch*, Paderborn. Die schöne, alte Stadt vor der Zerstörung 1945, Paderborn 1949

49 *Stambolis*, Stadtplanung (wie Anm. 1), S. 358f.

50 Michels, Akten, wie Anm. 33

51 S. Anm. 41

52 Protokolle HV, wie Anm. 34

53 S. auch Protokoll HV 8. 12. 1935, ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

dern sei ein Beispiel, wie eine veränderte Fluchtlinie zum Verlust schöner Blicke führe.[54] Der Verkehrsverein schloß sich den Forderungen des Heimatvereins an. Bürgermeister de Voys nahm vor dem Verein in Anwesenheit Seidlers Stellung und versprach die Prüfung des Vorschlags.[55]

In der propagandistischen Vorbereitung des Westfalentages 1937, der auf Einladung Seidlers in seiner Doppelfunktion als Stadtrat und Vorsitzender des Heimatvereins in Paderborn stattfand, machte die Presse Ende Oktober 1936 ebenfalls für die „rasche „Entschandelung" und ein „schöneres Paderborn" Stimmung. Seidler wird im Widerspruch zur Feststellung der Verschandelung im selben Artikel mit dem Standpunkt zitiert, „daß die kommunale Entwicklung Paderborns in den letzten Jahren, daß ihre außerordentlichen Bemühungen um die Wahrung bodenständiger, deutscher und nationalsozialistischer Kultur, und daß schließlich die Schönheit ihrer Lage und die städtebauliche Pracht es rechtfertigen, noch einmal den Raum der Paderstadt auszuweiten zum Empfang der Volksgenossen aus der ganzen weiten und in prächtigem Artzusammenhalt lebenden Provinz Westfalen".[56] Drei Tage nach Erscheinen des Artikels referierte auf Einladung des Heimatvereins, d. h. Seidlers, der in der Heimatschutzbewegung und als Autor bekannte Paderborner Architekt Max Sonnen im selben Sinn über das Thema „Städtebauliche Fragen in Paderborn". Das harmonische Bild mittelalterlicher Städte sei „eine unmittelbare Folge des Gemeinschaftssinns" und des „Gemeinschaftswillens". Die Entstellungen durch Neubauten führte er auf den Wechsel vom deutschen Bodenrecht zum römischen Recht zurück: „Ich- und Eigenwillen machten sich auch im Bauen breit, die Bodenspekulation fraß sich ein, die Seelenlosigkeit griff Platz. Es folgte das Zauberwort ‚Industrie' mit seinen goldenen Gewinnaussichten. So gingen wir durch das 19. Jahrhundert, bis in die Zeit der furchtbaren Mietskasernen hinein." Im „Dritten Reich" ordne sich wieder alles „Familie, Volk und Heimat" unter. „Nicht der einzelne, sondern die ganze Gemeinde muß Wohnraum sein." In Paderborn seien „Rahmen und Form der Altstadt" vorgegeben. Aber auch in ihr gebe es viele Bausünden. „In der außerhalb der Mauern liegenden Neustadt" gebe es keine „einheitliche Linie". „‚Haarsträubende' Bausünden sind dort begangen worden. Ganze Straßenzüge könnten niedergerissen werden, ohne daß sie eine fühlbare Lücke hinterließen." Es müsse jetzt endgültig mit den Fehlern Schluß gemacht werden.[57] Fast gleichzeitig mit dieser Paderborner Kampagne wurde zudem im Novem-

54 S. auch Westf. Volksbl. 27. 2. 1936

55 Protokoll 28. 2. 1936, s. Anm. 52

56 Westf. Volksbl. 27. 10. 1936

57 Ibid.3. 11. 1936; der Architekt Dipl.-Ing. Max Sonnen hatte 1918 mit dem gleichnamigen, in Münster erschienenen Werk den Begriff „Weserrenaissance" bekannt gemacht. Er spielte in Münster eine wichtige Rolle in der Heimatbewegung, leitete das Bauberatungsbüro der Heimatschutzkommission und war gleichzeitig Leiter der Geschäftsstelle der Kommission. Aus dieser wurde Ende 1915 der Westfälische Heimatbund. Sonnen hatte die Satzung entworfen und wurde Geschäftsführer, schied aber 1921 aus dem Vorstand aus. Seit 1918 leitete er das Siedlungs- und Wohlfahrtsamt in Brilon, zog aber nach Paderborn. Von hier aus nahm er seine Pflichten in Münster und Brilon wahr. 1923 übernahm er die Leitung der Paderborner Abteilung des Bauamtes des Westfälischen Bauernvereins und plante den Neubau der Ländlichen Zentralkasse. 1927 errichtete er die Kreissparkasse Driburg; s. Gerhard *Kratzsch*, Engelbert Reichsfreiherr v. Kerckerinck zur Borg. Westfälischer Adel zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Münster 2004, S. 73, 107, 110f., 189ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

ber 1936 der heimattümelnde Regionalstil durch den Reichsarbeitsminister in einer Verordnung über Baugestaltung zwingend vorgeschrieben, die das Westfälische Volksblatt am 17. des Monats wiedergab: „Unsere Städte und Dörfer hatten ursprünglich trotz aller Vielgestaltigkeit im einzelnen ein einheitliches Gepräge. Sie waren Ausdruck des deutschen Gemeinsinns und hochstehender deutscher Baukultur. Durch nachträgliche bauliche Eingriffe, die ohne Rücksicht auf das Gesamtbild erfolgten, ist das harmonische Orts- und Landschaftsbild vielfach zerstört und verunstaltet worden. Die in den letzten Jahrzehnten entstandenen Ortschaften und Ortsteile zeigen oft ein ungeregeltes Durcheinander verschiedenster Architektur und Stilformen, bauliches Pfuschertum und bauliche Zersplitterung. Bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung fehlte es vor allem an zielbewußter Führung. Wo sie erstrebt wurde, reichten die gesetzlichen Befugnisse meist nicht aus, die Unterordnung unter diese Führung auch gegen den Willen des Bauherrn oder Architekten durchzusetzen." Reichseinheitliche Vorschriften sollten die Beseitigung von Störungen herbeiführen und zukünftige bauliche Mißgriffe verhindern. Im hier zitierten Bericht des Westfälischen Volksblatts wird auch der antiindividualistische und totalitäre Grundzug der Baupolitik deutlich.

Damit waren die grundsätzlichen und die konkreten örtlichen Erwartungen an Keller als Stadtbaurat eindeutig formuliert. Dieser schien auch unmittelbar zu reagieren. Im Protokollbuch des Heimatvereins haben sich einige Ausschnitte sonst zum Teil nicht erhaltener Zeitungsausgaben erhalten, die Kellers Anschauungen belegen. Als der Heimatverein gemeinsam mit der Stadt und dem Verkehrsverein im Hinblick auf den kommenden Westfalentag einen Wettbewerb für innerstädtische Fassadenanstriche ausrichtete, gehörte Keller zum Preisgericht.[58] Er referierte auch auf „Einladung von Interessenten aus Kreisen der Heimatbewegung, der Architekten und Bauunternehmer" über die „drängende" Sanierung der Altstadt.[59] Doch sprach er nur beiläufig von der „alten ›schönen‹, ja prunkvollen Fassade der Straßenfront", stellte vielmehr in den Mittelpunkt die „Elendsquartiere", die „engen, lichtlosen Innenhof-Wohnungen". Diese führte er auf wachsende Bevölkerungsdichte und entsprechenden Raummangel zurück, erklärte sie wie Sonnen zugleich ideologisch „aus rücksichtsloser Spekulation kapitalistischer Gemeinsucht". Es gehe um „die Hebung der gesamten Wohnkultur durch zeitgemäße, hygienisch einwandfreie Um- und Ausgestaltung der zum größten Teil im Inneren ganz unzureichenden alten Häuser – ferner eine Auflockerung der nicht mehr ihre Aufgabe lösenden Verkehrswege nach heutigen und zu erwartenden Anforderungen des Verkehrs". Keller kündigte sich also bei erster Gelegenheit öffentlich als ein Städteplaner an, der sich auch in der Altstadtplanung konsequent für das Neue einsetzt. Es kennzeichnet ihn, daß er Rücksicht auf den Fortbestand „des historisch Gewordenen" nur dort vorsah, wo es „noch schön und wertvoll erscheint". Nach diesen Kategorien des „Schönen" und „Wertvollen" jeweils zu entscheiden lag in der Logik der Aussage unter den Bedingungen des NS-Sy-

58 Ibid., eingelegt in Protokollbuch des Heimatvereins StA V 7/2, in angegebener Nr. 293 und zeitnahen Nummern der Zeitung nicht festgestellt (mit Hinweis auf die Sitzung v. 8. 12. 1936, Protokoll nicht erhalten)

59 Ibid. (wie Anm. 58), dat. Nov. 1936, aber für diesen Zeitraum nicht nachweisbar

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

stems weitgehend im subjektiven Ermessen des Stadtplaners, also Kellers. – In der Veranstaltung wurde auch der Werbe- und Aufklärungsfilm des Deutschen Gemeindetages, „Kampf um Sonne und Raum", gezeigt, der sich für radikale Sanierung schlechter Wohnquartiere ganz im Sinne Kellers einsetzte, wohl in Verbindung mit der älteren Gartenstadt-Idee: „Die Innenhöfe werden gelichtet, Balken stürzen, Platz wird, und – in unzählige Fenster scheint zum ersten Mal nach Jahrhunderten die Sonne –. – Überzählige, die ihre Elendswohnungen verlieren müssen, erhalten neue Wohnstätten draußen in Raum und Sonne. – Straßenzüge werden ihrer hemmenden Winkel und ‚Anstoß'-Ecken entkleidet, der Verkehr erhält freie Bahn." – Die ideologische Dimension des Films blieb in seiner Besprechung nicht aus: „Und überall offenbart sich Wille und Werk eines Volkes, das um Raum und Sonne kämpft – bis zum Ziel." Keller habe festgestellt, auch in Paderborn sei erst der Anfang gemacht, um der „Kampf-Parole" gerecht zu werden, „die zugleich dem Gesicht der Stadt, ihrem Verkehr und der Lebenskraft ihrer Menschen ‚sanierend' hilft".

Im Protokollbuch des Heimatvereins findet sich auch ein aufschlußreicher Bericht des Westfälischen Volksblatts vom 15. September 1936 über eine offizielle Aussprache Kellers mit den Paderborner Architekten, soweit sie der Reichskulturkammer angehörten. Der Ausschnitt ist unvollständig, gibt jedoch die wichtigsten Aussagen Kellers wieder, der kurz nach seinem Amtsantritt gegenüber den Berufskollegen keinen Zweifel daran ließ, daß er ein radikaler Modernisierer war. Ziel der Unterredung sei gewesen, die neuen nationalsozialistischen Auffassungen über das Bauwesen ethisch und fachlich zu begründen. Im nationalsozialistischen Staat solle man „das Bauen nicht mehr als reine Eigenlust ansehen, sondern als wertvolle Mitwirkung im Gemeinwesen". In Paderborn habe früher eine besonders wilde Baugesinnung geherrscht. Defizitäre Stadtplanung und Eigenmächtigkeit der Architekten hätten das „Aufkommen stilloser Konglomerate" und Verstöße gegen die Bauordnung verschuldet. Drohenden Unterton hatte die Warnung, in Zukunft „werde die Autorität der Baubehörde sich schützend vor jede, dem Gemeinnutz zuwiderlaufende Willkür der Bauherren stellen. Der Leiter des Bauamtes sehe in dem Architekten einen mit großer Verantwortung behafteten Kulturträger und den Schützer der Baugesinnung der Stadt." Es gebe noch kein Reichsgesetz. Eine Bauordnung für den Regierungsbezirk komme erst im Winter, aber schon jetzt gebe es den „sicheren Richtungspunkt in der Gesamthaltung des nationalsozialistischen Staates". Neubauten müßten „sicher, hygienisch und schön" sein. Sie sollten sich „dem allgemeinen Gestaltungswillen des den Bau beherbergenden Ortes eingliedern". Wertvolle Baudenkmäler seien zu erhalten. „Zwitterschöpfungen aber, die nur aus Pietät oder aus falschverstandener Traditionstreue als ‚schön' empfunden werden, haben in einer gradlinigen Zukunft keinen Raum mehr. Was von der Zeit zernagt und in allen Fugen baufällig ist, was nach nationalsozialistischer Auffassung von den den Menschen umgebenden Lebenswerten nicht mehr als Behausung tragbar ist, muß der Spitzhacke verfallen!" Der „grandiöse" Baustil des Dritten Reiches verbiete sich im engen Paderborn, doch sei „dem großen Staatswillen" zu folgen „in einem absolut gemeinnützigen Bauen". Ausnahmen von Bauvorschriften gebe es nur noch, wenn sie dem allgemeinen Nutzen dienten. Bemerkenswert ist hier nicht das damals übliche nebulöse Herauskehren von Gesinnungs- und Verantwor-

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

tungsethik im Dienst der Volksgemeinschaft, sondern Kellers fester Wille, im historischen Paderborn, der „schönen alten Stadt", gründlich mit der Spitzhacke „aufzuräumen".

1937 erschien im Westfälischen Volksblatt ein Artikel[60], der Beschreibungen Paderborns in Publikationen der vergangenen 200 Jahre nachgeht, im Schlußteil aber die aktuelle amtliche Kellersche Version der Stadtplanung wiedergibt: „Die Stadt Paderborn steht heute vor der großen Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ihre Vergangenheit ihr nicht zur Fessel wird. Bei aller Achtung der Überlieferung ist daher die Baupolitik der Stadt großzügig auf den Fortschritt eingestellt. Sünden einer frühen Vergangenheit, die beseitigt werden müssen, rauben einen Teil der wertvollen Kraft, die dem drängenden Aufbau dienen möchte. Auch Paderborn hat den Ehrgeiz, in seiner grundsätzlichen Planung und Gestaltung ein Zwanzigjahresprogramm zu entwickeln. Es wird, wenn es einmal durchgeführt wird, ebenfalls Zeugnis ablegen von dem Geiste seiner Zeit. Dieser Geist wird der einer offenen Daseinsbejahung sein, einer tiefen Freude an Heimat und Volk und schließlich der deutschen Macht und Größe, unter der die Stätten der Volksgenossen friedvoll wachsen und gedeihen." Der Heimattümelei und NS-Programmatik entkleidet, wie sie sich in der Paderborner Presse gleichzeitig bis zum Kitsch gesteigert finden, ist hier erneut eindeutig Position bezogen für eine grundlegende Erneuerung auch der Altstadt. Vor dem Heimatverein trug Keller wiederholt seine Vorstellungen von der „Säuberung des Stadtbildes" vor. Verfallene Gebäude ließ er abbrechen.[61]

Auf der anderen Seite ließ Keller vom Domkapitular Dr. Alois Fuchs, Professor für Kunstgeschichte an der Philosophisch-Theologischen Akademie und langjähriger Leiter des Diözesanmuseums, den er im Heimatverein kennenlernte, eine Liste von 400 erhaltenswerten Gebäuden aufstellen, darunter auch schlichte Fachwerkhäuser. Fuchs gliederte die Gebäude in mehrere Rangklassen. Er bestätigte Keller 1949, diesem sei als Stadtbaurat alles daran gelegen gewesen, „die Schönheit der alten Stadt in jeder Hinsicht zu wahren". Mehrfach habe Keller vor dem Heimatverein auch über die Erhaltung der Baudenkmäler referiert, sich um das Verputzen roh unverputzter Häuser gekümmert, die Restaurierung eines Fachwerkhauses am Neuhäuser Tor, mit Sicherheit des Gasthauses „Zum goldenen Anker" aus der Renaissancezeit, veranlaßt und häßliche Reklameschilder entfernen lassen. Er habe auch verdienstvoll das Erdgeschoß des Rathauses restaurieren lassen und dort ein großzügiges Museum für die Paderborner Abteilung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens eingerichtet sowie einen Entwurf für eine neue Rathaustür geschaffen, der aber ihm selbst nicht genügt habe.[62]

Die erhaltenden und verschönernden Maßnahmen in der Altstadt dienten demselben ideologischen Ziel wie die Neubauten, standen daher nicht im Widerspruch zu Kellers neuen städtebaulichen Vorstellungen. Die architektonisch wertvollen Zeugnisse der tradierten „deutschen" Kultur sollten bestehenbleiben und ebenso wie die neuen Bauten die Volksgenossen einerseits ästhetisch

60 Ibid. 10. 9. 1937
61 Zeugnis Fuchs 31. 8. 1949, Prozeßakte Keller, wie Anm. 11
62 Ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

ansprechen, ihnen andererseits, soweit es Wohnhäuser waren, auch ein hygienisch einwandfreies Wohnen ermöglichen.

Daß Keller sich trotz seines Verständnisses für die überkommene Architektur deutlich von der vorherrschenden, in der NS-Zeit nochmals forcierten Heimattümelei und Altstadtromantik distanzierte, überrascht ebensowenig wie sein Eintreten für die nüchterne Formensprache des neuen Bauens. Er hatte über Fertigbauweisen promoviert. Zu seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und seiner nationalsozialistischen Gesinnung sah er offensichtlich keinen Widerspruch. In die NSDAP war er nach eigener Auskunft eingetreten, weil diese moderne Konzepte für Siedlungen entwickelt habe. Ein Kollege an der TH Hannover habe ihn darüber informiert und ihn für die Partei gewonnen.[63] Wie überhaupt in der ganz überwiegend politisch rechts eingestellten und nationalistisch denkenden Studentenschaft fand die NSDAP auch unter den angehenden Architekten und Ingenieuren in hohem Maße Zustimmung, vielfach schon vor 1933. Vor allem die Erwartung, nach der für den akademischen Nachwuchs hoffnungslosen Zeit der Weltwirtschaftskrise werde ein nationalsozialistischer Staat innovativ handeln und die moderne Technik fördern, zog sie an, weniger die Agitation gegen das Bauhaus. Im nicht ausgetragenen Konflikt zwischen Antimodernismus und neuem Bauen setzten sie auf letzteres und auf die moderne Stadt- und Verkehrsplanung der zwanziger Jahre.

Keller reiht sich in der Verknüpfung gegensätzlicher Konzeptionen geradezu typisch in die große Zahl jüngerer deutscher Architekten ein, die ohne Diskussion die ungelösten Widersprüche in der Architekturpolitik hinnahmen. Sie trugen zwar mehr oder weniger überzeugt den rückständigen nationalsozialistischen Vergangenheits- und Heimatkult mit, entwickelten aber, davon letztlich unberührt, die modernen Ideen des neuen Bauens und der zukunftsorientierten Verkehrs-, Siedlungs- und Raumplanung weiter, die bis zur Jahrhundertwende zurückreichen und ihnen von ihren Lehrern vermittelt wurden. Von denen setzten viele ihre Tätigkeit in Deutschland auch nach 1933 fort. Die junge Generation ließ sich vor allem einfangen durch die Eigenpropaganda der NSDAP als moderner, dynamisch auf technischen Fortschritt eingeschworener Bewegung und vom Weiterbestehen eines angeblich unpolitischen Berufsethos. Das gilt besonders für soziale Aufsteiger wie Keller als Kind einer Handwerkerfamilie.[64] Hitlers Stararchitekt Albert Speer erklärte 1986 die Willfährigkeit der meisten deutschen Architekten auch mit den finanziellen Mitteln, die ihnen erst seit 1933 großzügig zur Verfügung standen. Ihre Bauten seien in bestimmten Bereichen „anständig" gewesen, z. B. solche, „die sich mit einer gewissen Pathetik oder in romantischer Weise in den Kleinstädten oder auf dem Lande in das Gegebene einfügten", ferner die Verwaltungsbauten. „... dem Kenner der Materie ist klar, daß sie sich in nichts von den Entwürfen oder ausgeführten Bürogebäuden unterscheiden, die ein Peter Behrens oder Wilhelm Kreis oder Bruno Paul lange vor 1933 erstehen ließen. Schließlich die Fabrikbauten: Sie unterscheiden sich in nichts von denen, die vor 1933 gebaut wurden." Die Gewalttätigkeit des NS-Staats werde nur in den Repräsentationsbauten spürbar.

63 Erklärung, ibid.

64 S. hierzu Werner *Durth*, Architektur (wie Anm. 4), S. 139ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Er warnte zugleich davor, aus den genannten Kontinuitäten auf eine nicht gegebene Normalität zu schließen. Zum Bauwesen hätten auch die Barackenstädte der Konzentrationslager gehört, ebenso die durch eine Zwangsregelung niedrig gehaltenen Löhne der Bauarbeiter, die erst den massenhaften Einsatz von Handarbeit finanzierbar gemacht hätten.[65]

Keller war ein überzeugter Nationalsozialist. Das zeigen auch seine ersten öffentlichen Äußerungen in Paderborn sehr deutlich. In seinem beruflichen Handeln war er dennoch streng fachlich ausgerichtet. Gegenüber Funktionären der NSDAP wahrte er offenbar seine Unabhängigkeit. In Paderborn erlebte er in nicht einmal vier Jahren zwei Bürgermeisterwechsel, hatte aber, soweit die wenigen Hinweise zeigen, zunächst an Seidler, dann an Bürgermeister Kosiek, ferner am Heimatverein einen starken Rückhalt, der ihm Freiraum für seine Planungen schuf. Über sein Verhältnis zu Bürgermeister Nobelmann im Jahr 1937 ist nichts überliefert, es deutet aber nichts auf eine weniger starke Position in dessen Amtsepisode hin. Ein Kollege Kellers an der TH Hannover, der spätere Landesplaner Grünberg, sah ihn als gläubigen, aber sehr menschlich eingestellten Nationalsozialisten, der etwas weltfremd und in politischen Tatbeständen von mangelnder Erkenntnis gewesen sei.[66] Der frühere Bayreuther Oberbürgermeister Kempfler hob hervor, daß Keller alle Eingriffe von Parteidienststellen abgewiesen und nie Parteigenossen bevorzugt habe. Er habe es gewagt, Planungsfehler eines Brigadeführers Kasche in einem Siedlungsvorhaben aufzudecken, und die Stadt so vor erheblichen finanziellen Verlusten bewahrt.[67] Dr. Kempfler bescheinigte ihm auch, er sei in Bayreuth ständig von der Gauleitung und anderen Parteidienststellen kritisiert worden.[68] Das wird auch bestätigt durch die Aussage der Tochter Kellers, Waltraut, ihr Vater sei im Krieg zur Organisation Todt gegangen, weil er sich vom Gauleiter Wächtler, einem gefürchteten Fanatiker, bedroht gesehen habe. Ihr Vater habe sich im Krieg immer mehr vom Nationalsozialismus abgewandt. Ein Bayreuther Bekannter, der Maler und Bühnenbildner des Festspielhauses, Ferdinand Röntgen, ist für letzteres ein weiterer Zeuge. Er schrieb über Keller am 1. Juni 1950: „Ich kenne Herrn Dr. Keller und seine Familie seit 1943. Ich habe bei ihm nie irgendeine Auffassung im Sinne der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vernommen, auch seine Lebensart hatte nichts damit zu tun."[69] Im Entnazifizierungsverfahren hieß es erstaunlich sogar: „Ihm lag politischer Haß vollkommen fern, aus allen vorliegenden Zeugnissen geht hervor, daß er die Ideologie des Nationalsozialismus ablehnte." Das kann zumindest für längere Jahre hinsichtlich seiner Überzeugungen nicht gelten.[70] In der Zusammenschau der genannten Erklärungen, die Keller mit einer Ausnahme während des Prozesses vorlegte, entsteht ansonsten der Eindruck, daß ihn die Aussagen Dritter durchaus zutref-

65 Albert *Speer*, Die glänzende Fassade der nationalsozialistischen Architektur als Zeichen der Gewalttätigkeit, ZEIT 2. 5. 1986

66 Schreiben v. 17. 5. 1950, Prozeßakte, wie Anm. 5, Bl. 820

67 Prozeßakte, wie Anm. 5, Bl. 805ff.

68 Ibid., Bl. 821

69 Ibid., wie Anm. 5, Anlage zu Bl. 478

70 Ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

fend charakterisieren und die entlastenden Zeugnisse nicht in die Kategorie „Persilschein" gehören.

In Spannung zu den günstigen Beurteilungen steht das Bild Kellers in Paderborn als Mittäter bei der Brandstiftung der Paderborner Synagoge. Keller als Antisemiten anzusehen ist aber nicht begründbar. Den Haupttäter Otto Nagorny soll Keller, wie seine Frau 1950 schrieb, zwar als fleißig und tüchtig im Amt geschätzt haben, obwohl dieser ein übel beleumdeter SS-Mann und Judenverfolger war.[71] Keller sah seinen Untergebenen aber offensichtlich nur in seiner Amts-, nicht auch in seiner Parteirolle. Auch Kellers Urteil über die vernichtete Synagoge als Bauwerk könnte als antijüdisch ausgelegt werden Er spricht der Synagoge die ästhetische Berechtigung zu ihrem Platz inmitten „erhabener Schöpfungen", d. h. zwischen der benachbarten mittelalterlichen Busdorfkirche und Dom sowie Gaukirche am nahen Domplatz, ab. Sie sei ein Verbrechen gegen die „Menschlichkeit" durch den, „der dieses Bauwerk in die herrliche Umgebung edelster Baukunst hineingesetzt hat". Es sei gleichgültig, ob es sich um eine Synagoge oder einen anderen Bau handle. Er bezweifelt, daß die Synagoge ein Gotteshaus gewesen sei, nur weil man sich dort versammelt und Gebete gesprochen habe. Ein Gotteshaus bestehe nur dadurch, „daß ein gottbegnadeter Künstler sein ganzes Können in den Gedanken hineinlegt, ein Gotteshaus zu schaffen. Und dann entstehen erhabene Werke, wie der Bamberger Dom, die Klosterkirchen Banz und Vierzehnheiligen und die ganze früher so herrliche Stadt Paderborn mit ihrem Dom, der Gokirche [Gaukirch-Name der NS-Zeit, d. Verf.], der Busdorfkirche, der Bartolomäus-Kapelle und all den vielen anderen prachtvollen Baudenkmälern. Und solche erhabenen Werke, die können dann durch den Segen des Priesters zum Gotteshaus werden." Die Synagoge sei nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 ohne finanzielle Enge erbaut worden, aber dennoch kein Gotteshaus geworden. Seine Ansicht habe nichts mit Judenhaß zu tun, auch nicht mit Parteipolitik.[72] Keller sah in der Synagoge einen störenden baulichen Fremdkörper. In der Tat hob sich das Bauwerk in seinen orientalisierenden und byzantinisierenden Formen, wie sie im Synagogenbau des Historismus oft anzutreffen waren, bewußt von den christlichen Gotteshäusern ab,[73] aber die ästhetische Verurteilung ist obskur. Daß Keller wirklich nur das Bauwerk als solches, nicht das jüdische Objekt meinte, legt sein Verhalten in Bayreuth nahe (s. o.).

Nicht nur Keller gehörte in Paderborn zu den Architekten, die – zum Teil vielleicht eher unpolitisch ausgerichtet – vor und nach 1933 am neuen Bauen festhielten. 1931 entstand in kubischen Formen das noch bestehende Verwaltungsgebäude der PESAG, entworfen vom Diözesan- und Dombaumeister Matern, das in seiner Klinkerfassade ebenso Bauten des frühen 20. Jahrhunderts wie Bauten der NS-Zeit an die Seite gestellt werden kann (Abb. 3). Im selben Jahr wurde auch die vom Architekten Paul Hermann Tenge entworfene technisch hochmoderne Schützenhalle im Stil des neuen Bauens errichtet (Abb. 4). Tenge war Assistent des berühmten Architekten Pölzig gewesen.[74] Die letzten

71 Ibid., Bl. 479

72 Ibid., wie Anm. 11

73 Klaus *Hohmann*, Bauten des Historismus in Paderborn 1800-1920, S. 271f.

74 Paul *Michels*, Paderborn / Bad Lippspringe, 4. Aufl. 1931, S. 49ff.; Westf. Volksbl. 10. 7. 1998

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Paderborner Großbauten, die Wollhalle (1936) und Viehversteigerungshalle (1939) an der Wollmarktstraße, waren der Schützenhalle vergleichbare rein funktionale Zweckbauten in klaren, sachlichen Bauformen. Der Architekt Max Heidrich errichtete 1928 in Eisenbeton-Konstruktion das Kaufhaus Klingenthal, dessen Baukörper mit der Rundung an der Westernstraße und mit umlaufenden Fensterbändern über durchgängiger Glasfront an den beiden Schauseiten die neue Formensprache z. B. der kurvigen Bauten Erich Mendelsohns aufnahm (Abb. 5). Das 1928/29 erbaute neue Wasserwerk entwarf Heidrich im Bauhausstil mit kubischen Formen und Flachdach (Abb. 6). Seine Wohn- und Geschäftshäuser der dreißiger Jahre zeigen vor und nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten die gleiche moderne Gestalt (Abb. 7, 8), auch seine Bauten für die Marienstraße, die in den dreißiger Jahren als durchgängige Verbindung zwischen Marienplatz und Friedrichstraße entstand und in einigen Abschnitten neu bebaut wurde. Die Heimatzeitschrift „Die Warte" stellte 1935 anläßlich einer Paderborner Kunstausstellung neben traditioneller bildender Kunst ausschließlich Bauten der örtlichen Architekten im Stil der neuen Sachlichkeit bzw. des neuen Bauens vor. Aufgeführt sind Wohnbauten von Bernhard Köthenbürger, Theo Lucas und Bernhard Ortmann.[75] Damit wiederholte sich auf erstaunliche Weise die gleichzeitige Darbietung konventioneller Kunst und moderner Architektur in der von Stadtbaurat Paul Michels 1931 herausgegebenen vierten Auflage des Werkes „Paderborn / Bad Lippspringe", das in der Reihe „Deutschlands Städtebau" erschien. 1930/1931 entstand durch Matern das neue Priesterseminar. Der sachliche, verklinkerte Betonbau verweist im akzentuierten Mittelteil auf den Neoklassizismus, mehr aber noch auf die strengen, monumentalen, auf überwältigenden Eindruck ausgerichteten Kirchenbauten damals führender Kirchenarchitekten wie Dominikus Böhm, Rudolf Schwarz und Emil Fahrenkamp (Abb. 9).[76] Josef Lucas, der auch beim Wiederaufbau der Stadt nach 1945 eine wichtige Rolle spielte, entwarf 1935 die St.-Georgs-Kirche als Pfarr- und Garnisonskirche in vergleichbarer Fassadengestaltung, in der sich dieselben Einflüsse zeigen (Abb. 10).[77] Besonders bemerkenswert ist Josef Lucas' Entwurf eines Bahnhofs im Rahmen des von Hitler geplanten gigantischen Projekts der „braunen Stadt" Linz: „Der Paderborner Architekt Josef Walter Lucas konterte 1940 Hermann Gieslers altertümelnden Steinbau-Entwurf für den Linzer Hauptbahnhof mit einem Modell, dessen schwebende Glas-Stahl-Konstruktion auch aus der Feder eines Mies van der Rohe oder Walter Gropius hätte stammen können [Abb. 11]."[78]

In das Jahr 1936 gehört der Neubau des Arbeitsamtes in der Formensprache der neuen Sachlichkeit mit Fensterbändern und anspruchsvoller kunsthandwerklicher Ausstattung (Abb. 12). Das Amtsgebäude wurde in der Presse im nationalsozialistischen Sinn interpretiert als gelungenes Beispiel, die „Schönheit der Arbeit" zu fördern, als „eine Stätte, in der nationalsozialistischer Geist und

75 Die Warte, 3. Jg., 1935, S. 211ff.

76 S. dazu Frank Bertolt *Raith*, Der heroische Stil. Studien zur Architektur am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1997; *Michels*, Paderborn, wie Anm. 74

77 Die Warte, wie Anm. 75, S. 217

78 Dieter *Bartezko*, Rezension zu Weihsmann, Bauen (wie Anm. 4), FAZ 20. 2. 1999; zu Lucas s. *Weihsmann*, S. 962

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

nationalsozialistischer Fleiß herrschen". Im Lob der handwerklichen Arbeit und der kunsthandwerklichen Gestaltung zeigt sich jedoch als eine weitere Traditionslinie die zum Deutschen Werkbund. Obwohl er wie das Bauhaus verfemt und 1933 verboten wurde, wirkten seine Ideen von anspruchsvoller Qualität des Kunstgewerbes ungebrochen weiter, jetzt oft verbunden mit nationalsozialistischer Symbolik. Max Heidrich war dem Werkbund verbunden und war schon als Werkstättenleiter der renommierten Paderborner Möbelfirma Stadler am Marienplatz, die Ende 1928 abbrannte, bekannt für seine anspruchsvolle Materialwahl der Bauten und ihrer Innenausstattungen. Er gehörte auch zu den Ausstellern des Werkbundes. Es erschien über ihn eine Schrift. Die Werkbund-Tradition verquickte sich in der NS-Zeit mit rückwärts gewandten konservativen Ideen einer von Handarbeit und herkömmlichen regionalen Bauformen geprägten Baukultur. In der Heimatzeitschrift „Die Warte" zeigt sich das zum Beispiel 1937 im Bericht über die neuen Bauverordnungen im „Führererlaß" zur „Neugestaltung deutscher Städte" vom 4. Oktober 1937, der vor allem der Heimatschutzstil herausstellt, zugleich aber die Forderung nach handwerkgerechtem Bauen.[79]

Als Keller in Paderborn antrat, fand er also eine ungebrochene moderne Bautradition vor und konnte sicher sein, daß er in der Architektenschaft und in der Bauverwaltung Gleichgesinnte fand, die unbeschadet ihrer jeweiligen politischen Vorstellungen aufgeschlossen waren für seine Pläne sowohl zur Aufwertung der wertvollen alten Bauten als auch zur Sanierung der Altstadt und für die anderen stadtplanerischen Modernisierungsideen.

Die von Keller 1939 hinterlassenen städtebaulichen Arbeiten

Unter dem Titel „Städtebauliche Arbeiten und Pläne für Paderborn" überreichte Keller der Stadt 1939 beim Abschied zwei gebundene Bände. Diese umfassen insgesamt 14 Kapitel, von denen die ersten des zweiten Bandes „Wirtschaftliches Leben" (7) und „Städtebauliche Einzelaufgaben" (8) im Exemplar des Stadtarchivs bisher fehlten, sich aber im privaten Nachlaß Kellers fanden. Das achte Kapitel ist von besonderer Bedeutung, da es angesichts des Verlustes der Magistratsakten sowie des Jahrgangs 1935 und des dritten Quartals 1936 des Westfälischen Volksblatts zu zentralen Aspekten der damaligen Stadtplanung keine Parallelüberlieferung gibt. Die Kapitel beginnen mit maschinenschriftlichen Darlegungen unterschiedlicher Länge, denen jeweils unterschiedlich Fotos, Statistiken, Diagramme und Pläne beigefügt sind. Die folgende Darstellung hält sich an die vorgegebene Gliederung. Sie konzentriert sich auf die Aspekte, die für die städtebaulichen Ideen der NS-Zeit im allgemeinen und für den Vergleich mit dem Wiederaufbau Paderborns im besonderen relevant sind. Die zitierten Aussagen Kellers lassen sich im jeweiligen Kapitel leicht finden, so daß sich ein Nachweis erübrigt.

79 Westf. Volksbl. 31. 8. 1936; Paul *Reinthal*, Eine neue Bauverordnung für eine bessere Baugestaltung überall, in: Die Warte, 5. Jg., 1937, H. 3, S. 51f.; *Weihsmann,* Bauen (wie Anm. 4), S. 20; zu Heidrich s. Werbeschrift Werkstätten Bernard Stadler, „Wohnhäuser von Max Heidrich. Paderborn" (o. J.) und die Monographie „Max Heidrich" in der Reihe „Neue Werkkunst" (o. J.), deren einzige bekannte Exemplare das Stadtarchiv Paderborn besitzt; zu den genannten Beispielen s. auch Klaus *Hohmann* (Hg.), Stadt im Aufbruch. Der lange Weg Paderborns zur modernen Stadt, Paderborn 1998, dort vor allem S. 25ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Im auf den 28. November 1939 datierten Vorwort kündigte Keller „ein zusammenhängendes Bild städtebaulicher Planung für Paderborn" an. Der Leser müsse sich „von vorneherein des Umfanges und der Schwierigkeiten eines solchen Beginnens bewußt sein. Denn eine städtische Planung von Grund auf gab es in Paderborn bisher überhaupt nicht, brauchbare Teilbebauungspläne sind eine Seltenheit." Es fehlten fast alle Vorbedingungen dafür, die anstehenden Aufgaben im Detail in kurzer Zeit nachzuholen. „Die vorhandenen Planunterlagen sind so mangelhaft, daß nicht einmal der heutige Bestand an Straßen, Grundstücken, Gebäuden richtig erfaßt ist." Ein Vermessungsamt sei erst 1938 in seiner Amtszeit eingerichtet worden. Er könne auch keine endgültigen Ergebnisse vorlegen, sondern nur die „Marschrichtung" festlegen.

In dieser Generalabrechnung mit seinen Vorgängern ging Keller weit über die Kritik hinaus, die sich bis 1936 in Einzelfragen gegen Stadtbaurat Michels gerichtet hatte.

Barbara Stambolis sieht 1996 in ihrer Ausarbeitung über den Wiederaufbau in Kellers Kritik und Konzeptionen unpolitische ortsbezogene Vorstellungen, die bis auf die zwanziger Jahre zurückgingen. Es könne „nicht von spezifisch nationalsozialistischen Planungsgedanken" gesprochen werden. Sie weist aber selbst auf die Begrüßung Kellers im Westfälischen Volksblatt vom 6. August 1936 hin, jetzt ende die „liberalistische" Baugesinnung und es werde eine strikte Leitung der Stadtplanung geben.[80] Der Begriff „liberalistisch" aber war in dieser Zeit ein Synonym für räumliche, auch stadträumliche „Unordnung", die durch umfassendes, gelenktes staatliches bzw. kommunales Handeln überwunden werden sollte.[81] Genau diesen Vorwurf überholter, ungeordneter Stadtplanung erhob Keller schon im Vorwort gegen seine Amtsvorgänger, so daß sich hier durchaus objektive Feststellungen mit ideologischen Zielsetzungen verbinden lassen. Der Ordnungsbegriff zielte auf die Unterwerfung des einzelnen unter die Gemeinschaft, d. h. unter den politischen Willen der Führung. Er bedeutete im Städtebau mit Zwang durchzusetzende Normierung und Standardisierung. Für jeden Sachbereich gilt in Paderborn generell, wenn auch in unterschiedlichem Maße, daß Kellers Planungen nicht nationalsozialistischen Ursprungs waren, aber der ideologischen Ausrichtung und Ausnutzung städtebaulicher Ideen im NS-System und damit auch Kellers Vorstellungswelt entsprachen. Das ist im einzelnen zu beleuchten.

Analog ist auch bei allen Vergleichen mit der Zeit nach 1945 zu beachten, daß sich in vielem eine überraschende Kontinuität herausstellt, daß aber die totalitäre Ausrichtung des Städtebaus und der Gesellschaftspolitik allen Planungen der NS-Zeit zugrunde gelegen hat.

Im zweiten Kapitel führte Keller in die städtebaulichen Aufgaben Paderborns ein und grenzte sie von herkömmlicher Stadtplanung ab: „Wenn wir städtebauliche Arbeiten als die schöpferische Gestaltung einer Stadtlandschaft aus ihren gegebenen Lebens- und Wachstumsgesetzen bezeichnen, so können wir damit die Aufgabe in ihrem ganzen Umfang umreißen." Diese umfasse also mehr als die „Gestaltung einiger besonderer Punkte im Stadtbilde" und einzelne Bebau-

80 *Stambolis*, Stadtplanung (wie Anm. 1), S. 359

81 S. *Messerschmidt*, Raumforschung (wie Anm. 4), S. 122f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

ungspläne. Stadtplanung verstehe „unter Stadt nicht nur den durch seine Bauwerke sich kenntlich machenden Teil, sondern schlechterdings die ganze Landschaft, die von städtischen Beziehungen beherrscht wird, unter Umständen über die politischen Grenzen der Stadtgemeinde hinaus". Es sei ein Gesamtbild zu gestalten „aus den gegebenen Lebens- und Wachstumsgesetzen, die sich zu erkennen geben in der gegenwärtigen Erscheinungsform der Stadt". Dazu müßten „geschichtliches Werden, geograph. Lage, Bevölkerungswachstum, Fragen d. Verkehrs, d. Gewerbes, d. Wohnens u. a." untersucht werden. Es sei ein Zukunftsbild zu gestalten als „schöpferische Tat, die über das Rechnen eine ordnende Idee setzt und den Zahlen Leben gibt". Dieses Wunschbild sei das zu realisierende Ziel (Abb. 13).

Paderborn bot nach Kellers Ansicht viele Gestaltungsmöglichkeiten. In der Innenstadt seien trotz vieler Abbrüche noch erhaltenswerte „Schönheiten" zu finden. Die Gestaltung der Altstadt müsse im „Einklang mit ihrer historischen Vergangenheit" geschehen. Die Stadt habe 1939 etwa 43 000 Einwohner und sei Mittelpunkt einer weiten Bauernlandschaft. Die Chance auf Wachstum sei vor allem durch gesundes Mittelgewerbe und die Beziehungen zur Landwirtschaft gegeben. Die Stadtplanung müsse sich auf zukünftige 60 000 Einwohner einstellen, ohne Gewißheit, daß diese Größe erreicht werde. Zu erreichen sei ein solches Wachstum nur durch die Ansiedlung von Industrie. Wenn dieses „Wunschbild" sich realisierte, käme es ohne frühzeitige Planung zu einer „unorganischen" Entwicklung. Aktuell sei dort zu planen, wo eine Entwicklung unmittelbar bevorstehe. Vordringlich seien Plätze für hervorragende öffentliche Bauten freizuhalten, die Verkehrsfragen der Innenstadt zu lösen und das „heimatliche" Stadtbild zu pflegen.

Die Identifikation von umfassender ordnender Stadtplanung und Raumplanung einschließlich weit ausgreifender Verkehrsplanung ist in den dreißiger Jahren verstärkt worden als Kampfansage gegen „traditionelle Formen herkömmlichen Städtebaus". Ziel war eine „gesunde" Mischung von Industrie, mittelständischem Gewerbe und Landwirtschaft. Messerschmidt beurteilt das als moderne Konzeption ohne Einfluß der „Blut-und-Boden"-Ideologie. Die zitierten Paderborner Äußerungen stehen aber gegen diese Trennung.[82] Kellers Planungen lassen sich auch in dieser Hinsicht in das allgemeine Bild einfügen. Sie galten zwar einer Mittelstadt, während die Raumordnungspolitik vor allem auf die Großstädte ausgerichtet war, aber auch die kleineren Städte sollten durch Raumplanung aufgewertet werden.

Im dritten Kapitel, dem ersten zu den einzelnen Planungsaufgaben, ging Keller den Verkehrsfragen nach. An den Anfang stellte er den schon in den zwanziger Jahren aufgekommenen Plan einer äußeren Umgehungsstraße parallel zum noch wenig ausgebauten Innenring entlang den Wällen. Vorrangig sei vor allem ein Südring, der ein zukünftiges Industriegebiet gut anbinden solle. Im Nordwesten müsse die Ringstraße außen an den Fischteichen vorbeigeführt werden. Dieser ökologischen Vorgabe sind die späteren Stadtplaner 1976/77 bei der Streckenführung der Westtangente nicht gefolgt, sie haben das Teichgelände angeschnitten. Dem wachsenden innerstädtischen Verkehr müsse der Wallring

82 *Messerschmidt*, ibid., S. 124; *Durth*, Architektur (wie Anm. 4), S. 143

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

angepaßt werden, vor allem an besonders unübersichtlichen Stellen. Durchbrüche müsse es nur wenige geben, da der Wallring bereits die sternförmig auf die Stadt zulaufenden Reichsstraßen aufnehme. Die Straßenführung des inneren Rings sei unfallträchtig, müsse daher verbessert werden. Am Westerntor sei eine Verkehrsinsel einzubauen, die Borchener Straße solle trotz des problematischen Gefälles in einer Unterführung die Bahnstrecke queren (Abb. 14, 15). Wegen des geringeren Gefälles seien alternativ Unterführungen im Verlauf der Ludwigstraße oder der Eckstraße vorstellbar. Die Borchener Straße solle verlegt werden und jetzt am früheren Judenfriedhof (westlich des Parkplatzes bei der heutigen Synagoge) einmünden, damit sie direkt auf das Westerntor zulaufe. Der ehemalige, 1835 bis etwa 1887 belegte Friedhof war nach dem Pogrom im November 1938 mit den anderen Grundstücken der jüdischen Gemeinde durch Vertrag vom 30. Dezember an die Stadt übergegangen.[83] Es gab in diesem Bereich auch schon weitere städtische Grundstücke. – Am Westerntor müsse ein Teil der Grünanlagen aufgegeben werden.

Am Liboriberg müsse zwecks besseren Verkehrsflusses eine scharfe Kurve beseitigt werden, die Straße sei dort im ganzen zu verbreitern, selbst wenn Bäume gefällt werden müßten. An der Friedrichspromenade sei schon 1938 durch die Verbreiterung der Protsgasse und ihre Einbindung in die neue Marienstraße ein besserer Zugang zur Innenstadt geschaffen worden.

Die nördlichen Stadtquartiere sollten durch eine angemessen ausgebaute Straße angebunden werden. Die störende Bahntrasse nach Bielefeld solle, statt sogar wie geplant um ein Gleis erweitert zu werden, westlich verlaufen und vom Hauptbahnhof unmittelbar nach Neuhaus führen (Abb. 16).

Den innerstädtischen Zusammenhang im Stadtzentrum sollten Durchbrüche vom Marktplatz und vom Marienplatz zum Abdinghof verbessern. Dann müsse entgegen älteren Absichten nicht der Schildern begradigt und verbreitert werden, was den Verlust wertvoller Gebäude mit sich brächte. Ferner sah Keller in einem Abschnitt die Verbreiterung der Kasseler Straße als eines Hauptzugangs zur Innenstadt vor.

Zu Kellers wichtigsten Anliegen gehörte auch das Schaffen von mehr Parkmöglichkeiten in der Innenstadt. Am radikalsten war der Vorschlag für den Marienplatz, der keine Rücksicht auf die Mariensäule nahm: Der Platz sollte mit einer Stützmauer abgefangen und gepflastert werden, um Parkraum zu gewinnen. Auch die Bäume sollten eventuell weichen, obwohl sie nach Kellers Urteil gnädig die Neubauten von 1934 verdeckten. Zusätzliche Parkplätze sollten auch bei der vernichteten Synagoge und, falls es zu den geforderten Durchbrüchen komme, am Abdinghof entstehen.

Zum Schluß führte Keller schon ausgeführte Maßnahmen auf, u. a. die Verbreiterung der Bahnhofstraße, in der es jetzt auch einen Plattenbürgersteig und einen Fahrradweg gab. Die Planung für den engeren Bahnhofsbereich entspricht weitgehend der heutigen Situation, nur daß Keller hinter dem Parkplatz gegenüber dem Bahnhof statt Verwaltungsbauten einen großen Hotelbau vorsah (Abb. 17). Er griff die Planung im achten Kapitel nochmals auf und ergänzte sie um einen Vorschlag für ein neues Bahngebäude.

83 Martin *Wagner*, Chronik der Stadt Paderborn im Kriege, zu 1941, StA Pb, A 5464, S. 12: Die Unterführung kommt „in absehbarer Zeit"; *Naarmann*, Juden (wie Anm. 33), S. 140, 251 u. 294

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Im Rückblick zeigt sich, daß die Vorschläge Kellers der Entwicklung Paderborns gerecht wurden, daher fast alle realisiert worden sind, überwiegend wegen des Krieges erst nach 1945.

Außerordentlich ungünstig war Kellers Urteil über den Zustand der Straßen. 1937 seien von 120 Kilometer Straße im Stadtgebiet 41 Kilometer, also gut ein Drittel, nicht sachgemäß befestigt gewesen. Eine Reihe bebauter Straßen sei ganz unbefestigt. Da zusätzlich wassergebundene Straßen von 33 Kilometer Länge unbrauchbar seien, bestünden überhaupt nur 46 Kilometer Straße, die „mit einigem Recht" als städtische Straßen anzusehen seien. Selbst der Zustand der Hauptstraßen, die den Verkehr in die Stadt führten, sei unzumutbar. Die Bahnhofstraße sei von einem unbefestigten Sommerweg begleitet und zu schmal. Bei anderen Straßen bemängelte er, daß sie nicht richtig, in einem Fall mit einer Lücke in der Pflasterung, ausgebaut seien oder daß es viele Schlaglöcher gebe. Als Hauptursachen sah er das langsame Fortschreiten der Kanalisationsarbeiten und die verzettelte Bautätigkeit. Die Ausnahme von der Erlaubnis, an unfertigen Straßen zu bauen, sei eher die Regel gewesen, was zu lückenhafter Bebauung und unnötigen Wegelängen geführt habe. An den zumindest teilweise befestigten Straßen seien fast 26 Kilometer Frontlänge unbebaut. Für diese entfalle die Einnahme aus Straßenbaugebühren. Die Ratenzahlungen für Anliegerkosten erstreckten sich über Jahrzehnte. Der derzeitige Einnahmeausfall und der fehlende Zwang, Grundstücke zunächst baureif zu machen, hätten das zerstreute Bauen verursacht. Wegen der geringen Mittel für den Ausbau müßten alte Straßen und rasch abgenutzte provisorische neue Straßen andererseits immer teurer repariert werden. Erst 1936 sei insofern eine Wende eingetreten, als seitdem in neuen Baugebieten Baugenehmigungen nur noch erfolgten, wenn die Grundstücke als Bauland nach Erschließung genehmigt seien.

Die Mißstände sollten in drei Stufen beseitigt werden: Auf die Befestigung der Hauptverkehrswege solle die der Wege zu den Erholungsgebieten und des Promenadenrings folgen, in der dritten Stufe dann der Ausbau der Wege in den Wohngebieten.

Kritik wie Vorschläge Kellers waren Reaktionen auf die von ihm vorgefundene Situation und als solche ein fachliches Gutachten zu den Verkehrsfragen außerhalb jeder politischen Dimension. Dennoch ist diese implizit in mehrfacher Hinsicht vorhanden. Als erstes entspricht die Plazierung des Verkehrskapitels am Anfang der Einzelgutachten dem Stellenwert des Verkehrs in der nationalsozialistischen Politik. 1939 stand nicht mehr die wirksame Propaganda mit der massenhaften Arbeitsbeschaffung durch den Bau der Reichsautobahnen im Vordergrund, sondern die ideologische Beziehung von Raumordnung und Verkehr. „Bewegung" als ein nationalsozialistischer Leitbegriff, der Dynamik und Unaufhaltsamkeit suggerieren sollte, ist hier im Wortsinn raumgreifende Aktivität. Der „Lebensraum" des Volkes sollte durch das Fernstraßennetz sozial und wirtschaftlich zu einer Einheit werden. Das regionale und städtische Straßennetz sollte grundlegend modernisiert und mit den Fernstraßen verbunden werden als eine unabdingbare Vorbedingung für den zukünftigen Massenverkehr. „Auflockerung" war der Leitbegriff für das städtische Straßennetz. Ihn verwendete so auch Keller in seinem oben schon erwähnten Vortrag. Der von ihm gezeigte Film verknüpfte die „freie Bahn" für den Verkehr mit dem

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

„Kampf um Raum".[84] Seit 1937 sollte die „Deutsche Arbeitsfront" die Mobilisierung der Bevölkerung durch die Massenproduktion des „Volkswagens" für den zivilen Verkehr mit organisieren. Ihre Freizeitorganisation „Kraft durch Freude (KdF)" übernahm die Propaganda. Sie ließ Mai/Juni und nochmals im Juli 1939 zu Werbezwecken „KdF-Wagen" auch durch den Kreis Paderborn fahren.[85] Der Krieg unterbrach die zunächst ohnehin wenig aussichtsreichen Pläne einer massenhaften zivilen Motorisierung.

Des weiteren zeigt sich im Vorrang der Verkehrspolitik besonders deutlich die Fixierung der nationalsozialistischen Raum- und Stadtplanung auf technische Aspekte. Die NSDAP versuchte, „viele der wissenschaftlichen und künstlerischen, formalen und materialen Neuerungen moderner Architektur und Stadtplanung dort, wo sie eindimensional zu technischen Modernisierungsprozessen einsetzbar waren, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, ohne jedoch auf die zuvor damit verbundenen politischen, sozialen und kulturellen Intentionen zu verweisen".[86] Die propagandistisch herausgestellte Technikbegeisterung nahm, wie bereits oben festgestellt, schon vor 1933 viele junge Architekten für die NSDAP ein und wird auch Keller stark beeinflußt haben.[87]

Drittens entspricht die von Keller vorgeschlagene Abfolge der Sanierungsschritte für das Straßennetz dem nationalsozialistischen Bild der Gesellschaft. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", nach diesem antiindividualistischen Grundsatz sollte der Ausbau unzulänglicher Wohnstraßen erst als letzter Schritt noch nach der Verbesserung der Promenadenwege erfolgen. Angesichts der von Keller beschriebenen Zustände in den Wohngebieten wäre eigentlich die umgekehrte Reihenfolge zu erwarten.

Als zweite Aufgabe widmete sich Keller im vierten Kapitel der Grünflächenplanung. Er formuliert einleitend seine Leitideen: „Eine Stadt ist nur gesund, wenn ihr Baugebiet durchsetzt ist von Grünflächen, wenn diese Grünflächen kräftige Einschnitte in die Häusermassen darstellen und einen lebendigen Zusammenhang schaffen mit der freien Landschaft." Sonst komme es zum „regellosen Haufen von Häusern". „Breite Grünbänder sind die großen Kanäle, die frische Luft in die Stadt bringen, den Bewohnern Erholung und Kraft geben, sie hinausführen in die freie Natur." Zunächst stellte Keller den Bestand an Grünflächen fest. Es gebe in Paderborn noch große Gartenflächen im Kern der Stadt, vor allem in kirchlichem Besitz. Auch die Wallanlagen könnten unbeschadet des geplanten Ausbaus des Wallrings als Grünanlagen erhalten bleiben. An einigen Stellen seien die Wallanlagen aber schon durch „häßliche Bebauung" eingeengt. Gemeint sind früheres Rote-Kreuz-Heim, Feuerwache und Wollhalle am Liboriberg. Heute erstreckt sich dort, wie von Keller gewünscht, eine von Bauten ungestörte Grünanlage. Ein besonderer Reiz bestehe durch die Paderquell-

84 S. hierzu *Durth*, Architektur (wie Anm. 4), S. 145ff.; Vortrag Keller, wie Anm. 59; zur ideologischen Funktion des Reichsautobahnbaus s. auch das Kapitel „Verkehrsbauten" in: *Weihsmann*, Bauen (wie Anm. 4), S. 124ff.

85 Theodor *Uhlenhuth*, Chronik 1939, in: Die Warte, 7. Jg., 1939, H. 8 u. H. 9; *Hohmann*, Stadt (wie Anm. 79), S. 120

86 *Durth*, Architektur (wie Anm. 4), S. 150

87 Ibid., S. 143

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gebiete und die Paderarme, die mit der freien Landschaft verbänden. Außen lägen Fischteiche, Almetal, Haxtergrund und Lieth.

Keller sah in diesem Bestand eine gute Ausgangssituation für die Stadtentwicklung: „Wenn diese gebotenen Möglichkeiten planvoll auf lange Sicht verfolgt werden, so wird Paderborn auch bei stärkster Entwicklung immer eine Stadt bleiben, die reich an Grün ist und nie die natürliche Verbindung mit der Landschaft verliert." Die Planung müsse einerseits im Großen planen und sich auf jede nur denkbare Größe der Stadt einstellen, damit nicht später mögliche Grünverbindungen zum Stadtkern verbaut seien, sie müsse sich andererseits nicht nur bedeutenden Erscheinungen, sondern auch den kleinsten Dingen wie einem Strauch oder einem Baum in einem baumarmen Bereich zuwenden. Ziel müsse sein, den Wallring in alle Richtungen „durch breite Grünkeile mit der freien Landschaft" zu verbinden. Dazwischen schöben sich die Baugebiete. Die Waldflächen seien in den letzten Jahren stark geschrumpft und müßten an anderer Stelle wieder kräftig vermehrt werden. Keller nannte nicht den eigentlichen Grund des Schwundes, die Aufgabe erst in den zwanziger Jahren entstandener ausgedehnter Waldflächen im Süden der Stadt für den Flugplatz in der Mönkeloh. Für diesen wurden auch Anfang der vierziger Jahre noch größere bewaldete Flächen geopfert (Abb. 18).

Als Grünflächen definiert sind nicht nur „parkmäßig und gärtnerisch gepflegte Anlagen", Waldflächen sowie Wiesen und andere landwirtschaftlich genutzte Flächen, sondern auch Friedhöfe, Flächen für Kinderspiel und Leibesübungen und Dauerkleingärten. In den Außenbereichen müßten die Grünflächen stetig wachsen, statt häufig wandernder Kleingartenanlagen Dauereinrichtungen geschaffen werden, ein erheblich besseres Freibad entstehen und mehr Sport- und Spielplätze angelegt werden. Letztere stünden weit unter dem Reichsdurchschnitt von 2,53 Quadratmeter je Kopf der Bevölkerung nur mit durchschnittlichen 0,8 Quadratmeter je Kopf zur Verfügung. Nach zehnjähriger Stagnation solle ein Anstieg auf drei Quadratmeter angestrebt werden.

Im einzelnen schlug Keller den Ausbau der Wallanlagen und den Abbruch der genannten Gebäude am Liboriberg vor, ferner ein Bebauungsverbot für alle Flächen zwischen den Paderläufen und die fortschreitende Freilegung durch Abbruch von Gebäuden (Abb. 20). Im Norden sollten Schützenplatz und Fischteiche im Zusammenhang mit dem Padertal als eine einheitliche Grünzone gestaltet werden. Im Südosten könnte ein grüner Keil entlang dem Philosophenweg und von der Lieth, die mit dem Haxtergrund zu verbinden sei, bis zum Wallring reichen. Husener und Borchener Straße im Süden sollten als Alleen beginnen, die Grünstreifen sollten sich dann über die Jahre mit dem fortschreitenden Wachstum der Bäume fächerartig zu Waldstücken verbreitern, die sich mit dem Haxtergrund zusammenschließen. An der Borchener Straße entstehe derart Ersatz für Waldflächen, „die hier aus wichtigen Gründen [für den Flugplatz, d. Verf.] geopfert werden mußten". Zum südlichen Grünzug gehöre auch der Peter-Hille-Weg. Im Westen sollten Westfriedhof und Kleingartenanlage durch ein Grünband mit dem Riemekepark verbunden werden, nach außen mit der freien Landschaft des Almetals.

Unter den einzelnen Vorschlägen für die Gestaltung der Grünflächen sind die für die Fischteiche besonders bemerkenswert. Am Weg dorthin sollten schnell wachsende Bäume gepflanzt werden, so daß trotz geringer Breite der

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Eindruck einer geschlossenen Waldverbindung entstehe. Der Wald in der Dubeloh werde „viel zu sehr nach rein forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgezogen, während gerade für dieses Gebiet nur der eine Gesichtspunkt maßgebend sein dürfte, daß eine Stadt von über 40.000 Einwohner [sic] hier abgesehen von allem forstlichen Nutzen ein schönes, gepflegtes Erholungsgebiet sich entwickeln soll. Das hat zur Folge, daß die bisher außerordentlich langweilige, nur nützliche Erschließung mit schnurgraden Wegen verschwinden muß. Sie muß einer Wegführung Platz machen, die räumliche Eindrücke und abgeschlossene Bilder entstehen läßt. Das gleiche gilt von der Bepflanzung an sich. Auch hier muß eine bedeutende Auflichtung erfolgen, die einzelne Baumgruppen auf freien Flächen zu gesteigerter Wirkung bringt und die auch die Landschaft um die Fischteiche von einer zum Teil dichten Bepflanzung befreit" (Abb. 21, 22).

Auch an der Husener Straße, die ebenfalls als langweilig gerade verlaufend charakterisiert ist, wollte Keller im südlichen Teil gewundene Wege und eine malerische Wirkung durch Baumgruppen, zwischen den sich wechselnde Blicke auf Stadt und Bergzüge ergeben.

Im Padertal könnte auch eine Parklandschaft mit einzelnen Baumgruppen und reizvollen Wegen entstehen. Die Wiesenlandschaft solle aber zunächst erhalten bleiben (Abb. 19).

Der Westfriedhof sei mit dem Riemekepark zu verbinden. Dieser sei mit Spielwiese und Kleinkinderspielplatz in dieser Form für Paderborn ein Novum (Abb. 23).

In der Annahme, der Ostfriedhof werde in späteren Jahren nicht mehr belegt und ein reiner Park werden, irrte Keller, er lobte aber auch den bestehenden Friedhof, er sei bereits ein schöner Park.

Planungen und Maßnahmen in den frühen vierziger Jahren sollten zur Umwandlung der bestehenden Friedhöfe in Waldfriedhöfe als Naturparks führen. Eine 1941 beschlossene Erweiterung des Westfriedhofs führte zu einem konkreten Entwurf, den Bürgermeister Kosiek am 5. Mai 1942 den Ratsherren vorstellte, als diese die neue Stadtgärtnerei am Friedhof besuchten. Der neue Friedhofsbereich „ist so gedacht, daß in der ganzen Anlage die Gräberfelder in Baumgruppen eingebettet sind, so daß man wie in einem Naturpark wandelt und nur durch schmale Seitenwege zu den Gräbern gelangt ... Große und breite Wege, oft in geschwungener Form, bilden die Hauptadern der Anlage. Die Gehwege sollen nicht mit Asche eingewalzt werden, sondern mit Gras eingesät, an Waldwege erinnern ... Rund um den Friedhof wird ein Waldgürtel führen, der nicht Begräbnisplätzen dient. Durch eine ... Baumallee wird man einen prächtigen Ausblick auf das Stadtbild haben." 1943 wurden die entsprechenden Pflanzungen vorgenommen.[88] Auf dem Ostfriedhof sollte ein im Winter 1943/44 einzuebnendes Feld auch eine neue gärtnerische Gestaltung erfahren. Offenbar war hier ebenfalls an einen Wandel zum Waldfriedhof gedacht.[89] Die Übereinstimmung mit den Gestaltungsideen Kellers für andere Bereiche legt zumindest sehr nahe, daß das Waldfriedhof-Konzept auch auf ihn zurückgeht.

88 Martin *Wagner*, Kriegschronik der Stadt Paderborn 1939-1943, StA Pb, A 5462: 1941, S. 27; 1942, S. 38 und Sonderblatt; 1943, S. 38

89 Martin *Wagner*, Chronik der Stadt Paderborn 1939-1945, StA Pb, A 5464: 1943, S. 37

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Zum Schluß sind im Kapitel über die Grünflächen finanzielle Aspekte dargestellt. Ständig würden bereits neben Grundstücken für Kleingartenanlagen weitere kleinere Flächen aufgekauft. Im Riemekeviertel habe das Wohnsiedlungsgesetz den kostenlosen Grunderwerb für den Park ermöglicht. Vorausschauend müßten große Flächen für Grünanlagen zu jetzt noch günstigen Preisen erworben werden. Vorrangig sei in der Zukunft die Aufforstung großer Flächen.

In Kellers Vorstellung gab es Grünanlagen nur als vielfältigen, lebendig wirkenden Landschaftsgarten. Seine Entwürfe bzw. Vorschläge können selbstverständlich im Zusammenhang gesehen werden mit der nationalsozialistischen Doktrin vom Leben einer harmonischen Volksgemeinschaft in einem gesunden, natürlichen Lebensraum. Sie können aber auch ohne jede aktuelle ideologische Implikation aus der älteren Tradition des Landschaftsparks und dem jüngeren Konzept der Gartenstadt hergeleitet werden. Der „englische Garten" als Park in einem scheinbar natürlich entstandenen Wechselspiel von Rasenflächen, Baum- und Buschgruppen mit überraschenden Durchblicken in die weite Landschaft, auf interessante Objekte oder reizvolle Parkansichten löste noch im 18. Jahrhundert den auf Geometrie ausgelegten „französischen Garten" ab. Was Keller in den dreißiger Jahren gestalterisch vorschwebte, findet sich ganz ähnlich schon im Bild der Fischteiche und des Dubelohwaldes, das der von 1872 bis 1894 amtierende Bürgermeister Franz Georg Franckenberg 1893 vor Augen führte, als viele Stadtverordnete und andere Bürger die geplanten Anlagen zunächst ablehnten. Franckenberg wollte den Bürgern der eng bebauten, seuchengefährdeten Stadt zu Spazierwegen in frischer Luft verhelfen. Der Bürgerpark sollte sich durch Vielfältigkeit auszeichnen. Keller war aber mehr als Franckenberg der Parkgestaltung des 19. Jahrhunderts verpflichtet, die verstärkt auf romantische Wirkungen aus war. Er kritisierte daher die gerade geführten Wege in der Dubeloh. Allerdings übersah er, daß diese zum Teil entlang den Grundstücksgrenzen von privaten und städtischen Waldpartien verlaufen. Auch war ihm wohl nicht die ästhetische Qualität gerade verlaufender Alleen bewußt, den Wald weiter erscheinen zu lassen.[90] Der Ablehnung strenger Parkstrukturen entspricht die Abkehr der Stadt von der herkömmlichen Gliederung der Friedhöfe, die in quadratische Grabfelder unterteilt waren.

Mit der vornationalsozialistischen Tradition der Gartenstadt waren Kellers Vorstellungen von durch Grünflächen aufgelockerten Wohnbereichen und geschwungenen Wegen verbunden

Im fünften Kapitel „Untersuchungen zu Wohnungsfragen" ging es Keller darum, den Wohnungsbedarf in Paderborn sowie Art und Größe der bestehenden Wohnungen zu ermitteln. Er sei bei der Frage nach dem Bedarf auf Schätzungen angewiesen, weil es viele untereinander oft widersprechende Faktoren gebe und es wie auch in anderen Mittelstädten an geordnetem und ausreichendem Datenmaterial fehle. 1919 und 1927 habe es Wohnungszählungen gegeben, seit 1927 würden die Neubauwohnungen gezählt. 1933 habe es bei 8 544 Haushaltungen, davon ungefähr 200 unselbständigen, einen Fehlbedarf von 336 Wohnungen gegeben. Die anhaltend rege Bautätigkeit habe im Jahr darauf sogar zu

90 S. hierzu Klaus *Hohmann*, Fischteiche und Wald in der Dubeloh bei Paderborn, in: Die Warte, 64. Jg., 2003, Nr. 117, S. 36ff.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

einem Überangebot an Wohnungen geführt. 1936 sei das Jahr mit der stärksten Bautätigkeit gefolgt. Dennoch sei bis 1938 wegen der wachsenden Anzahl der Haushalte ein neuer Fehlbetrag von 418 Wohnungen entstanden. Ende des Jahres sei als Mittelwert ein Bedarf von 700 Wohnungen festgestellt worden. Es würden weniger Wohnungen durch Tod frei, als neue hinzukämen. Ausgeglichen werde der Zuwachs allein schon durch baufällige Wohnungen oder solche, die „heutigen Ansprüchen in keiner Weise mehr genügen, also eigentlich geräumt werden müßten oder bei gesunder Marktlage leer ständen". Der hohe Ansatz des Fehlbedarfs erkläre sich aber vor allem daraus, daß für auswärtige Arbeitskräfte neue Kleinsiedlerplätze mit etwas Land geschaffen werden müßten. Eine berufliche Tätigkeit in Paderborn sei für Auswärtige, die mehr als sechs Kilometer von Paderborn entfernt lebten, wegen der schlechten Verkehrsverbindungen nicht zumutbar. Für ein Siedlungsvorhaben seien zehn Prozent der Bewerber Auswärtige. Einerseits stellte Keller hier eine Verbindung zu seinen umfangreichen Siedlungsplänen in der Südstadt her, die noch vorzustellen sind, andererseits blieb die in der Verkehrsplanung vorausgesetzte zukünftige zivile Massenmotorisierung außen vor. Im Wohnungsbau plante Keller mehr für den akuten Bedarf. Die hohe Rate der Eheschließungen und Geburten lasse bis 1945 einen weiteren stetig steigenden Bedarf erwarten.

Art und Größe der Wohnungen verglich Keller mit denen in Bremen. Mit dieser Stadt war Keller beruflich vor der Paderborner Zeit verbunden gewesen. Die Zahl der Wohnungen je Gebäude sei 1918 wie in Bremen günstig gewesen, dort mit durchschnittlich zwei Wohnungen etwas niedriger als in Paderborn mit 2,5 Wohnungen. Auch die Zahl der Bewohner je Wohnung sei in den beiden Städten ähnlich gewesen, in Paderborn wegen der größeren Kinderzahl um durchschnittlich eine Person höher. Die Wohnungszählung von 1927 habe für Bremen fast zwei Drittel Wohnungen mit vier bis sechs Räumen ergeben. Das sei sehr günstig gewesen, da kinderreiche Familien mindestens vier Räume benötigten. Die Paderborner Rate habe nur 57 Prozent betragen. Die Neubauten von 1930 bis 1937 hätten dagegen den Anteil größerer Wohnungen in Paderborn auf 77 Prozent gesteigert, so daß sich Paderborn darin inzwischen besser stehe als Bremen. Ungeachtet dieser Fortschritte, die Keller hauptsächlich für die letzten Jahre unter nationalsozialistischer Leitung der Stadtverwaltung reklamieren konnte, kam er zu folgendem Fazit: „1. Paderborn hat zur Zeit noch einen großen Fehlbedarf an Wohnungen, der auf rd. 700 geschätzt wird und sich jährlich um 500 erhöht. 2. Zahlenmäßig gemessen entspricht die Art der vorhandenen Wohnungen den Forderungen, die an eine gesunde Wohnungspolitik zu stellen sind."

Grevelhörster stellt die erfolgreiche Wohnungsbaupolitik dieser Jahre als „im Grunde ‚konservativ'"[91] hin, da sie den Wohnungsbau der privaten Hand, vor allem den Baugenossenschaften, überlassen habe. Die Möglichkeiten des kommunalen Wohnungsbaus habe die Stadt nicht wahrgenommen, sich vielmehr auf die Unterstützung vorwiegend der gemeinnützigen Baugesellschaften durch günstig angebotene Grundstücke und Zuschüsse sowie die Förderung des Wohnungsbaus für Minderbemittelte und kinderreiche Familien beschränkt.[92]

91 *Grevelhörster*, Weltkrieg (wie Anm. 33), S. 242

92 Ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Das ist zutreffend, soweit es um die ausgeführten Baumaßnahmen geht. Zum Beispiel startete die „Erwerbslosen-Baugenossenschaft 1933 mit Reichszuschüssen eine Stadtrandsiedlung an der Schönen Aussicht mit zunächst 16 Siedlerstellen. Insgesamt entstanden hier 144 vom Paderborner Architekten Franz Mündelein entworfene Hausstellen. 1936 plante derselbe Architekt für die Ravensburger Heimstättengesellschaft auf einem von der Stadt überlassenen Grundstück 110 Häuser. Auch der Reichsverband der ehemaligen Kriegsgefangenen und die Westfälische Heimstätte realisierten in diesen Jahren große Bauvorhaben.[93] Grevelhörster übersieht aber, daß die Stadt im März 1939 dem Regierungspräsidenten Minden einen von Keller ausgearbeiteten Stadterweiterungsplan vorlegte. Keller beabsichtigte also, in der Ebene der Planung eine eigenständige kommunale Wohnungsbaupolitik einzuführen. Die Kommune sollte Siedlungspläne von erheblichem Umfang selbst entwickeln in Verbindung mit Baugenossenschaften wie hier den Westfälischen Heimstätten GmbH in Dortmund. Der Erweiterungsplan ist in den zweiten Planungsband aufgenommen und weiter unten behandelt.

Mit Rücksicht auf die Situation im bereits erschlossenen Stadtgebiet schlug Keller im sechsten Kapitel „Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete" ein sehr behutsames Vorgehen bei der Erschließung neuer Baugebiete vor. Die erschlossenen Wohngebiete müßten erst aufgefüllt werden. In ihnen gebe es hypothetisch noch Platz für 1 420 Häuser mit 2 900 Wohnungen, was den Fehlbedarf decken würde. Bei entsprechender Nutzung würde die Anlage vieler neuer Straßen erspart. An in der Fluchtlinie schon festgelegten oder nur geplanten Straßen könnten weitere 1 430 Häuser entstehen. Das schaffe Raum für etwa 15 800 Einwohner bei einer angenommenen Kopfzahl von vier Personen je Wohnung und ermögliche ohne weitere Bautätigkeiten schon ein Wachstum auf 55 000 Einwohner. Die Bauplatzreserven reichten nach Schätzungen bis mindestens 1960. Diese Prognose könne aber schnell überholt sein. Weitere 1 800 Wohnungen für etwa 7 000 Personen seien nach den bestehenden Planungen möglich. Insgesamt ergebe das einen Bestand von 62 800 Einwohnern. Das übertrifft leicht die von Keller gesetzte Richtgröße von 60 000 Einwohnern für die Stadtplanung.

Trotz der genannten Reserven an Bauplätzen forderte Keller die Erschließung weiterer Baugebiete, da viele private Grundstückseigentümer nicht in absehbarer Zeit bauen wollten, falls nicht ein „von vielen Seiten immer wieder" geforderter Bauzwang oder Verkaufszwang eingeführt werde. Keller dachte vor allem an neue Kleinsiedlungen. Diese könnten nicht in Baulücken „eingeflickt" werden.

Es solle in der Südstadt beispielhaft ein Baugebiet für eine geschlossene Mustersiedlung von der Gemeinde erschlossen werden. Als fehlgeplantes Gegenbeispiel nannte Keller den Bebauungsplan von 1907 für das Greitelerquartier am Schützenplatz. Dort sei der Grundgedanke unbeachtet geblieben, das angrenzende Wiesental zu erhalten und so zum Schützenplatz Abstand zu halten. Auch seien zu viele Straßen auf engem Raum angelegt worden. Das habe die Er-

93 *Hohmann*, Stadt (wie Anm. 79), S. 25

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

schließungskosten untragbar verteuert und zu einer Vielzahl von Eckgrundstücken sowie einer verringerten Grundstückstiefe geführt. Die vielen Nord-Süd-Straßen seien überflüssig, da die Pader nur an einer Stelle überquert werde. Boshaft merkte Keller an, die überflüssigen Straßen und die zu hoch angesetzte Zahl der Baugrundstücke erklärten sich allein daraus, daß der Planverfasser nach laufenden Metern Fluchtlinie bezahlt worden sei. Es wäre besser gewesen, das Gelände anders aufzuteilen, einen Bereich freizuhalten für das Gaswerk und andere Industriezwecke, die Wiese zu erhalten oder alternativ statt ihrer einen Sportplatz oder Dauerkleingärten zu schaffen. Im Restgebiet stünden schon einige Häuser. Der Zuschnitt der Grundstücke habe jedoch bisher eine weitere Nachfrage von Interessenten und als Folge eine Erschließung verhindert. Daher schlug Keller einen veränderten Bebauungsplan vor. Und zwar sollten wegen der geringen Bautiefe nur Stichstraßen angelegt werden. Ein nachträgliches Umlegungsverfahren zugunsten größerer Grundstückstiefe sei undenkbar. Ferner sollte beim neuen anschließenden Baugebiet eine Fläche frei bleiben, die Grünfläche am Schützenplatz vergrößert und die Zahl der Grundstücke auf 164 verkleinert werden.

Die bisherige „Reißschienenplanung" dieses nördlichen Neubaugebiets verurteilte Keller ebenso wie die jüngerer Quartiere. Er nannte vor allem die neue Siedlung an der Schönen Aussicht. Die geraden Straßen seien ohne Rücksicht auf die Geländebewegung angelegt worden. Mit zwei Fotos dokumentierte Keller eine Straße, die sich im Unendlichen verliert, und als etwas bessere Lösung eine weitere, die auf ein Gebäude zugeführt ist (Abb. 24). Als gelungene Lösung unter seiner Zuständigkeit lobte er die Behrenteichsiedlung von 1938, in der sich die Häuser um einen Hof gruppieren (Abb. 25). Für Bereiche an der Penzlinger Straße und in den Fürstengärten forderte er eine entsprechende Überarbeitung der Pläne, an anderen Stellen eine Änderung der Fluchtlinien. An den Fürstengärten solle am Padertal ein breiter Promenadenweg angelegt werden. Die Grundstücke sollten mit der Schmalseite zum Tal liegen. So würden bei einseitiger Bebauung überhöhte Straßenbaukosten für die Anlieger vermieden. Schmale Durchgänge sollten den Fußgängern unzumutbare Umwege ersparen.

Insgesamt bedeuteten Kellers Vorschläge für die äußeren Stadtbereiche eine grundlegende Änderung der bisherigen Planung. Seine Vorstellungen von der Strukturierung neuer Wohnquartiere sind als über die NS-Zeit hinaus gültig zu beurteilen. Sie entsprechen denen, die in der Gegenwart in vielen Paderborner Stadtgebieten verwirklicht worden sind und weiterhin realisiert werden.

Auffällig ist, daß Keller den erhöhten Bedarf an Wohnungen anders als der Bürgermeister nicht auch mit dem starken Zuzug von Militärpersonen erklärte, also mit dem Wohnungsbedarf für das Personal der Militärverwaltungen sowie für die höheren Chargen der Kasernen und des Flughafens, ebenso wie er die Aufgabe der Flächen in der Mönkeloh in einem anderen Zusammenhang nicht mit dem Flugplatz in Verbindung brachte. Allem Militärischen kam wohl der Rang des Geheimnisses zu, um das Ausmaß der Aufrüstung zu vertuschen. Dazu paßt, daß in den Adreßbüchern der Stadt seit 1933 in den statistischen Angaben zur Einwohnerschaft die Militärpersonen nicht mehr eigens ausgewiesen wurden. Vor allem der 1938 vollendete Bau der Panzerkaserne und der

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Ausbau des Flughafens führten den Zuzug vieler Militärs mit sich. Die Zahl der in und um Paderborn stationierten Militärs betrug 1932 1 000, vor dem Kriegsbeginn über 5 000.[94] Bürgermeister Kosiek erklärte dem Landrat und dem Regierungspräsidenten am 14. März 1939 im internen Schreiben mit Kellers Plan für die Südstadtsiedlung ausdrücklich, die Wohnungsnot sei „in stärkstem Maße" „durch die Wehrhaftmachung und die damit verbundene Verstärkung des Standortes Paderborn" gestiegen.[95]

Die Problematik „zerstreuter" Bebauung mutet sehr aktuell an. Die Paderborner Neubaugebiete haben sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter mit entsprechenden Kosten für die Infrastruktur in äußere Bereiche ausgedehnt. Gegenwärtig bestehen in bebauten Wohngebieten unbebaute Grundstücke für etwa 20 000 Einwohner. Die Bevölkerung könnte also bis zu zwei Jahrzehnte ohne die Ausweisung neuer Baugebiete wachsen. Bleibend ist auch das Problem, private Grundbesitzer nicht zum Bauen zwingen zu können. Das scheint Keller in der NS-Diktatur für möglich gehalten zu haben, da er auf entsprechende Vorstöße unkommentiert hinweist. Wie weiter unten dargelegt, konnten für Kleinsiedlungen ohnehin Grundstücke enteignet werden.

Geradezu idealtypisch für nationalsozialistische Siedlungsplanung und damit stärker zeitgebunden als andere Planungen für Neubaugebiete ist Kellers Vorschlag für eine Südstadtsiedlung zwischen Borchener Straße, Straße der SA (Kilianstraße) und Querweg. Für den Siedlungsbau gab es viele staatliche Vorgaben, so daß das Typische des Kellerschen Entwurfes vor allem den allgemeinen verbindlichen Normen zuzurechnen ist. Für Paderborn war der Südstadt-Plan von Bedeutung, weil er ein Muster für weitere Siedlungen sein sollte (Abb. 26, 27).

Keller erhielt die Chance, erstmals in Paderborn einen umfassenden Plan für eine geschlossene Bebauung „aus einem Guß" auf einem noch völlig unbebauten Gelände zu erarbeiten. Der oben schon erwähnte endgültige Entwurf war am Ende des Winters 1939 fertig. Er wurde außer den Behörden auch der Gauleitung vorgelegt, die Änderungen wollte.[96] Die Grundstücke waren überwiegend durch Enteignung für Kleinsiedlungen schon in städtischem Besitz. Nur einige südlich vorgelagerte private Grundstücke mußten noch erworben werden.

Die Straßen sollten den Schwüngen der Höhenlinien folgen. Vom angrenzenden Steinbruch des Zementwerkes ausgehend war ein Grüngebiet vorgesehen, bis zur Borchener Straße fortgesetzt durch eine Straße mit begleitenden breiten grünen Bändern. Den größten Anteil der vorgesehenen 383 Stellen sollten 192 Kleinsiedlungen mit je 1 000 Quadratmetern haben. Dazu sollten 42 Kleineigenheime, 100 einfache Mietwohnungen von je 200 Quadratmeter Grundstücksfläche als Arbeiterwohnstätten und 49 größere Wohnungen mit 40 Quadratmeter zusätzlicher Grundstücksgröße kommen. Der relativ große Anteil an Arbeiterwohnungen reiht das Projekt in die laut Weihsmann zweite Phase der Siedlungsplanungen seit 1936 ein, in der die wachsende Aufrüstung die Arbeiter

94 Ibid., S. 13f.
95 StA Dt, M I I Pla Nr. 3
96 Ibid.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

beruflich stark forderte und den Gedanken der Siedlerstellen mit Eigenversorgung für die Arbeiter obsolet machte. Für sie wurden nun kleine Mietwohnungen oder Kleineigenheime auf geringer Grundstücksfläche gebaut.[97] – Die Straßen sollten zwar mit Teerdecke, aber in einfachster Form ausgebaut werden, um die Kleinsiedler finanziell möglichst wenig zu belasten. Bürgersteige solle es nur an den Hauptstraßen geben.

Das Zentrum sollten ein Gemeinschaftshaus, ein HJ-Heim, eine Schule mit Turnhalle und ein Sportplatz mit angrenzender Grünfläche bilden.

Auf Kleinsiedlerstellen sollten die Ställe in das Wohnhaus einbezogen werden oder allenfalls unter dem in Westfalen üblichen Schleppdach dem Haus angebaut werden. Die Grundstücke seien in jedem Fall von Schuppen und anderen Kleinbauten freizuhalten.

Keller hat dem Plan leider nur drei unterschiedliche fotografische Ansichten des Modells beigefügt, die keine baulichen Details erkennen lassen. So ist nicht auszuschließen, daß das Gemeinschaftshaus als Zentrum wie in anderen Fällen in heimattümelnder Gestalt entstehen sollte. Eher wird es im von Keller propagierten sachlichen Stil geplant gewesen sein. Die Abbildungen vermitteln lediglich den Eindruck, daß hier eine „Stadtkrone" en miniature entstehen sollte. Für das Stadtzentrum verbot sich eine solche begrifflich aus den zwanziger Jahren stammende und in den Planungen für „braune Städte" typische „Stadtkrone" monumentaler Großbauten, weil eine kirchliche „Stadtkrone" in den drei Mittelpunktskirchen mit ihren hohen Türmen bestand. (Auch die Gaukirche hatte damals noch ihren spitzen Helm von 1893 aus der Restaurierung durch den Dom- und Diözesanbaumeister Arnold Güldenpfennig.) In der Südstadtsiedlung aber konnte Keller nationalsozialistische städtebauliche Kernvorstellungen verwirklichen. Das gilt ebenfalls für die Straßenbilder, die auch in den Siedlungen in ihrer geschwungenen Form und Geschlossenheit an die beibehaltene Tradition der Gartenstadt anknüpften.

Der Zwangscharakter und das ideologische Ziel nationalsozialistischer Siedlungspolitik zeigen sich in der gesetzlichen Möglichkeit, Boden zu Entschädigungsleistungen weit unter dem Verkehrswert für Siedlerstellen wie für Gemeinschaftseinrichtungen zu enteignen. Der Reichsarbeitsminister Franz Seldte klärte im November 1936 in einem Erlaß an die Länder noch einmal ausdrücklich, daß es eine entsprechende gesetzliche Grundlage für einzelne Siedlerstellen wie für geschlossene Anlagen gebe: „Dabei kann bei Siedlungen größeren Umfangs auch das für die notwendigen Gemeinschaftsanlagen erforderliche Land mit enteignet werden, denn solche Siedlungen sollen als geschlossene Anlagen gestaltet werden [,] die Ausdruck der bestehenden Volksgemeinschaft sind. Die Enteignung nach der Notverordnung ist zulässig, wenn geeignetes Land in passender Lage zu angemessenem Preise nicht zur Verfügung steht." Was der jeweils „angemessene" Preis war, blieb „nationalsozialistischer Rechtsauffassung", sprich Willkür, überlassen.[98] Autoritären Charakter hatte auch das dem Siedlungsbau zugrunde liegende Gesetz „über die einstweiligen Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens" vom 3. Juni 1934, das für

97 *Weihsmann*, Bauen (wie Anm. 4), S. 69f.
98 WV 20. 11. 1936

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Siedlungsprojekte einen Wirtschaftsplan vorschrieb. Dieser sollte die Auswahl der Siedler im Sinne der nationalsozialistischen Sozialpolitik herbeiführen.[99] Seidler hatte Keller ausdrücklich als Baurat gewollt, weil dieser die Kompetenz zum Aufstellen solcher Pläne besaß (s. o.). Die Rückwendung zum Massenwohnbau in Stadtgemeinden im Vollzug des Vierjahresplans von 1936 tangierte die Paderborner Planungen nicht, da es kaum Industriebetriebe gab.[100]

Auch der rückwärts gewandte, nach 1933 beibehaltene Heimatschutzgedanke bestimmte in Paderborn wie anderswo besonders die Siedlungsbauten, während im „Volkswohnungsbau", der seit dem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 27. 7. 1935 mit erheblichen Mitteln als „Seitenstück" des Siedlungsbaus gefördert wurde und der ebenfalls Wohnungen mit „Garten- und Landzulage" vorsah, aus Gründen der Sparsamkeit die in den Siedlungen der Weimarer Zeit dominierende moderne Form des Hauses mit Flachdach beibehalten wurde.[101] Das vor 1933 bei modernen Bauten überhaupt bevorzugte Flachdach war in der NS-Zeit ansonsten verpönt. Die traditionellen Einzelfenster mit Fensterkreuz ersetzten wieder die Bandfenster.[102] Der Heimatschutzstil sollte tradierte regionale Formen wahren. Das bedeutete für Keller in der Südstadt-Planung unausweichlich die Festlegung auf Satteldächer und die zusätzlich erlaubten Schleppgauben. Die Siedlungsbauten der NS-Zeit waren im übrigen zumeist ganz unauffällige simple kleine Häuser, oft mit einem Naturstein-Kellergeschoß. „Infolge der Angleichung der Bauten an ländliche Archetypen und Hausformen sind die Bauwerke nicht immer auf den ersten Blick als klischeehafte NS-Bauten zu erkennen."[103] Sie folgten besonders dem Diktum „Tradition ohne Stilkleid".[104]

Weihsmann zitiert einen NS-Heimatschützer, die Siedlungen hätten ihren Platz im organischen Stadtgebilde, das dem organischen Aufbau der Volksgemeinschaft gleiche.[105] Konservative Vorstellungen mischten sich im Siedlungsbau mit NS-Gedankengut. Gemeinsam mit den Volkswohnungen waren sie ideologisch die unterste Stufe in einer Hierarchie der Wohnbauten, in der sich der organische Aufbau der Volksgemeinschaft, d. h. ihre soziale Schichtung, spiegeln sollte. Selbst für den Hausrat von Siedlerhäusern gab es seit dem November 1936 Regelungen auf Reichsebene. Auf einen entsprechenden Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Schaffung von Siedlerhausrat hin veröffentlichte das Reichsheimstättenwerk der Deutschen Arbeitsfront eigene Richtlinien. Wie die Wohnungsgröße solle auch die Ausstattung im Anspruch zwischen Bauernhaus und städtischer Kleinwohnung liegen und den letzten toten Winkel nutzbar machen. Sie solle nicht mehr eine schlechte Imitation der Einrichtung großer Wohnungen sein. Vielmehr sollten für den Hausrat einschließlich Öfen, Beleuchtungskörpern, Heimschmuck und Hauswirtschaftsgeräten

99 Wie Anm. 97
100 Ibid., S. 68ff.
101 Ibid., S. 68f.
102 Ibid.
103 Ibid., S. 60
104 Ibid., S. 62
105 Ibid., S. 61

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

eigenständige Formen entwickelt werden.[106] Im Ergebnis sah die nationalsozialistische Sozialpolitik wie überall eben auch in Paderborn für breite Schichten des „arischen Herrenmenschen"-Volkes nur niedriges Einkommen und äußerst bescheidene Lebensumstände in karg eingerichteten, simpel gebauten Kleinwohnungen vor. Wie die anderen Widersprüche im nationalsozialistischen Gedankengut verschwand auch der zwischen Menschenbild und sozialer Wirklichkeit im Nebel der üblichen Phrasen.

Weihsmann sieht im Wohnungsbau, speziell im Siedlungsbau, die wichtigste ideologische Waffe des NS-Systems und ein „Instrument für die Indienstnahme des Volkes im Sinne völkischer und rassistischer Propaganda" sowie für weiter gehende Ziele. Der Heimatschutzstil der bevorzugt kleinen Häuser auf Gartengrundstücken habe das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit vermitteln sollen.[107] Da der Krieg die Realisierung des Südstadt-Projekts verhinderte, bleibt unbekannt, ob das übliche Ausleseverfahren der Siedler, das außer sozialen Aspekten vor allem der „arischen" Abstammung und politischen Zuverlässigkeit galt, auch in diesem Fall geplant war. Dasselbe gilt für die verlangte umfangreiche Selbsthilfe der Bewerber.[108]

Sosehr die Struktur der Südstadt-Siedlung überzeugt, hätte das Erscheinungsbild der Häuser kaum befriedigen können. Obwohl Keller geschwungene Straßenführungen vorsah und die Langeweile anderer Paderborner Siedlungen kritisierte, muß man sich das Bild seiner Mustersiedlung wie das anderer Siedlungen dieser Zeit wegen der vorgeschriebenen Normierung und Typisierung der Häuser auch als recht eintönig vorstellen.[109] Die Bayreuther und Daisendorfer Bebauungspläne zeigen in gleicher Weise die konsequente Beachtung der Höhenlinien und die aufgelockerte Bauweise in Siedlungen. Der Vergleich von Bayreuther Fotos mit einer Skizze der Daisendorfer Terrassenbauten dokumentiert, daß sich Kellers moderne Baugesinnung am Bodensee frei von den teilweise konventionellen Vorgaben der NS-Zeit den kubischen Formen des Bauhausstils zuwandte (s. o.).

In seiner ausführlichen schriftlichen Rechtfertigung während des Prozesses hob Keller im September 1949 unter anderem als sein Verdienst den mühevollen Erwerb der Flächen für die Südstadt hervor. Es werde dort inzwischen rege gebaut. Die Enteignungen ließ er unerwähnt.[110] Die Bebauung nach dem Krieg geschah selbstverständlich unter anderen Voraussetzungen. Gemeinschaftshaus und HJ-Heim hatten sich erübrigt. Die anderen von Keller vorgesehenen Gemeinschaftseinrichtungen entstanden: Grünfläche, Spielplatz, Kleingartenanlage und Schule. Das versteht sich für ein größeres Neubaugebiet aber ohnehin. Statt einer kam es inzwischen zu zwei Schulen. Die Straßen verlaufen tatsächlich, wie von Keller gewollt, entlang den Höhenlinien.

Im siebten Kapitel verband Keller die Darlegung der wirtschaftlichen Gege-

106 WV 17. 11. 1936
107 *Weihsmann* (wie Anm. 4), S. 59f.
108 Ibid., S. 63f.
109 S. dazu *Durth*, Architektur (wie Anm. 4), S. 165
110 Prozeßakte, wie Anm. 11

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

benheiten Paderborns mit Vorschlägen für die Zukunft. Die Stadt werde weiterhin Mittelpunkt eines landwirtschaftlich geprägten Raumes bleiben und wie im bedeutenden Marktgeschehen auch im Handwerk darauf ausgerichtet sein, da dieses die Region mit seinen Erzeugnissen versorge. In der Stadt selbst gebe es noch 70 landwirtschaftliche Betriebe, unter ihnen 48 „Erbhöfe". Die örtliche Landwirtschaft beschäftige aber nur fünf Prozent aller Arbeitskräfte. Die Stadt benötige zu ihrer Entwicklung auch die Ansiedlung größerer Industriebetriebe, die einer wachsenden Bevölkerung Arbeit verschafften. Im Unterschied zu westfälischen industriellen Mittelstädten mit 600 bis 700 Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk je 1 000 Erwerbspersonen seien es in Paderborn nur 297. Die Zahl der Arbeiter pro 1 000 sei analog um mehr als ein Drittel geringer. Einziger großer Arbeitgeber seien die Eisenbahn-Ausbesserungswerke mit 1937 rund 2 000 Beschäftigten. Größere Arbeitgeber seien im übrigen vor allem die großen Bauunternehmen, Buchdruckereien, Kaufhäuser, ferner die beiden Zementwerke, die städtischen Versorgungsbetriebe, die Möbelfabrik Welle, die Aktien- und Vereinsbrauerei, das Westfälische Volksblatt sowie an fünfter Stelle das zahntechnische Laboratorium Schnietz. Nur zwei dieser insgesamt 22 mittelständischen Unternehmen beschäftigten mehr als 300 Personen, die Hälfte weniger als 100. Die Mehrzahl der Paderborner Betriebe zähle nur bis zu vier Beschäftigte. Die Zunahme der Arbeitskräfte in Gewerbebetrieben von 1933 bis 1937 um mehr als zwei Drittel verdanke sich nur dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung Deutschlands, das heiße großenteils auch dem Abbau der Arbeitslosigkeit, nicht aber einer stetigen Entwicklung der Stadt. Nur vier der obengenannten größeren gewerblichen Betriebe hätten in diesem Zeitraum ein nennenswertes normales Wachstum erreicht. Ausreichende Erschließungsgebiete für Großbetriebe mit Bahnanschluß gebe es nur im Westen der Stadt, wo auch schon die Wollhalle, die Viehversteigerungshalle und ein großer Getreidespeicher entstanden seien. Vor allem Abtsbrede und Borchener Straße müßten als Verbindung zur Stadt ausgebaut werden. Die Stadt besitze im Westen genügend Flächen für neue Betriebe und könne Gelände der Gemeinde Wewer dazu erwerben. Zwar sei die Westlage einer Industriezone an sich ungünstig, aber für Paderborn kämen nur Betriebe in Frage, von denen der Stadt keine Verqualmung drohe. Die Zementwerke beeinträchtigten die Entwicklung und sollten an ihrem Standort nicht auf längere Sicht bleiben. Auch in diesem Ansiedlungskonzept nahm Keller eine zukünftige Entwicklung in vielem vorweg.

Im achten Kapitel „Städtebauliche Einzelmaßnahmen" geht es um die Planung öffentlicher Bauten (Abb. 28). Wie erwähnt, bedauerte Keller in der Aussprache mit den Architekten im September 1936, in der Stadt keine großen Bauten im „grandiösen" Stil nationalsozialistischer Repräsentationsarchitektur aufführen zu können. Als er dennoch zukünftige Großbauten planen konnte, stellte er sie als Gebäude in für ihn typischer moderner Gestalt vor.

Eine sehr bescheidene Anlage für Parteizwecke bestand in Paderborn seit 1935 als „Ehrenfeld" vor der neuen Kapelle des Ostfriedhofs. Es nahm Gräber besonders verdienter Parteigenossen auf, erstmals schon im selben Jahr.[111]

111 StA Pb, A 4293

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Wenn Keller im Vorwort der Planungsbände fordert, Flächen für hervorragende große öffentliche Bauten freizuhalten, zählt zu diesen Bauten auch ein neues städtisches Verwaltungsgebäude am Abdinghof. Die Planungen dafür und für weitere im folgenden aufgeführte öffentliche Bauten stellte Bürgermeister Kosiek Mitte Januar 1941 anläßlich einer Tagung der Reichskulturkammer Gau Westfalen-Nord in Paderborn dem Gauleiter Meyer beim Empfang im Rathaus vor.[112] Es überrascht sehr, daß Keller für den Abdinghof historistisch plante, indem die barocken West- und Südtrakte des Klosters durch angepaßte, mit einer Ausnahme gleich hohe, allerdings dreigeschossige Trakte im Osten, Westen und Süden ergänzt werden sollten. Nur der Risalit des Südbaus mit zwei hohen Rundbogenportalen und zweigeschossigen Fenstern über ihnen zeigt Formen der späten zwanziger und dreißiger Jahre (Abb. 30). Die Planskizze beweist Kellers Sensibilität für die historische Stadt ebenso wie seinen Willen zur entschiedenen Sanierung, da außer den beiden Klostertrakten alle anderen Gebäude, also Schuppen und Ställe der früheren Kaserne bzw. Reitschule, im weiten Gelände verschwinden sollten. Das neue Stadthaus sollte nach seiner Vorstellung vor allem den unwürdigen Zustand in einer zentralen, historisch bedeutenden Situation beenden. In dieser Hinsicht überrascht Kellers Vorschlag nicht. Den desaströsen Zustand des Abdinghofgeländes dokumentierte Keller durch eindrucksvolle Fotos. Laut Keller sollten die Gebäude nur noch für einige Jahre „ihrem zeitigen Zweck", wohl der dort einige Zeit zuvor eingerichteten privaten Reitschule, dienen und waren deswegen derart vernachlässigt (Abb. 29). Die geplante Gesamtanlage stimmt weitgehend mit der Nachkriegslösung überein. Der südliche, dem Franz-Stock-Platz entsprechende Platz bleibt anders als heute nach Süden zur Gänze offen. Das Gefälle gleicht eine Treppe am Südtrakt aus. Verbunden werden sollte der Abdinghof nicht nur mit dem zukünftigen Paderquellpark. Durchbrüche sollten ihn mit dem Marienplatz, dem Marktplatz und in Gestalt einer Passage bei der geplanten neuen Kreissparkasse mit dem Schildern verbinden. Die Passage kam nach 1945 etwas versetzt zustande, die Straßenverbindung zum Marienplatz und die von Keller geforderten Parkplätze am Abdinghof kamen ebenfalls, nur die Verbindung zum Marktplatz unterblieb nach dem Krieg. So nahm Keller am Abdinghof eine der wichtigsten städtebaulichen Lösungen des Wiederaufbaus schon 1939 in fast allen Grundzügen vorweg.

Ein weiteres in der baulichen Qualität der Gebäude teilweise unbefriedigendes, dazu ungleichmäßig und lückenhaft bebautes Stadtquartier in zentraler Lage war der Bereich zwischen Bogen, Kasseler Straße und Krummer Grube. Keller nannte ihn einen Schandfleck (Abb. 31-34). Hier sollte, angrenzend an einen neuen kleinen Platz am Bogen, ein ausgedehnter Gebäudekomplex für die Justizbehörden entstehen und einen älteren Gerichtskomplex in diesem Gelände ablösen. Der Plan läßt eine Eckbetonung am Bogen und einen langgestreckten Trakt nach Süden hinter den Gebäuden an der Kasseler Straße erkennen (Abb. 35). Am Domplatz sollten die bestehenden Häuser einer geschlossenen Platzwand durch den Nordtrakt des Gerichts bis zur Gasse bei der Gaukir-

112 WV 14. 1. 1941; Martin *Wagner*, Kriegschronik 1939-1943, zum Jahr 1941, StA Pb, A 5462, S. 17; *ders.*, Chronik der Stadt Paderborn 1940-1945, StA Pb, A 5461, zum Januar 1941

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

che weichen, um ein Gegengewicht zum Ensemble von Dom und Generalvikariat zu schaffen. Ein Ost- und ein Südtrakt sollten sich an den früheren Südflügel der Stadtverwaltung, bis 1931 städtisches Altersheim, anschließen, so daß die neuen Gebäude zwischen Domplatz und Krummer Grube einen weiten Innenhof umschlossen hätten. Auch hier ist die Nachkriegslösung im wesentlichen vorgedacht, allerdings unter deutlicher Verlagerung nach Westen.

Die Skizzen der Gebäude lassen dreigeschossige Trakte in schlichter Form mit langen Fensterreihen oder Fensterbändern, Sattel- oder Krüppelwalmdächern erkennen. Sie waren also moderner gedacht als das mehr neoklassizistisch geratene Nachkriegsbauwerk (Abb. 36).

Die beiden geplanten Verwaltungskomplexe waren keine Parteibauten, es war für sie daher auch nach den allgemeinen städtebaulichen Ideen der NS-Zeit kein Repräsentationsstil zu erwarten. Bei den wenigen nach 1933 errichteten neuen Rathäusern war der Griff in die Kiste „altdeutscher" Formen beliebt, bis nach 1935 auch monumentalisierende Lösungen aufkamen. Städtische Verwaltungsbauten spielten in der nationalsozialistischen Baupolitik nur eine nachgeordnete Rolle, wurden daher in der Regel schlichter als die Parteibauten gehalten. Als Grund ist die Konkurrenz der öffentlichen Verwaltung zu den Parteiämtern anzunehmen.[113]

Wie der Wunsch nach einem neuen Stadthaus dürfte auch der nach einem eigenständigen Theaterbau nicht erst auf Kellers Amtszeit zurückgehen, da seit 1933 das neugegründete Westfälische Landestheater seinen Sitz in Paderborn hatte.[114] Am Adolf-Hitler-Wall (Friedrichstraße) hatte die Stadt 1939 auf dem Gelände der heutigen Realschule zwischen Fürstenbergstraße und Neuhäuser Straße das rückwärtige Grundstück Nr. 31 des Gutsbesitzers Hecker für einen Theaterbau in zentraler und verkehrsgünstiger Lage erworben. Der anliegende Bereich sollte mit einem westlichen Parkplatz und östlich angrenzendem Weg eine völlig neue Struktur finden. Die vorgelagerten Wohnhäuser am Wall sollten später einem großen Vorplatz weichen, um eine repräsentative Gesamtanlage zu schaffen. Eine Skizze des Gebäudes gibt es nicht. Der Grundriß zeigt einen langgestreckten Saalbau mit großem Bühnenraum. Ein großer Theaterbau ist in Paderborn bis heute nicht entstanden (Abb. 37).

Für den bis dahin, von der Jugendherberge am östlichen Rand, dem früheren bischöflichen Konvikt, und den Kleinbürgerhäusern am Südrand abgesehen, ungefaßten und ungestalteten Maspernplatz (Abb. 38) sah Keller ebenfalls eine weiträumige Gestaltung für den westlichen Teil vor. Hier kamen für Keller als steigernder Abschluß des Aufmarschplatzes ein Haus der Partei und ein Ersatzbau für das nach seiner Aussage inzwischen unzulängliche historistische Landratsamt am Busdorfwall in Frage, verbunden mit der Stadtmauer und deren Türmen (Abb. 39). Einem großen zentralen Bau sollten sich nordwestlich und nordöstlich zwei abknickende Trakte anschließen. Ein andeutende Skizze läßt

113 *Weihsmann*, Bauen (wie Anm. 4), S. 55f.

114 Verwaltungsbericht des Stadtbauamts für die Zeit vom 1. 1. 1924 bis zum 1. 4. 1929, Anlage III, StA Pb, A 195: Das Gebäude in der Grube sei unzureichend, es gebe inzwischen drei Standorte der Stadtverwaltung, Erweiterungspläne von 1927 seien schon wieder aufgegeben. „Man will versuchen ein geeignetes Gebäude oder Grundstück zu erwerben, um dort etwas Durchgreifendes schaffen zu können." – Zum Theater: *Hohmann*, Stadt (wie Anm. 79), S. 77f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

einen längsrechteckigen zweigeschossigen Hauptbau mit flach geneigtem Satteldach und repräsentativer Front erkennen. Über einer breiten Eingangszone läßt sich ein großes Rundfenster erahnen. Ergänzt werden sollte die „wesentlich schönere Form" des Platzes durch eine gärtnerische Anlage, die Keller im Kapitel „Grünflächenplanung" vorschlug. Für diese sah er vermutlich das Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges vor, das in der Stadt noch fehle. Auch am Maspernplatz unterblieb die Realisierung. Hier kam es in der Gegenwart zu einer ganz anderen Lösung.

An der Pader im Bereich der heutigen Fürstengärten plante Keller einen großen Baukomplex für die Kreisbauernschaft und die Kreislandwirtschaftsschule, der in erhöhter Lage zwischen kleinen Häusern „einen betonten Punkt" bilden sollte (Abb. 40). Eine Skizze deutet vage einen streng funktionalen Bau mit langen Fensterbändern an (Abb. 41). Nachdem einige ungeeignete Standorte jeweils rechtzeitig verworfen worden seien, erwartete Keller jetzt die baldige Erbauung, zu der es aber nie kam.

Als letztes legte Keller einen Entwurf für ein neues Bahnhofsgebäude vor. Die Pläne für die Erweiterung der Bahnhofstraße, den Bahnhofsvorplatz, den Parkplatz und ein Hotel aus dem zweiten Kapitel zur Verkehrsplanung fügte er erneut bei. Keller betonte die Wichtigkeit eines Vorplatzes für die Wirkung des Empfanggebäudes (Abb. 42). Dieses skizzierte er als nordsüdlich ausgerichtete Halle mit großzügigem vierteiligem östlichem Eingangsbereich unter einem ebenso langgestreckten hohen Fensterband. Mit Halle und östlich anschließendem langem, zweigeschossigem, im Ostteil eingeschossigem Trakt für die Wartesäle und die Post entwickelte Keller auch hier ein Konzept, das wie die anderen baulichen und räumlichen Ideen für diesen Standort die Nachkriegssituation in Grundzügen vorwegnahm.

Dem Gauleiter wurden 1941 gleichzeitig mit den Plänen für die im achten Kapitel behandelten öffentlichen Gebäude Kellers Entwürfe für den Neubau der Reismannschule sowie mehrerer Volksschulen, für Kanalisationsarbeiten, Unterführung am Westerntor, Verlegung der Bahnstrecke nach Bielefeld und Südstadtprojekt mit jetzt 600 vorgesehenen Wohnungen vorgestellt, ebenso von Keller entworfene fertige Objekte. Ganz offensichtlich wurde entsprechend den Planungsbänden von 1939 die Stadtplanung Kellers als die gültige Grundlage aller beabsichtigten Projekte in allen Belangen weiterverfolgt.[115]

Das neunte Kapitel über die städtischen Schulen ist das weitaus radikalste. Keller schlug mit einem Wort den Abriß und Neubau von fünf Volksschulen und der Reismannschule, der „Städtischen Oberschule für Jungen Paderborn", vor: „Die Volksschulen der Stadt Paderborn entsprechen so wenig neuzeitlichen Anforderungen, daß innerhalb von 14 Jahren außer bei Karl- und Theodorschule und der neuen, 1928 erbauten Schule in der Stadtheide ein Neuaufbau von Grund auf erforderlich wird." Die Gebäude der von Keller zuerst genannten Schulen genügten architektonisch allerdings auch nur eingeschränkt ihrer Aufgabe und konnten „die Kinder ... durch ... düstere und gewalttätige Aufmachung abschrecken", statt „sie durch ... freundliches Äußeres, durch

115 S. Anm. 112 sowie *Wagner,* Chronik, wie Anm. 89

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

[einen, d. Verf.] zum Kind passenden Maßstab freudig" zu stimmen und einzuladen (Abb. 43). „Die Neuordnung muß sich beziehen a) auf Ausschaltung unbrauchbarer Schulbauten und den dadurch erforderlichen Neuaufbau, b) Neubau von Schulen infolge der Vermehrung der Bevölkerung." In den acht Volksschulen seien nicht alle Schüler in einem Gebäude untergebracht, was unnütze Wege und Aufsichtsprobleme mit sich bringe. Die Schulen seien auch ungünstig über das Stadtgebiet verteilt, meistens lägen sie in der Innenstadt nahe am Wall, mit mehrfach überschneidenden Einzugszonen bei einem angelegten Radius von 500 Metern. Nach außen seien die Einzugsgebiete zu groß, da sie keilförmig zugeschnitten seien.

Daß Keller kaum einen städtischen Schulbau gelten ließ, überrascht insofern, als der Bestand an Gebäuden recht jung war. Zwischen den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts und 1925 war ein Netz neuer Volksschulen entstanden, entworfen zumeist in historistischen Stilformen. Auch der 1893 errichtete Bau der Reismannschule mit einem jüngeren Trakt gehörte in die Epoche der historistischen Schulbauten, die eine grundlegende Verbesserung der baulichen Qualität und Unterrichtsbedingungen herbeigeführt hatten. Sie lagen zudem zwar am Rande der Innenstadt, waren großenteils aber Grünanlagen oder hohen Bäumen benachbart, um eine gesunde Umgebung außerhalb der verwinkelten engen Altstadt zu gewährleisten.

Keller war offensichtlich kein Freund der historistischen Architektur, auch darin ein Kind des Bauhauses, das die Bauwerke des Historismus trotz deren technischer Modernität entschieden ablehnte. Im Anhang dieses Kapitels stellte Keller Fotos Paderborner Schulen dasjenige einer hannoverschen Schule im charakteristischen sachlichen Stil der dreißiger Jahre gegenüber, mit rustiziertem Sockelgeschoß, großen seitlichen Mauerflächen, Fensterbändern an den Längsseiten und monumentalem Eingangsbereich (Abb. 44).

Die Reismannschule wurde von Keller besonders ungünstig beurteilt: „Hier ist nun einfach alles unzulänglich, mögen es die Klassenräume, der Zeichensaal oder die Aula sein." Statt einer Turnhalle gebe es einen offenen Schuppen. Für eine neue Reismannschule fügte Keller zwei alternative Grundrißskizzen vor, die in Grundzügen den in den fünfziger und sechziger Jahren verwirklichten Plänen nahekommen (Abb. 45). Der Standort am Wall könne bleiben, da die Schule dem ganzen Stadtgebiet diene.

Es ist makaber, daß die Bomben es erzwangen, tatsächlich wie von Keller für die Jahre bis 1953 gefordert fast alle städtischen Schulen neu zu errichten. 1939 müssen die Forderungen unglaublich geklungen haben.

Vorstellungen von der Gestalt der Wohnbauten entwickelte Keller im folgenden zehnten Kapitel über „Säuberung und Pflege des Ortsbildes". Jede Stadt habe ihr eigenes Gesicht. Dieses „gilt es von allen Entstellungen zu säubern und in Zukunft klar und offen zu zeigen". Es sei Pflicht des Gemeinwesens, „das Stadtbild von allen Verschandelungen zu befreien u. alle im Ortsbilde liegenden Werte sorglich in ihrem [sic] Schutz zu nehmen". Das sei nicht Luxus, „sondern lebensnotwendige Aufgabe der Gemeinschaft. Hieraus ergibt sich, daß der Einzelne nicht nach Belieben im Straßenraume schalten und walten darf, sondern daß er sich einer höheren Ordnung fügen muß." Es gehe dabei nicht um die üblichen Vorschriften für Neubauten hinsichtlich Geschoßzahl, Grund-

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

flächenzahl oder Dachform, sondern um Maßnahmen, die das bestehende Bild der Straßen noch beeinflussen können. Eine Verschönerung sei zu erreichen durch Umbauten, Putz, Farbe und Einschränkung der Außenreklame.

Keller wiederholte seine Kritik an lückenhafter Bebauung, die es bis in das Jahr 1937 hinein gegeben habe. Eine solche dürfe nie mehr auftreten. In Text und fotografischen Beispielen propagierte Keller dann auch für Wohnbauten klare architektonische Formen. Zugleich lehnte er dreigeschossige „Kästen" außerhalb der Innenstadt ab (Abb. 46). Der Charakter einer Mittelstadt solle gewahrt bleiben. Auch bei den schon errichteten dreigeschossigen Bauten, die zudem hohe Kellergeschosse hätten, exemplifizierte er den Unterschied zwischen der historistischen Gestaltung und dem jüngeren sachlichen Stil reduzierter Formen. Einem Haus dieser Art sprach er „schon die Andeutung einer höheren Gesinnung" zu, obwohl es auch ein dreigeschossiger „Kasten" sei und er einen gleichartigen Bau 1938 verhindert habe. Es gebe reichlich Bauland für die zweigeschossige Bebauung.

Ebenso entschieden wandte er sich gegen das alleinstehende zweigeschossige Gebäude. Er bedauerte, daß gegen diese weitverbreitete Bauform schwer etwas auszurichten sei. Bei annähernd quadratischem Grundriß seien sie zu hoch und ähnelten mehr einer Kaffeemühle, als daß sie behäbige Wohnhäuser seien (Abb. 47). Doppelwohnhäuser sollten daher wegen der besseren Proportionen neben Reihenhäusern zur Norm werden. Die wirtschaftliche Ausnutzung der Grundstücke solle durch die dichtere Bebauung statt durch höhere Geschoßzahl erreicht werden. Auch hier teilte Keller wie in den Siedlungsplänen die Vorliebe der nationalsozialistischen Stadtplaner für einheitliche Bilder. Sehr nahe kam Kellers Vorstellungen von zweigeschossigen Doppel- bzw. Reihenhäusern bereits das im Werk „Paderborn/Bad Lippspringe" 1931 abgebildete Siedlungshaus der Baugenossenschaft „Post und Telegraphie" an der Schulbrede, das der Paderborner Architekt Franz Mündelein entworfen hatte (Abb. 48).[116]

Die Ideen Kellers von nüchternen Wohnbauten mit konventionellen Satteldächern ähneln, wie seine Fotos neuer oder restaurierter Bauten zeigen, den kargen Nachkriegsbauten der fünfziger Jahre, die Monotonie mancher Straßenbilder eingeschlossen (Abb. 49-51).

Keller schlug sieben entsprechend gestaltete zukünftige Neubaugebiete vor. Hier und in der Wirtschaftsplanung ging er von einem im äußersten Falle wünschenswerten Endzustand von 82 500 Einwohnern in einer fernen Zukunft aus. Dieser Stand war tatsächlich bis zur Gebietsreform im Jahr 1975 bei weitem nicht erreicht.

In Zusammenarbeit mit dem Heimatverein sei ein Stadtplan erstellt worden, der alle beachtenswerten alten Gebäude erfasse. Diese seien in drei Klassen eingeteilt: 1. Gebäude, die Ludorff 1899 in den Band der „Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen" für den Kreis Paderborn aufgenommen hatte, 2. weitere Gebäude, die darüber hinaus als Einzelbauwerke besonders hervortreten, 3. Gebäude, die architektonisch nicht besonders hervorragen, aber für das Gesamtbild alter Straßenzüge wichtig sind und den Charakter der Altstadt wah-

116 *Michels*, Paderborn (wie Anm. 74), S. 48

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

ren. Offenbar handelte es sich um die schon erwähnte Liste des Professors Fuchs.

Zu hohe Neubauten dürften nicht mehr zugelassen werden. Im Schlußkapitel ergänzte Keller diese Forderung noch um die Feststellung, daß zu den bisher errichteten 18 viergeschossigen Gebäuden angesichts der engen Straßen keine mehr hinzukommen dürften. Häßliche Anbauten und Schuppen sollten verschwinden. In Geschäftshäusern sollten die Schaufenster nicht überdimensioniert sein. Nur wenige unverputzte Bauten setzten Klinker oder anderes Steinmaterial ästhetisch zur Fassadengestaltung ein. Unverputzt seien 500 Häuser, 600 Brandmauern und 240 Anbauten und Schuppen. Dieser abstoßende Zustand ergebe sich in aller Regel aus „Nachlässigkeit und Verständnislosigkeit", nicht aber aus dem Fehlen materieller Mittel. Alle diese Objekte sollten möglichst rasch Putz erhalten. Bodenständig seien mit der Ausnahme weniger großer Bauten mit Werksteinverblendung nur Putzbauten oder verputztes Fachwerk. Außerdem müßten fast alle Häuser dringend gestrichen werden. Die Bürger müßten erkennen, daß „gerade das Gesicht einer baulich so schönen Stadt wesentlich bestimmt [sei] durch Farbe".

„Verheerungen" habe bisher auch die Außenreklame der Geschäfte angerichtet. Die Fronten der Geschäfte seien überladen mit Schaukästen, Schildern und grellfarbigen Glastafeln sowie aufdringlicher Leuchtreklame. Auch störe die hohe Zahl der „Ausleger", meist mit billiger Industrieware. Seit Anfang 1937, d. h. unter Kellers Regie, habe ein „Feldzug" gegen die Mißstände im Ortsbild begonnen. „Hierzu hatte der nationalsozialistische Staat zunächst die grundsätzlichen Voraussetzungen geschaffen. Die Einstellung zu Dingen der Baukunst und überhaupt zu öffentlichen Angelegenheiten wurde von Grund auf umgekehrt. Im Sinne dieser Neuordnung muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß auch beim Bauen jeder Einzelne freiwillig auf die Allgemeinheit Rücksicht nehmen muß. Die Volksgemeinschaft läßt es sich heute nicht mehr gefallen, daß sich im Straßenraum jeder beliebig mit überflüssigen Reklameeinrichtungen austobt, daß er sein Haus, vielleicht ein wertvolles Erbe aus vergangenen Jahrhunderten, einfach verkommen läßt, indem er nichts zur Unterhaltung von Putz und Anstrich tut. Alles, was nach außen im Straßenraum zur Wirkung kommt, ist wesentlich für das Ansehen unserer Städte und daher dem Urteil der Gemeinschaft unterworfen."

Die Bürgerschaft wollte Keller für die Pflege des Stadtbildes auf unterschiedlichen Wegen gewinnen: durch fachliche Einzelberatung, durch Vorträge, wie er sie auch selbst mehrfach hielt, durch Zeitungsartikel, Wettbewerbe und finanzielle Hilfe, entscheidend aber auch durch straffe Handhabung der baupolizeilichen Bestimmungen. Die Aktivitäten hätten vor allem vor dem Westfalentag 1937 in Paderborn und vor der „Westfalenfahrt" der „Alten Garde" im Juni 1939 (die in Paderborn mit einem großen Umzug verbunden war) sehr zugenommen. In Zusammenarbeit mit dem Heimatverein und dem Westfälischen Heimatbund habe es zwei Wettbewerbe mit Preisen für Umbau, Putz und Anstrich gegeben, wobei mehr noch als der oben schon erwähnte erste von 1936 der zweite vor der Westfalenrundfahrt 1939 zu einer regen Beteiligung der Bürger geführt habe.

Strenge Genehmigungspraxis solle vor allem in den Geschäftsstraßen für ein Ende der Entstellungen führen. Mit zwei Fotos dokumentierte Keller die durch

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

die Umgestaltung einer Ladenfront deutlich sichtbar gemachte „sachlich richtige und schöne Aufteilung in tragende Pfeiler und Schaufenster" ohne die vorher vorhandenen störenden Zutaten, die generell untersagt werden sollten (Abb. 52, 53). Auch die „Vorstehschilder" solle es kaum noch geben. „Vorstehzeichen" seien „in einwandfreier handwerklicher Arbeit nach dem Vorbild schöner, alter Schmiedearbeiten" anzufertigen. Fertige Industrieerzeugnisse seien zu vermeiden. Statt der Lichtreklamen sei die schönste Lichtwerbung das hellerleuchtete Schaufenster.

Die von Keller empfohlenen Vorschriften beleuchten die Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Maßnahmen, die den städtischen Lebensraum gestalten sollten. Charakteristisch ist vor allem, daß einerseits der ethische Appell an die Eigenverantwortung herausgekehrt ist, andererseits mit Zwangsmaßnahmen gedroht wird und strenge Reglementierungen eingeführt werden. Auch besteht ein starke Spannung zwischen der Forderung nach klaren, reduzierten modernen Formen, wie sie auch für den Hausbau selbst galten, und dem Rückgriff auf altertümelndes vorindustrielles Kunsthandwerk, der sich nicht mit der Werkbund-Tradition verbindet. Diese Vorliebe für individuelle Handarbeit und entsprechende Abqualifizierung industrieller Produkte vermittelt sich auch nicht mit der Realität, die von Normierung, Einführung serieller Verfahren und Massenproduktion bestimmt war. Dabei war Keller im Hausbau selbst an der Entwicklung serieller Verfahren beteiligt. Von selbst versteht sich für einen Nationalsozialisten auch bei der Ortsbildpflege die Unterordnung des einzelnen unter den Gemeinwillen der Volksgemeinschaft.

Details der Gestaltungsvorschriften sind eher „zeitlos". Zumutungen im Stadtbild durch aufdringliche Außenreklamen und das übermäßige Vordringen von Auslagen sind im heutigen Paderborn durchaus an der Tagesordnung. Die gültige Gestaltungssatzung verhindert Auswüchse nicht wirksam, so daß sich in der Gegenwart erneut die Frage nach rechtlich verbindlichen Vorschriften stellt. Anders verhält es sich mit der Pflege der Häuser. Diese geschieht heute in aller Regel freiwillig und individuell durch die Eigentümer. Aber gegen einzelne häßliche Straßenbilder durch verkommene Häuser gibt es gegenwärtig keine rechtlichen Mittel der Einwirkung.

Im elften Kapitel schlug Keller für den Abschluß der Kanalisationsarbeiten, die sehr spät erst in den dreißiger Jahren richtig vom Fleck kamen, einen mehrstufigen Plan vor. Zu beginnen sei in der Altstadt und im Ükernviertel, „wo die Verhältnisse nunmehr gerade unerträglich geworden sind". Folgen solle die Südstadt, wo es die derzeit intensivste Bautätigkeit gebe, ehe die anderen Stadtviertel an der Reihe seien. In neuen Straßen müßten die Kanalbauten sofort beim Ausbau erfolgen. Noch 1939 sei zu beginnen. Keller drängte auf die Erledigung eines der ärgsten Probleme Paderborns, das schon am Ende des 19. Jahrhunderts zu ersten Anwürfen gegen den Magistrat geführt hatte. Die Abwässerbeseitigung war der rückständigste Bereich der öffentlichen Aufgaben.

Im zwölften Kapitel über den „Wirtschaftsplan" unterstrich Keller nochmals wie schon im einführenden Kapitel, daß ein solcher viel mehr sei als die Summe von Teilbebauungsplänen, Fluchtlinienfestlegung und Planung einzelner Straßen. Ein Wirtschaftsplan regele die städtebaulichen Maßnahmen in ihrer

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Gesamtheit. Neue städtebauliche Aspekte bietet dieser Plan nicht, er verdeutlicht aber nochmals den Willen zu totalitärer übergreifender Ordnung.

Im dreizehnten Kapitel „Verwaltung und Erwerbsplanung städtischer Grundstücke" kam Keller zu eher banalen Feststellungen über die Notwendigkeit kommunalen Grundbesitzes zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Zur Linderung der Wohnungsnot sowie zur Unterbringung von Obdachlosen und Asozialen müsse es unter anderem auch einen Bestand an kommunalen Wohnungen geben. Im Bereich der Paderquellen sollten die Grundstücke abbruchreifer Gebäude gezielt aufgekauft werden, damit dort bei der soeben am 13. August 1939 eröffneten Freilichtbühne ein Park entstehen könne. Martin Wagner schrieb in seiner Chronik dazu: „Diese Naturbühne wurde auf der Insel zwischen Wasserkunst und dem Damm errichtet. Die umfangreichen Erdbewegungs- und Planungsarbeiten wurden von freiwilligen Helfern durchgeführt. Einen reizvolleren Platz inmitten der Altstadt mit Ausblicken auf die Türme von Dom, Abdinghof- und Gaukirche aus [der, d. Verf.] Bühnenrückwand konnte [sic!] nicht gefunden werden." In nuce hat Keller also bereits die Verbindung von neuem Stadthaus, neuem Park und frei gestellten Kirchtürmen geplant bzw. in Teilen geschaffen, die dann im Wiederaufbau realisiert wurde und seitdem einen hervorragenden Beitrag zum Stadtbild leistet. – Für die Außenbereiche legte Keller einen Plan vor, in dem für einzelne Zonen Richtwerte für Grundstückspreise anzugeben waren.

Im abschließenden Kapitel „Baupolizeiliche Baugebietsabgrenzung und Bauzonenordnung" definierte Keller zunächst deren Aufgabe: Abgrenzung des Baugebietes nach außen, Bestimmung der Nutzungsart, Bestimmung der Ausnutzbarkeit nach Baufläche und Gebäudehöhe und Bestimmung der offenen oder geschlossenen Bauweise. Es gelte noch die Paderborner Zonenordnung von 1928 aufgrund des Wohnungsgesetzes von 1919. In dieser sei aber vieles unklar ausgedrückt. Auch hier zeigen sich also die scharfe Kritik Kellers an den vorgefundenen Zuständen und das Streben nach eindeutigen verpflichtenden Ordnungen. Er unterschied Gewerbe-, Geschäfts und gemischte Gebiete sowie zweigeschossige und eingeschossige reine Wohngebiete und Kleinsiedlungen. Neu sei die Ausweisung von Gewerbegebieten, zunächst an der Wollmarktstraße und am Nordbahnhof. 1941 wurde dem Gauleiter auch die Erschließung des großen Industriegeländes im Westen der Stadt angekündigt.[117]

5. Abschied von Paderborn

Als Keller sich mit Erfolg um die Stelle des Oberbaurats in Bayreuth bewarb, entsprach der Bürgermeister Kosiek mit Bedauern seinem Entlassungsgesuch. In seiner Abschiedsrede hob er Kellers hohes Engagement hervor: „Herr Dr. Keller, in dieser Stunde ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen im Namen der Stadt Paderborn den herzlichsten Dank zu sagen für ihre Arbeit in Paderborn.

117 S. Anm. 112; *Wagner*, Chronik (wie Anm. 89), zum Jahr 1941, S. 11

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Sie haben als kraftvolle zielbewußte Persönlichkeit sich um die Baupflege der Stadt so verdient gemacht, daß wir heute den Erfolg Ihrer Arbeit in seinem vollen Ausmaß nicht zu übersehen vermögen. Das zu erreichen, haben Sie weit mehr als Ihre Pflicht getan."[118] Kosiek erfaßt hier die Zukunftsträchtigkeit der Kellerschen Planungen, die sich im Wiederaufbau nach 1945 zeigte. Im Zeugnis, das er seinem Baurat am 21. Dezember 1939 ausstellte, beschreibt er die speziellen Aufgaben in Paderborn und unterstreicht, in welch hohem Maße Keller diesen gerecht geworden sei: „Die Bedeutung der alten Paderstadt Paderborn, die inzwischen die Einwohnerzahl von 42.000 überschritten hat, drückt sich in ihrer baulichen, kulturellen und wirtschaftlichen Vormachtstellung in dem weiten und reichen Bauernlande Südost-Westfalen aus. Das auferlegt ihr die Pflicht, in allen baulichen, kulturellen und kommunalen Einrichtungen vorbildlich zu wirken. Ihre großzügige Siedlungspolitik, ihre baulich-hygienischen Vorhaben, die Arbeit an der Verschönerung des Stadtbildes und viele weitere bedeutsame Planungen sind Teile dieses selbstgesteckten Zieles. In Baurat Dr. Keller hatte die Stadt Paderborn einen Mitarbeiter gefunden, der diesen Belangen voll und ganz Rechnung trug. Dr. Keller beherrschte seinen Aufgabenbereich restlos. Ausgestattet mit großem praktischen und theoretischen Wissen, mit einer schnellen Auffassungsgabe, geistiger Regsamkeit und Beweglichkeit und künstlerisch befähigt, verstand Dr. Keller, die Dinge der Bauverwaltung, insbesonders auch nach der Seite der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkung voll zu übersehen. Dr. Keller zeigte sich zuverlässig und voller Initiative, gewandt und bestimmt im Verkehr mit den Behörden und mit dem Publikum. Er besitzt die Gabe, sich in kurzer Zeit einzuarbeiten und selbständige Entscheidungen zu treffen. Ich habe Baurat Dr. Keller als einen außerordentlich arbeitsamen und pflichtbewußten Mitarbeiter kennen und schätzen gelernt. Der Gefolgschaft gegenüber zeigte er sich stets als Kamerad, verstand es aber auch auf der anderen Seite, sich durchzusetzen, wo immer es nötig war. Ungern sehe ich Herrn Dr. Keller aus meiner Verwaltung scheiden. Ich habe seiner Entlassungsanfrage nur entsprochen, um seiner Berufung zum Oberbaurat der Stadt Bayreuth nicht im Wege zu stehen."[119] – In Spannung zu den Beurteilungen durch Kosiek steht dessen Charakterisierung in der Paderborner Stadtgeschichte von 1999: Kosieks „Energie richtete sich ... offenbar weniger auf etwaige hochfliegende Stadtentwicklungspläne, sondern eher darauf, die Verwaltung fest im Griff zu haben und den eigenen Führungswillen nicht zuletzt de Voys gegenüber klarzustellen".[120] Aus Bayreuth konnte Keller im Verfahren vor dem Paderborner Gericht über seine beruflichen Leistungen ein ähnlich rühmendes Dokument wie das Kosieks vorlegen. Der frühere Oberbürgermeister bescheinigte ihm: „Von den Bewerbern um die ausgeschriebene Stelle des Stadtbaurats war Herr Dr. Keller unter den fachlich Bestqualifizierten, sowohl was die Prüfungsnoten anlangte, als auch insbesonders, was die Zeugnisse über seine vielseitige berufliche Tätigkeit betraf. Seine Leistungen in den 5 Jahren unserer Zusammenarbeit müssen als hervorragend bezeichnet werden."[121]

118 Prozeßakte, wie Anm. 11

119 Personalakte, wie Anm. 7

120 *Grevelhörster*, Weltkrieg (wie Anm. 33), S. 240

121 Prozeßakte (wie Anm. 5), Bl. 807

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Kellers Tätigkeit muß in Paderborn auch auf Kritik gestoßen sein. Martin Wagner stellt in seiner Stadtchronik unter dem 1. Dezember 1939 fest: „Bei aller Anerkennung seines Wirkens in Paderborn sei nicht verschwiegen, daß mehrere Bauten seiner Zeit auch lebhafte Kritik fanden, weil die Geschmacksrichtung nun einmal verschieden ist & dies immer so war."[122] Wagner deutet wohl an, daß Kellers entschiedener Einsatz für moderne sachliche Bauformen in der Bürgerschaft nicht ungeteilte Zustimmung fand. Der Mindener Bezirksplaner der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen antwortet am 5. Februar 1940 auf ein Schreiben Kosieks über eine Beschwerde gegen Keller, dessen Pläne seien „aus dem Nichts" entstanden und hätten „zuerst naturgemäß überall heftigsten Widerstand zu überwinden gehabt". Er deutet Neid von Verwaltungsbeamten an wegen der hohen Gehälter für „künstlerisch befähigte Architekten und Stadtbauräte" in „Aufschwungzeiten". Er selbst habe Kosiek den hohen Wert von hinterlassenen Planungsbänden beim Fortgehen Kellers schon bei anderer Gelegenheit deutlich gemacht. Auch andere Stadtbauräte hätten beim Ausscheiden schon „die Summe [ihrer] Erfahrungen und Gedanken ... in Schrift und Plan" niedergelegt. Ein tüchtiger Stadtbaurat leiste wichtige kulturelle Arbeit.[123] In der Hinsicht, umstritten gewesen zu sein, war die Amtszeit Kellers ein Vorspiel der Auseinandersetzungen im Paderborn der fünfziger Jahre um die Gestalt der neuen Stadt.

6. Schluß

Für Keller standen in seiner Paderborner Amtszeit ungeachtet der Sorge für den Erhalt und die Verschönerung der alten Stadt im Vordergrund die unausweichlichen Maßnahmen der modernisierenden Sanierung und Ausrichtung der Planungen auf ein starkes zukünftiges Wachsen von Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr. Die in seinem wissenschaftlichen Werdegang vor 1933 erworbenen Ideen des neuen Bauens und der modernen Landes- wie Stadtplanung hat er in seiner Berufstätigkeit wie viele Berufskollegen mit dem nationalsozialistischen Gesellschaftsbild vereinbart. Weder die Herkunft der städtebaulichen Ideen aus einer politisch radikal abgelehnten Epoche noch die einseitige Instrumentalisierung dieser Ideen für das NS-System sowie dessen Zwangscharakter und der Widerspruch zwischen rückwärts gewandter Ideologie und modernen Strategien wurden öffentlich diskutiert. Sie haben auch Kellers Selbstverständnis nicht sichtbar tangiert.

Wenngleich zwischen fachlichem Handeln als Stadtbaurat und nationalsozialistischer Weltanschauung bei Keller kein Widerspruch zu erkennen ist, hat er gegenüber Parteiinstanzen die fachliche Kompetenz seines öffentlichen Amtes gewahrt. Das ist mehrfach bezeugt.

Da Kellers Paderborner Planungen und die entsprechenden ersten Maßnahmen noch nicht auf den Krieg ausgerichtet waren, da ferner die meisten seiner Vorschläge nicht genuin nationalsozialistisch waren und sich außerdem in den

122 *Wagner*, Chronik, wie Anm. 33

123 Nachlaß Keller, Kopie StA Pb, Neuzugang

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wesentlichen Aspekten aus objektiven Gegebenheiten der Situation und Entwicklung des Ortes ergaben, konnte der Wiederaufbau nach 1945 in entscheidenden Punkten so erfolgen, wie Keller es als Zukunftsbild entworfen hatte. Nur konnten die Erneuerung der Stadt und ihre Entwicklung zu einer modernen Mittelstadt weitaus umfassender und radikaler erfolgen, als es Keller vorgeschwebt hatte. Was er 1939 vor den Bomben geplant hatte, machten die Bomben 1945 auf ungeahnte Weise möglich. Wäre Keller nicht fortgegangen und die Stadt unzerstört geblieben, hätte die Stadt sich angesichts seiner Tatkraft aber auch mit Sicherheit grundlegend modernisiert.

Daß Kellers Planungen von 1939 beim Wiederaufbau zugrunde gelegen haben, ist archivalisch nicht beweisbar, jedoch ist ein direkter Zusammenhang zwingend anzunehmen. Keller selbst hatte, als er mit seiner Tochter Waltraut Paderborn nach dem Wiederaufbau noch einmal besuchte, nach deren Erinnerung den Eindruck, seine Planungen seien weitgehend umgesetzt worden.[124] Ganz unabhängig von dieser Frage, ob das moderne Nachkriegs-Paderborn sich in vielem den Konzeptionen Kellers verdankt oder nicht, machen Kellers Planungen auch als solche Paderborn in der Ebene der Mittelstädte zu einem typischen Beispiel dafür, daß sich Nationalsozialismus und Modernisierung nicht in allen Bereichen ausgeschlossen haben.

Anhang

Die juristischen Vorgänge im Zusammenhang mit der Verurteilung Kellers sowie seinen Anträgen auf Revision und Gnadenerweise sind im folgenden nachgezeichnet.[125]

Keller war bei der Brandstiftung der Synagoge im Auftrag des Bürgermeisters anwesend, wurde angeklagt und saß vom 27. Januar bis zum 9. Februar 1949 in Paderborn in Untersuchungshaft. Im Prozeß vor dem Paderborner Schwurgericht stand er 1949 unter den Hauptangeklagten hinter dem eigentlichen Organisator des Pogroms, dem Leiter des städtischen Fuhrparks und SS-Hauptsturmführer Otto Nagorny, an zweiter Stelle. Wegen des notwendigen Brandschutzes für das benachbarte Vincenzkrankenhaus wurde die Synagoge nicht in der sogenannten Pogromnacht, sondern erst am folgenden Tag, dem 10. November, vernichtet. Keller machte Aufnahmen vom Untergang des Gebäudekomplexes, was vom Gericht als Billigung der Brandstiftung als eines bedeutenden politischen Geschehens gewertet wurde. Ihm wurde trotz seiner gegenteiligen Beteuerungen, als Schwerhöriger habe er den entsprechenden Befehl Nagornys gar nicht vernommen, auch angelastet, das Herbeischaffen einer Kanne Öl zum Entfachen des Feuers mit veranlaßt zu haben und im Inneren der Synagoge beim Anstecken aufgehäufter Möbel anwesend gewesen zu sein. Für die Einlieferung dreier verhafteter Juden in das Polizeigefängnis stellte er sein Auto zur Verfügung. Als besonders beschwerend für die Schuldfrage galt, daß er von Amts wegen verpflichtet gewesen sei, sich für den Erhalt des Gebäu-

124 Mündliche Auskunft 30. 4. 2004

125 Die Vorgänge sind in den Prozeßakten anhand der Daten leicht auffindbar, hier daher nicht einzeln nachgewiesen.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

des einzusetzen, und daß er als Akademiker fähig gewesen sei, den verbrecherischen Charakter der Handlungen zu erkennen. Am 7. Januar 1949 wurde er wegen Freiheitsberaubung in drei Fällen und wegen schwerer Brandstiftung, teilweise in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 17 Monaten ohne Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Keller beantragte am 1. Februar 1949 Revision und bat zwei Tage später um Haftverschonung bis zur Entscheidung über die Revision. Seine Schwester in Iserlohn leistete eine Sicherheitshypothek. Der Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Köln verwarf die Revision am 20. Juni, hob aber zugleich das Urteil auf und verwies das Verfahren an das Schwurgericht zurück, weil alle Taten Kellers ein einheitlicher Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit seien. Das neue Urteil am 7. September erbrachte dasselbe Strafmaß, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Selben Datums ist ein elfseitiges Schriftstück Kellers, das samt etlichen für ihn günstigen Zeugnissen Dritter einen erneuten Revisionsantrag begründen sollte. Keller bat um weitere Haftverschonung, zunächst für einige Monate, damit er zur materiellen Sicherung der Familie und weiteren Ausbildung der Kinder den beruflichen Neuanfang nicht verspiele und laufende Aufträge zu Ende führen könne. (Diese Zeugnisse sind oben unter verschiedenen Aspekten zitiert.) Auch dieser Revisionsantrag wurde vom Kölner Gericht am 3. November abgelehnt. Am 4. Januar beantragte Keller wiederum Haftaufschub, ebenso fünf Tage später in einem Schreiben an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 13. Januar wurde dennoch der Haftbefehl zugestellt, aber einen Tag später auf ein Telegramm des Paderborner Oberstaatsanwalts hin aufgehoben. Der Justizminister lehnte am 17. März 1950 einen weiteren Haftaufschub ab, die Anordnung der Aufnahme zum Strafvollzug folgte am 28. März. Am 1. April trat Keller nun die Haft an, die in der Bayreuther Haftanstalt St. Georgen bis zum 30. August 1951 dauern sollte. Während der rechtlichen Auseinandersetzung um den Strafvollzug hatte Keller am 24. Februar 1950 um die Wiederaufnahme des Verfahrens gebeten. Er begründete das mit dem Zeugnis des Bürgermeisters Kosiek, er habe Keller zur Brandstätte geschickt, um für die Stadt die Wertminderung des Gebäudes zu ermitteln. Ein Arzt bestätigte Kellers Schwerhörigkeit. Die Begründung wurde als unerheblich für das Urteil beurteilt und der Antrag am 31. Mai verworfen. Erfolgreich war der Antrag insofern, als die TH Hannover den Entscheid abwarten wollte und vier Monate lang das Verfahren auf Entzug der Doktorwürde aussetzte.

Während der Haft ließ Keller nicht locker im Bemühen um vorzeitige Entlassung. Seine Frau unterstützte ihn darin am 30. August 1950 durch ein Schreiben, in dem sie auf die finanzielle Notlage der Familie, das Schicksal der Kinder und Kellers berufliche Chancenlosigkeit bei andauernder Haft einging. Die damalige Armut der Familie zeigt sich im Antrag auf Stundung der Ratenzahlungen für die Gerichtskosten, den Keller auch im Januar 1952 erneut stellen mußte. Am 20. Dezember 1950 konnte Keller tatsächlich auf dem Wege eines am 6. September beantragten Gnadenerlasses vorzeitig die Haftanstalt verlassen. Die Reststrafe wurde zunächst auf Bewährung bis Ende 1953 unter Bewährungsauflage ausgesetzt, dann von der Gnadenstelle des Paderborner Landgerichts am 16. Januar 1954 erlassen. Erfolg hatte auch ein weiteres Gnadengesuch vom 3. Januar 1954, das die Regierung von Oberfranken am 25. August

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

1955 befürwortete und Keller am 21. November des Jahres das erneute Recht auf die Bekleidung öffentlicher Ämter verschaffte.

Kellers verzweifelte Bemühungen um Rehabilitation haben dazu geführt, daß er angesichts des Strafmaßes hinsichtlich der Haft letztlich glimpflich davongekommen ist und schon seit Ende 1950 wieder als freier Architekt arbeiten konnte. Das Urteil hat ihn aber so getroffen, daß er nicht mehr in den öffentlichen Dienst zurückgekehrt ist, obwohl er in der Tätigkeit als kommunaler Stadtplaner sein eigentliches Berufsziel gesehen hat.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 1: Ehepaar Keller um 1930

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

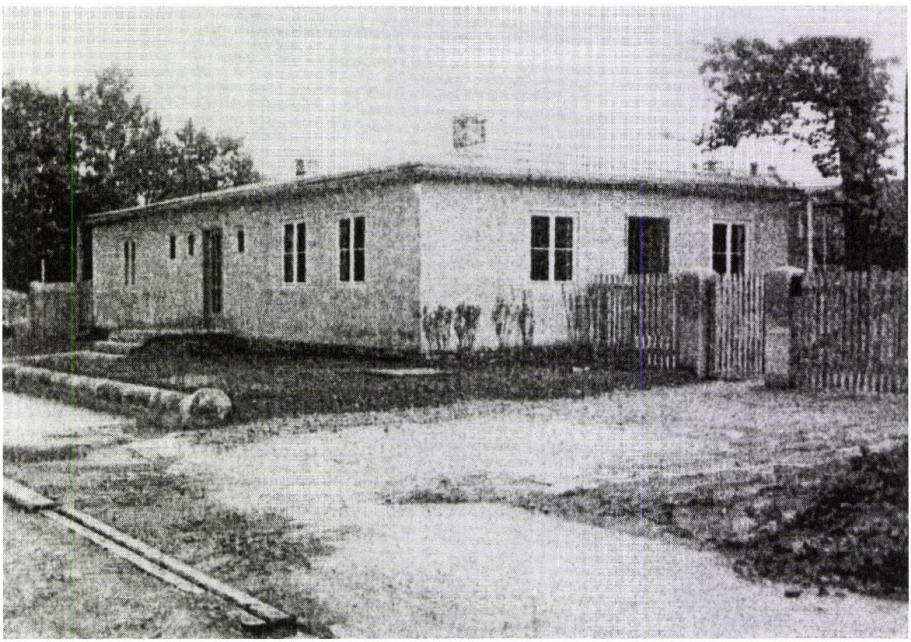


Abb. 2: Herbert Keller: Fertighaus, nach 1945

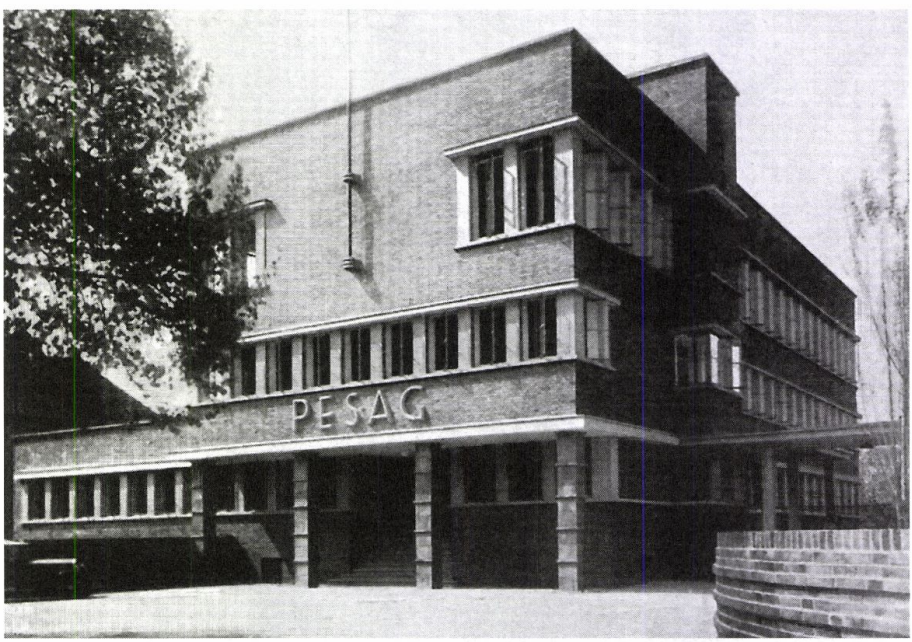


Abb. 3: Kurt Matern: Verwaltungsgebäude der Paderborner Elektrizitäts- und Straßenbahn AG (PESAG), 1931

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

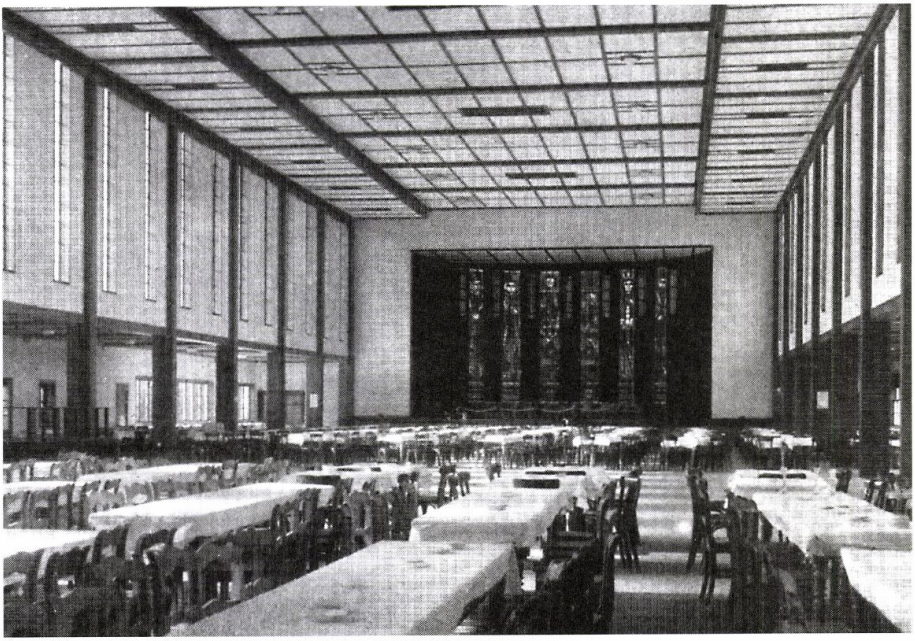


Abb. 4: Paul Hermann Tenge: Schützenhalle, 1931

Abb. 5: Max Heidrich: Kaufhaus Klingenthal, 1928

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 6: Max Heidrich: Sennewasserwerk, 1928/29

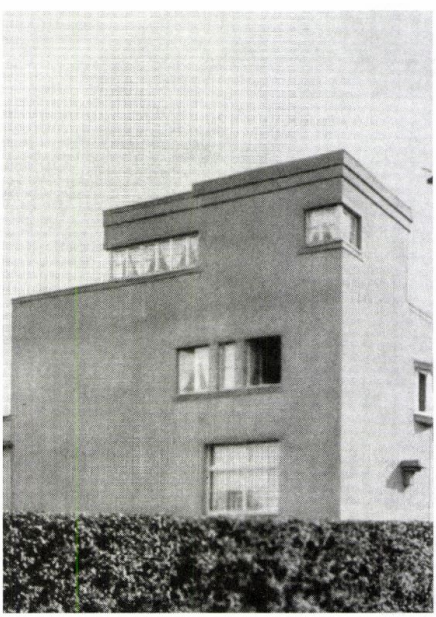


Abb. 7: Max Heidrich: Villa Dominicus, vor 1930

Abb. 8: Max Heidrich: Umbau des Hauses Semmer, vor 1930

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

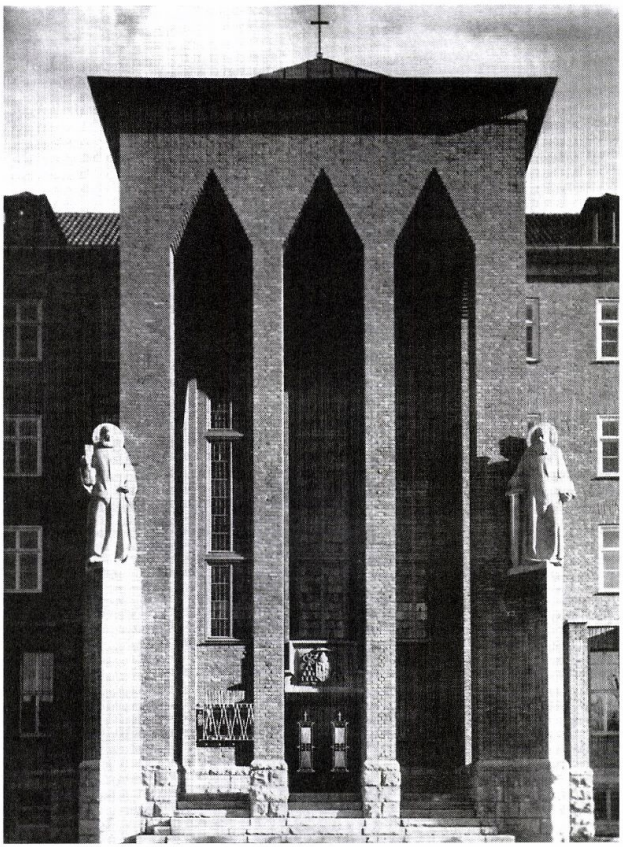


Abb. 9: Kurt Matern: Eingangstrakt des Priesterseminars, 1930/31

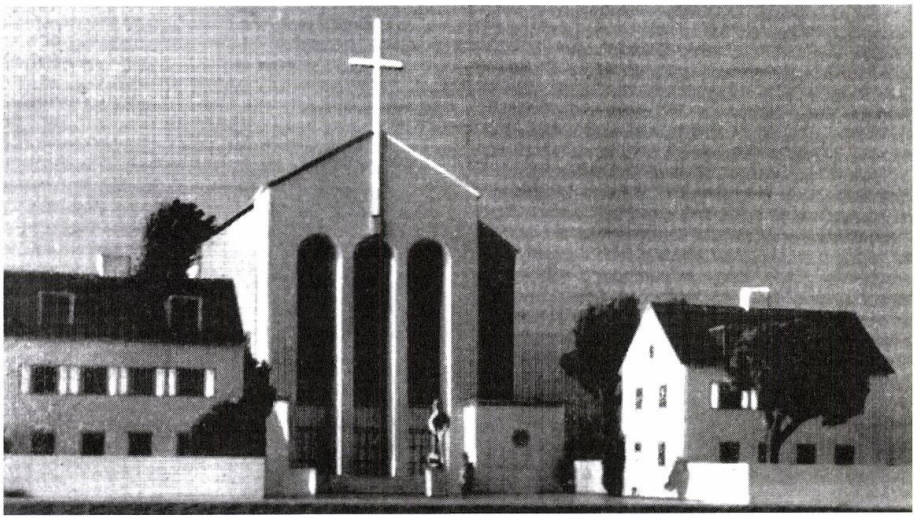


Abb. 10: Josef Lucas: Modell der 1936/37 erbauten St.-Georgs-Kirche, 1935

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

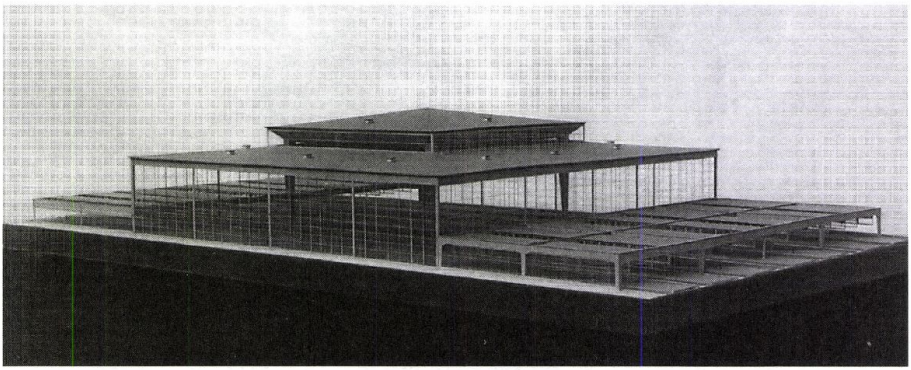


Abb. 11: Josef Lucas: Modell des Bahnhofs Linz, um 1940

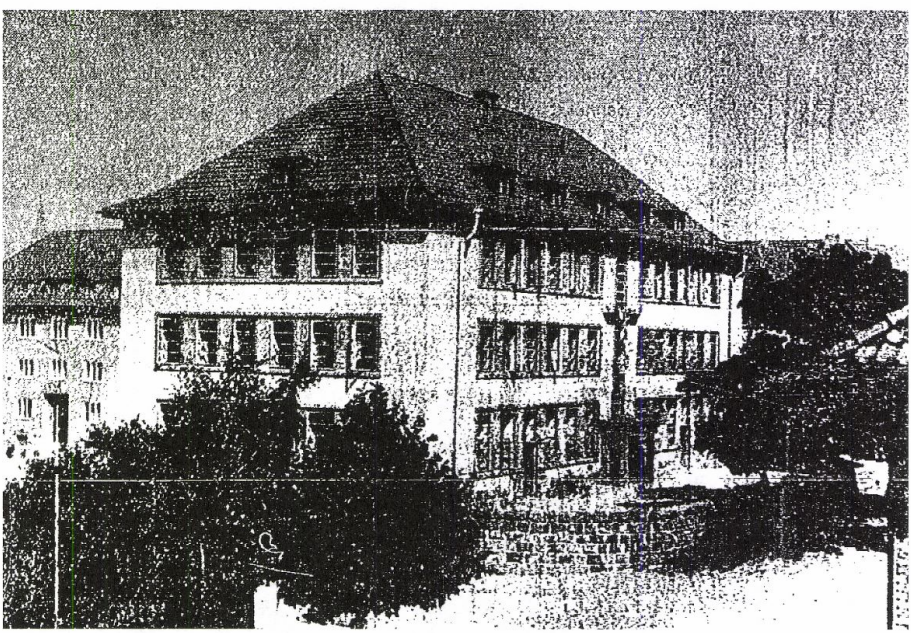
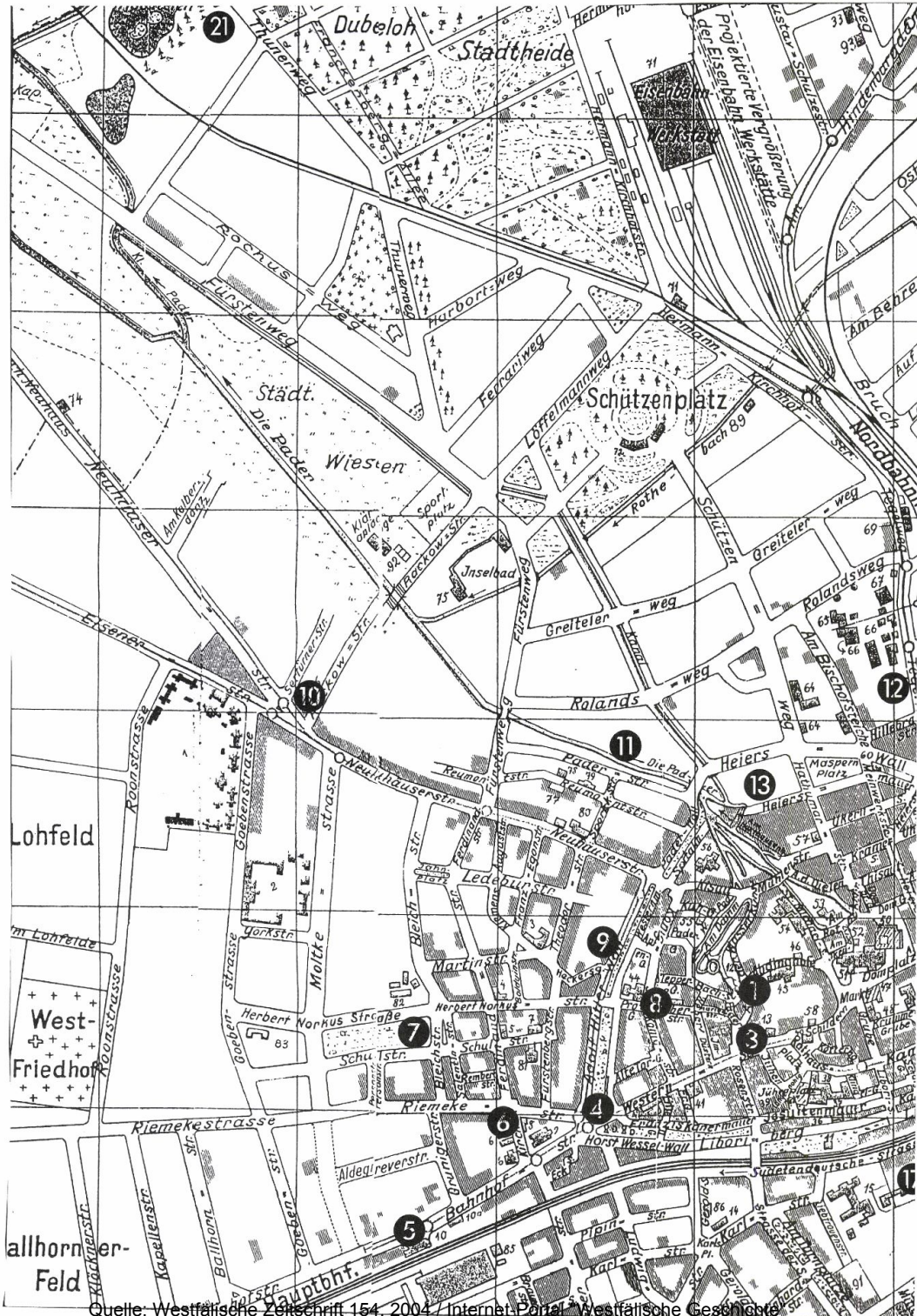
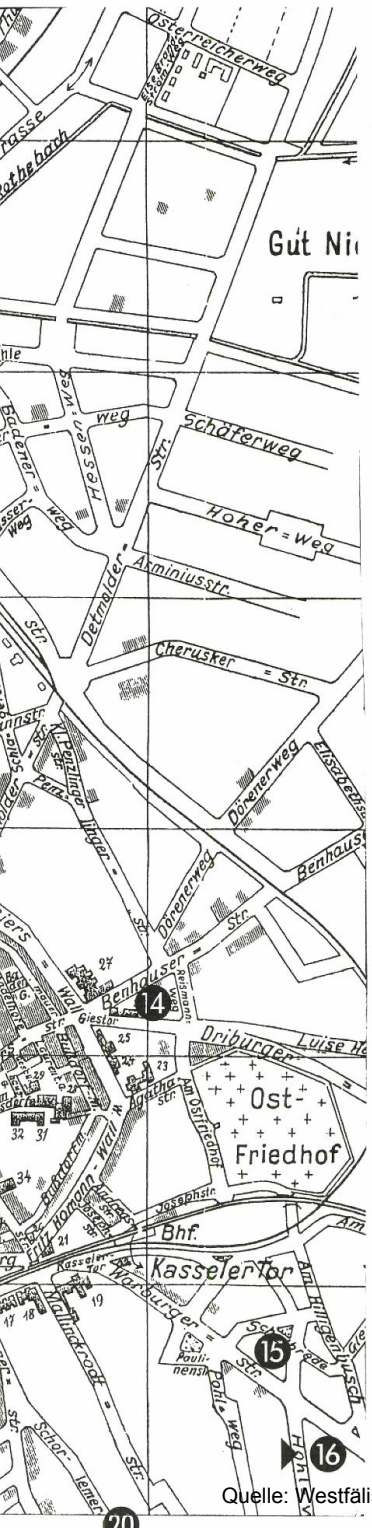


Abb. 12: Arbeitsamt Paderborn, 1936. Pressefoto zur Einweihung des Gebäudes.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org


Dubeloh
Stadtheide
Eisenbahn-Werkstatt
Projektierte Vergrößerung der Eisenbahn-Werkstätte
Rochus Fürstenweg
Städt. Die Paden Wiesen
Schützenplatz
Nordbahnhof
Inselbad
Rothe
Schützen
Greiteler - weg
Rolandsweg
Rolands - weg
Heiers
Lohfeld
West-Friedhof
Herbert Norkus Straße
Riemeke - str.
Riemekestrasse
Martinstr.
Ledebur-str.
Neuthausersstr.
Moltke strasse
Roonstrasse
Yorkstr.
Bahnhof
Hauptbhf.
Libori
Pipin-str.
Karl-str.
Allhorner-Feld
Balhorn-str.
Kasselleanstr.
Aldegreverstr.
Am Lohfeide
Am Bischofstein
Maspernplatz
Wall
Hillebrandstr.
Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



Legende

1 Paderpark /Am Abdinghof
2 Am Bogen
3 Marienplatz
4 Westerntor / Borchener Straße
5 Bahnhof
6 Markkircher Mädchenschule
7 Riemekepark
8 Königstraße / Protgasse
9 geplantes Theater
10 Georgskirche
11 geplantes Kreisbauernschaftshaus
12 PESAG-Gebäude
13 westlicher Maspernplatz
14 Reismannschule
15 Schulbrede, Siedlungshaus
16 Schöne Aussicht
17 Priesterseminar
18 Arbeitsamt
19 Südstadt / Flugplatz Mönkeloh
20 Husener Straße / Haxterhöhe / Haxtergrund
21 Fischteiche

Abb. 13: Stadtplan 1939/40 (Ausschnitt)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

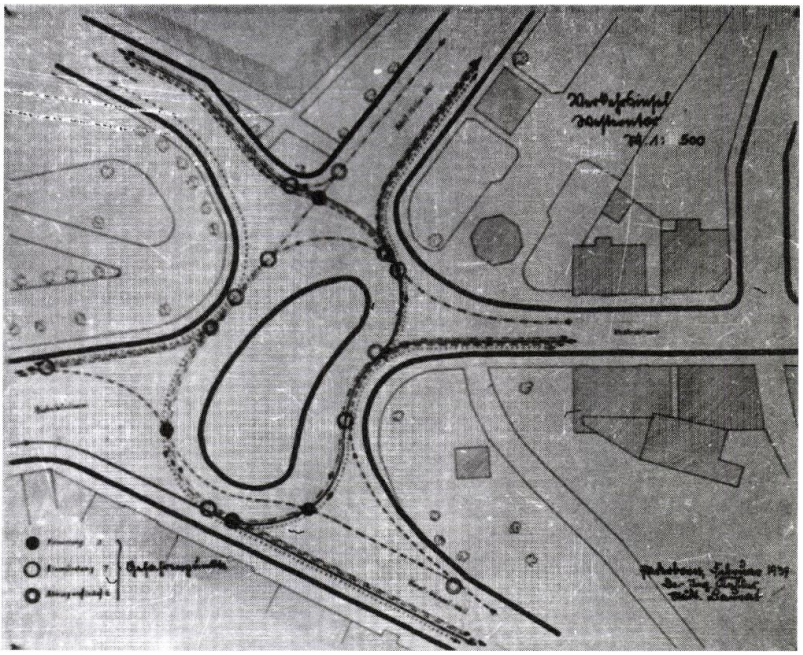


Abb. 14: Herbert Keller: Umbauplan für das Westerntor

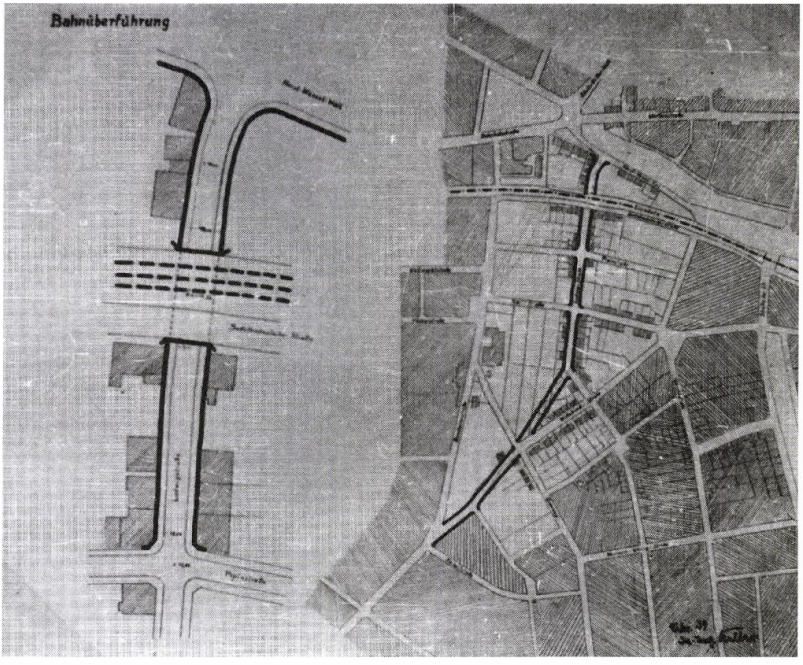


Abb. 15: Herbert Keller: Plan einer Unterführung der Borchener Straße

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

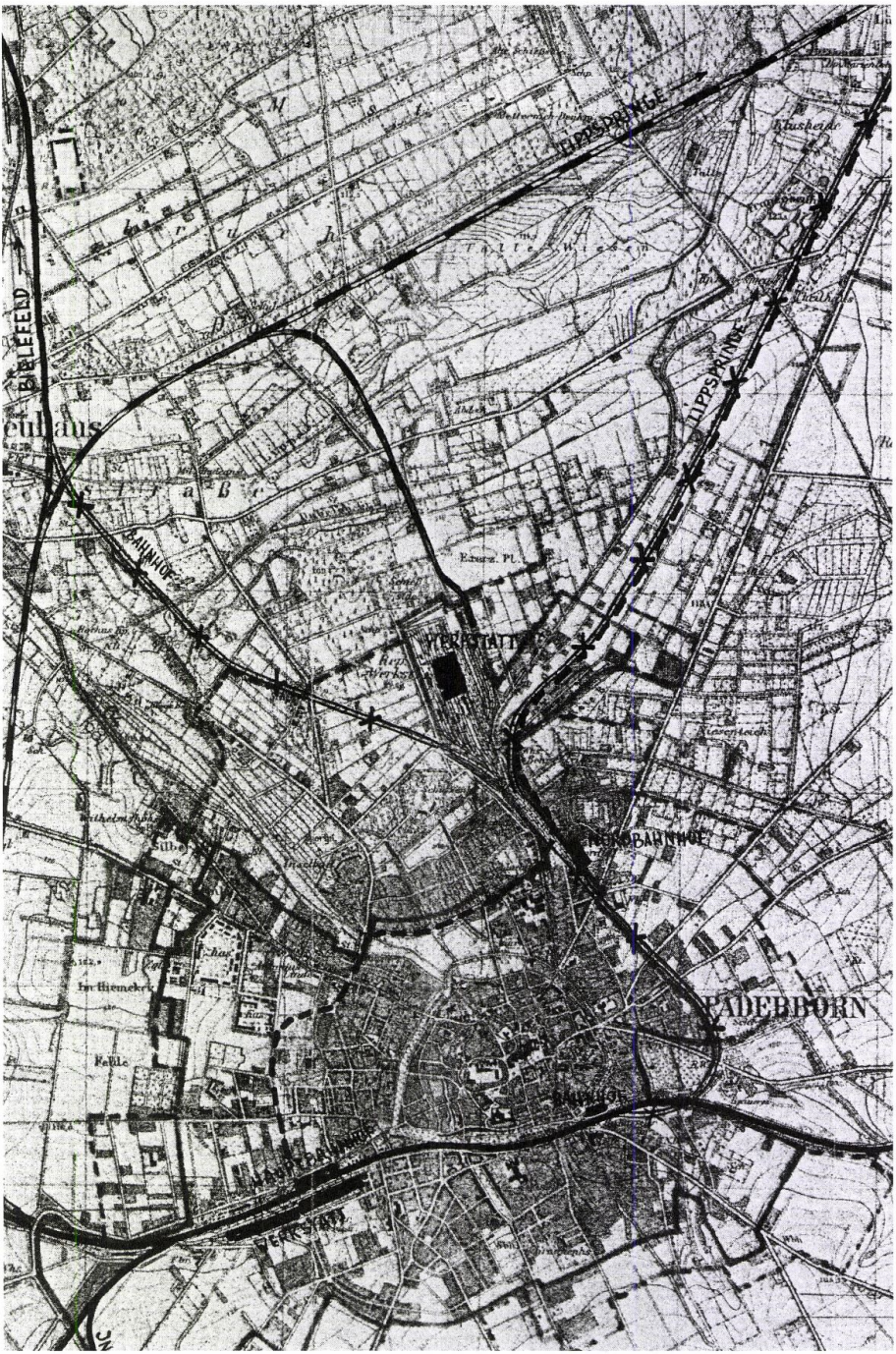


Abb. 16: Herbert Keller: Umlegungsplan für die Bahnstrecke Paderborn–Bielefeld

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

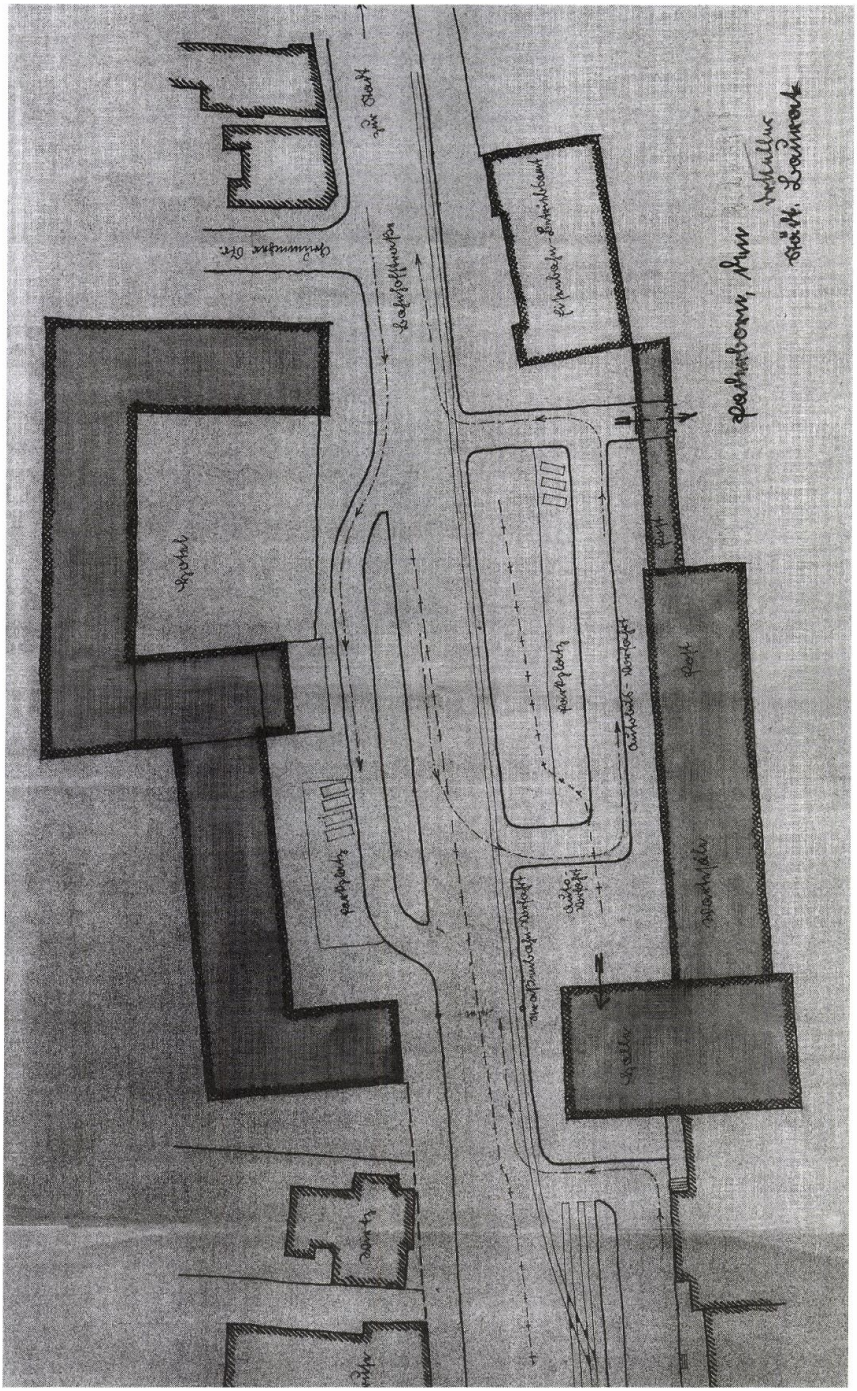


Abb. 17: Herbert Keller: Umbauplan für den Bahnhofsbereich (Ausschnitt)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 18: Herbert Keller: Grünflächenplanung

Abb. 19: Padertal (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

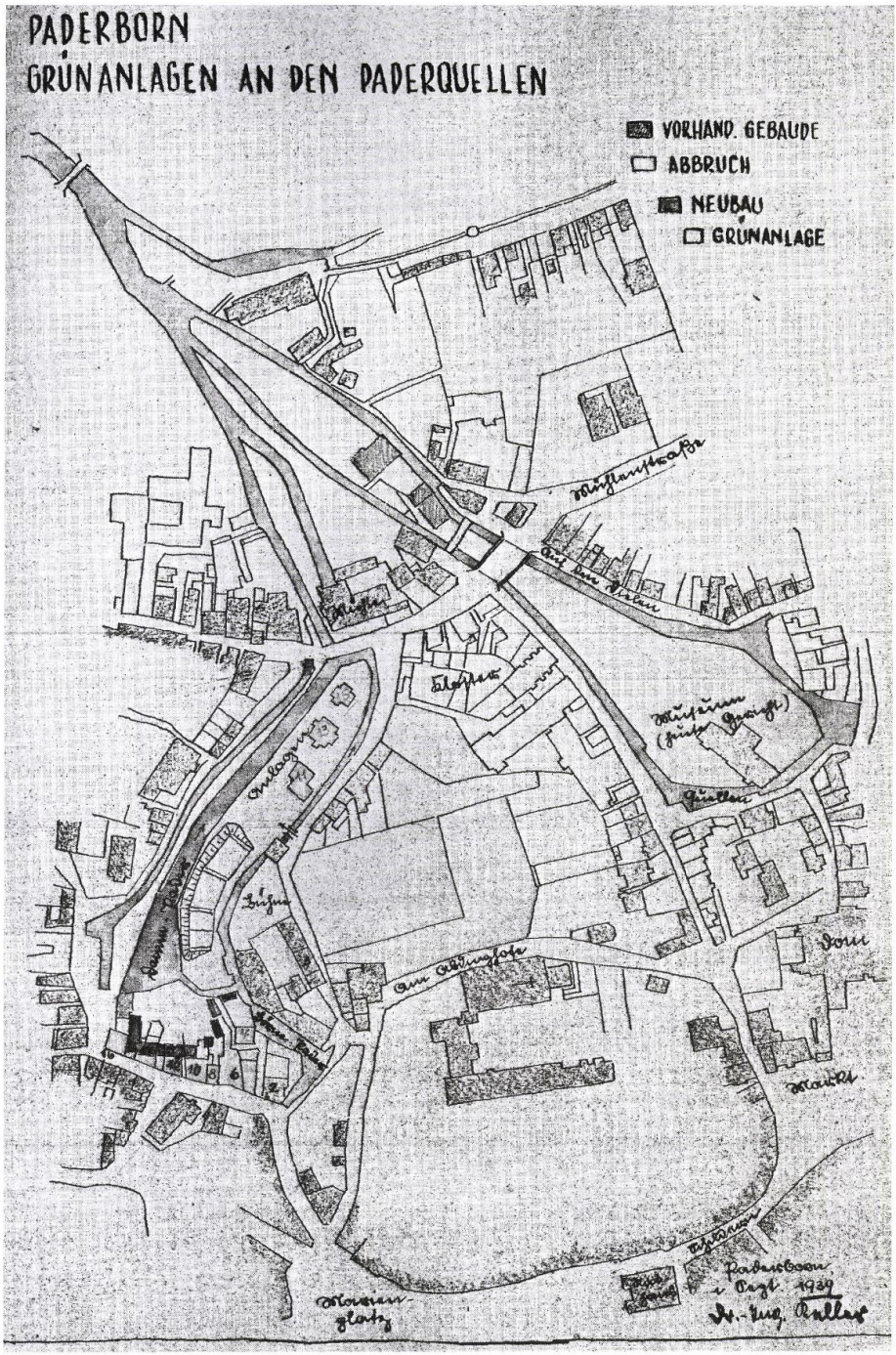


Abb. 20: Herbert Keller: Paderpark am Abdinghof, Situation 1939

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 21:
Herbert Keller:
Fischteiche, Situation 1939

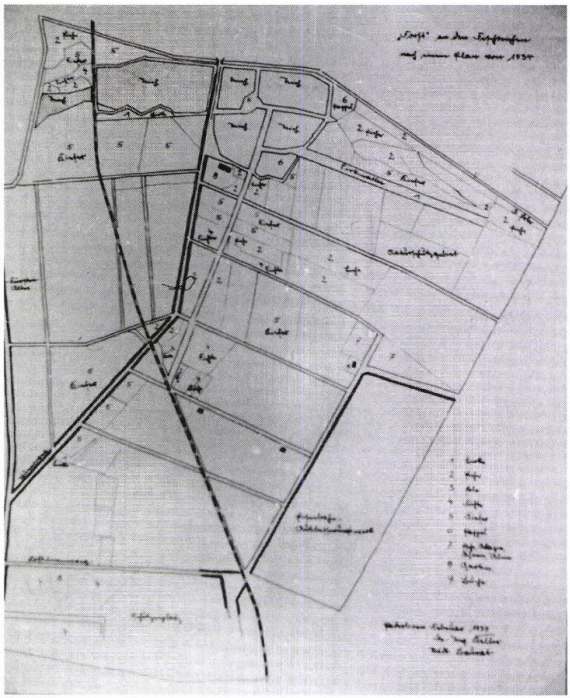
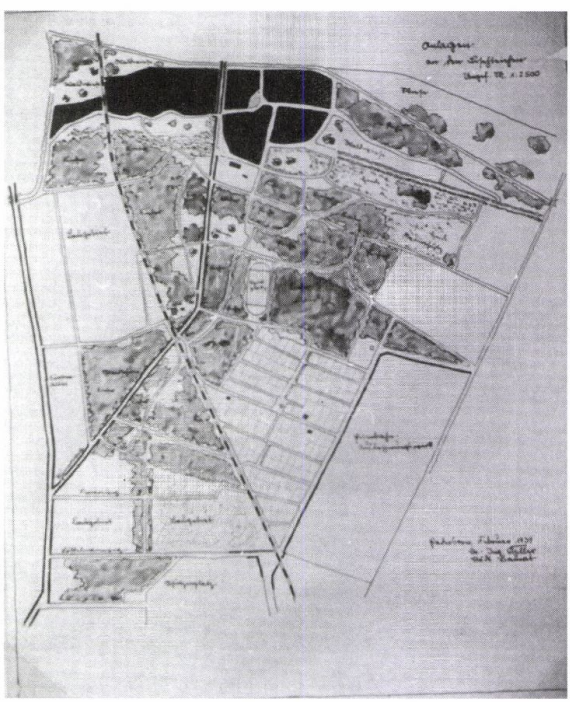


Abb. 22:
Herbert Keller:
Umplanung der Waldung
bei den Fischteichen



Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

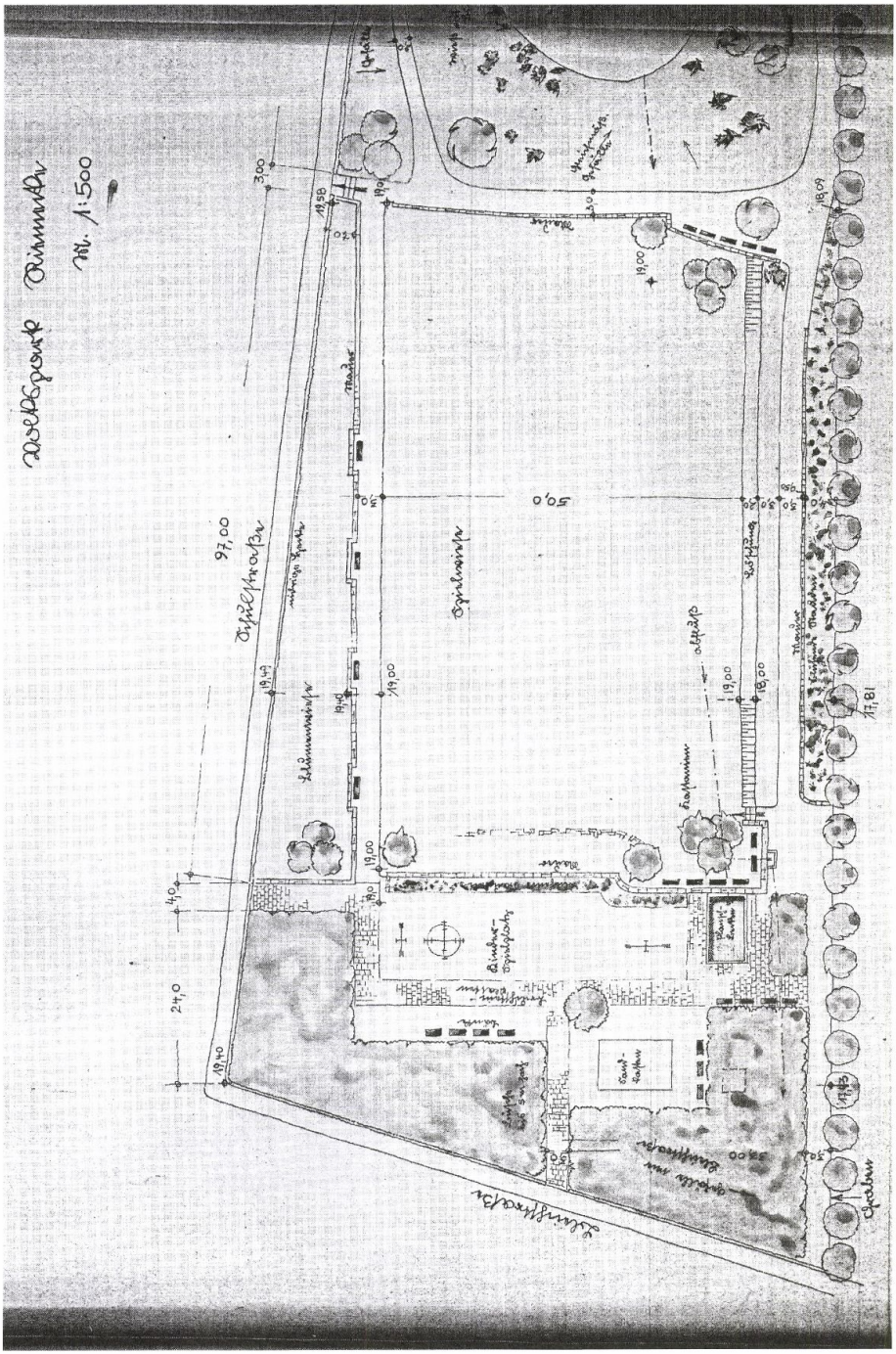


Abb. 23: Herbert Keller: Plan eines Riemekeparks (Ausschnitt)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

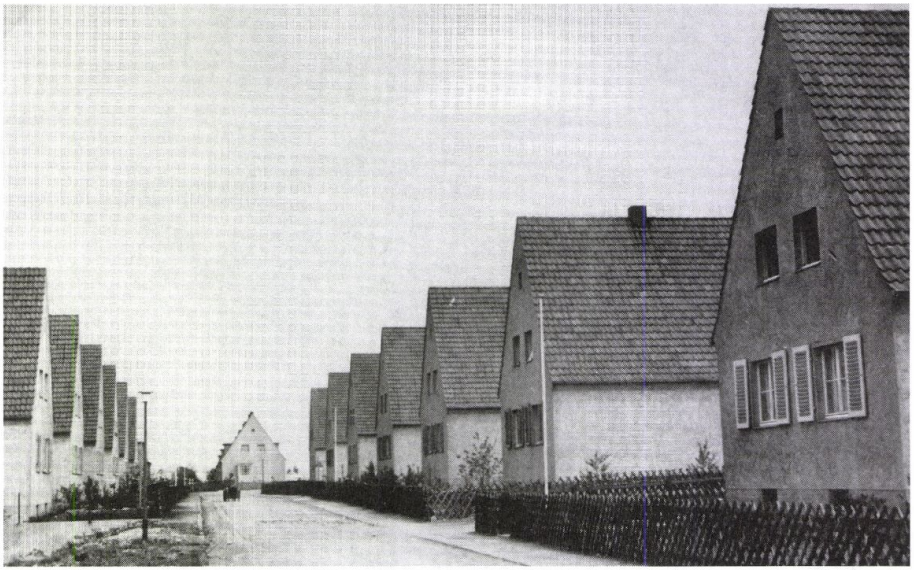


Abb. 24: Straße in der Siedlung „Schöne Aussicht" (Foto Keller)

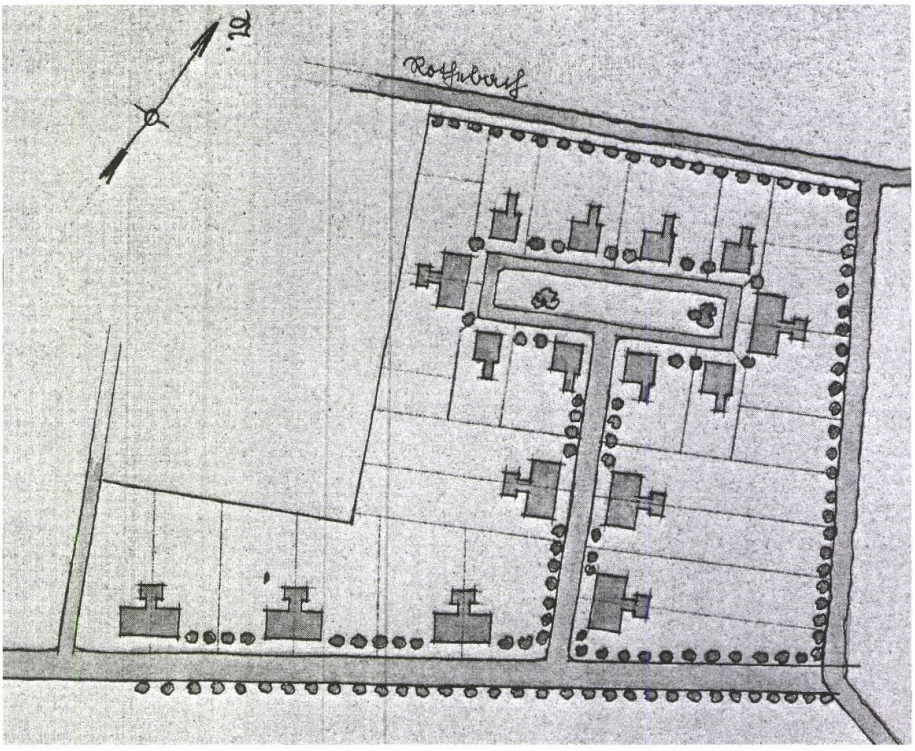


Abb. 25: Herbert Keller: Plan der neuerbauten Behrenteichsiedlung, 1938

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

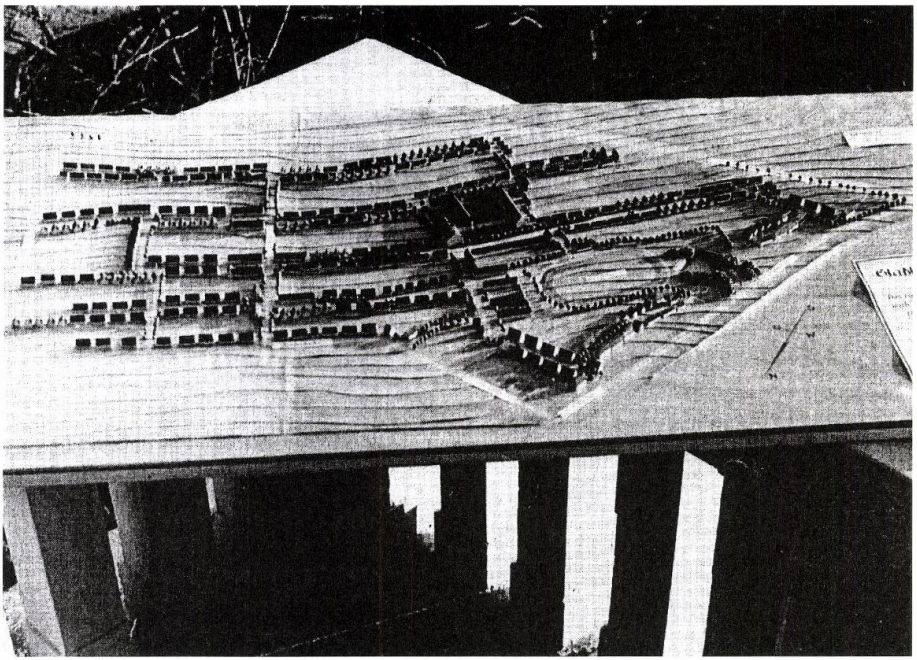


Abb. 26: Herbert Keller: Modell einer Südstadtsiedlung

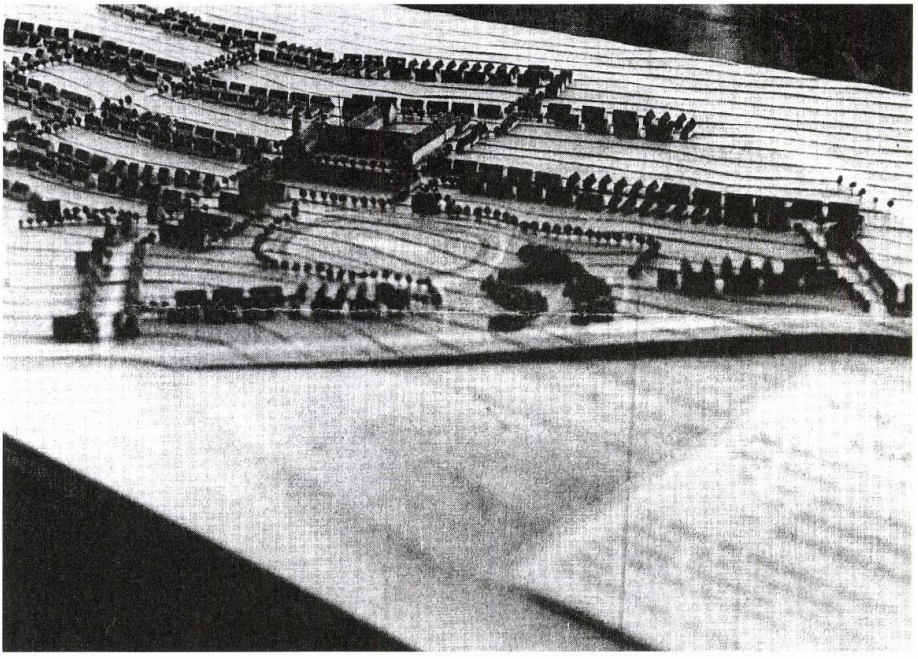


Abb. 27: Herbert Keller: Modell einer Südstadtsiedlung

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

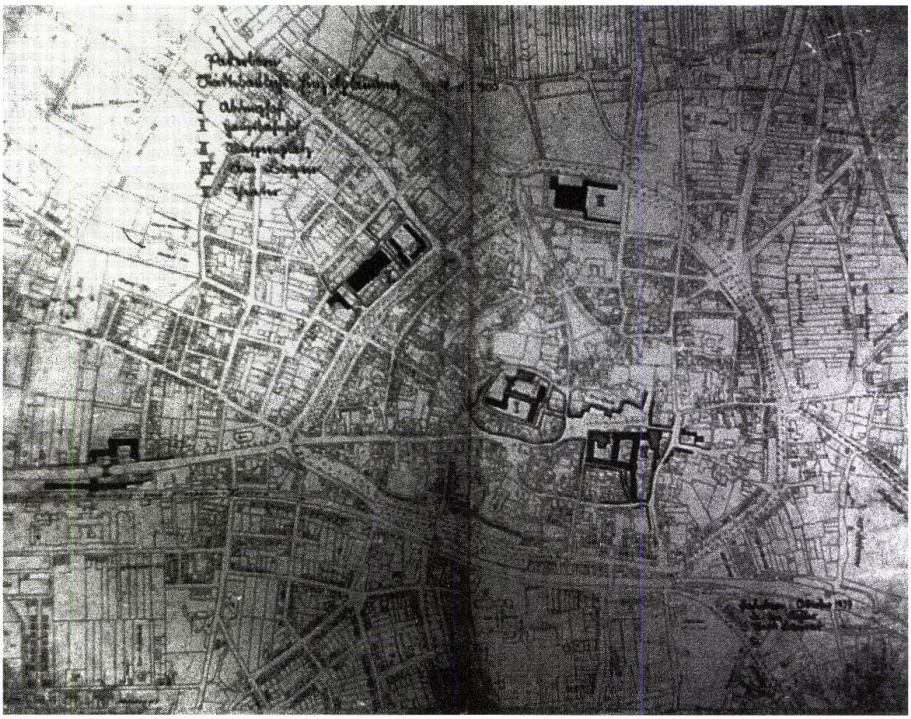


Abb. 28: Herbert Keller: Stadtplan mit geplanten Großbauten

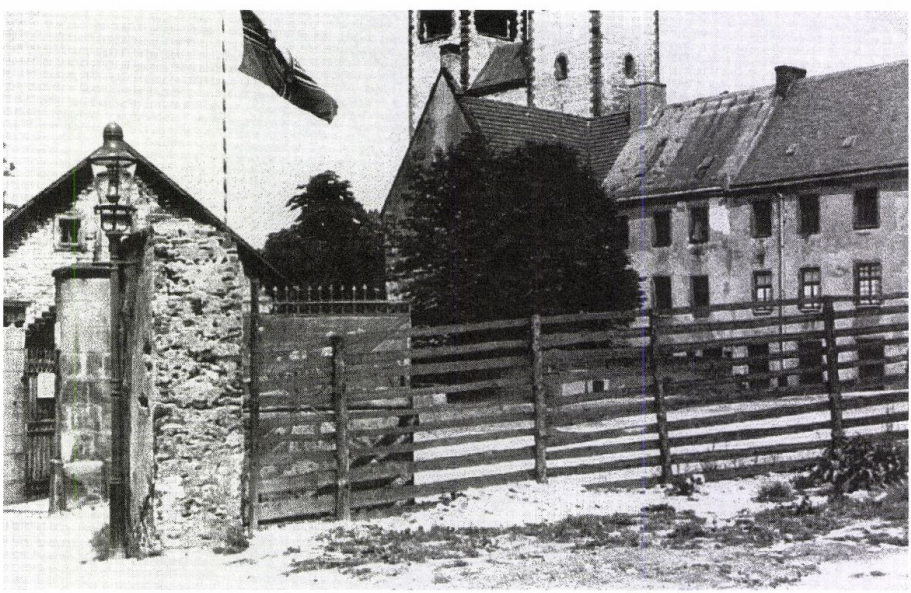


Abb. 29: Zustand der ehem. Abdinghof-Kaserne 1939 (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

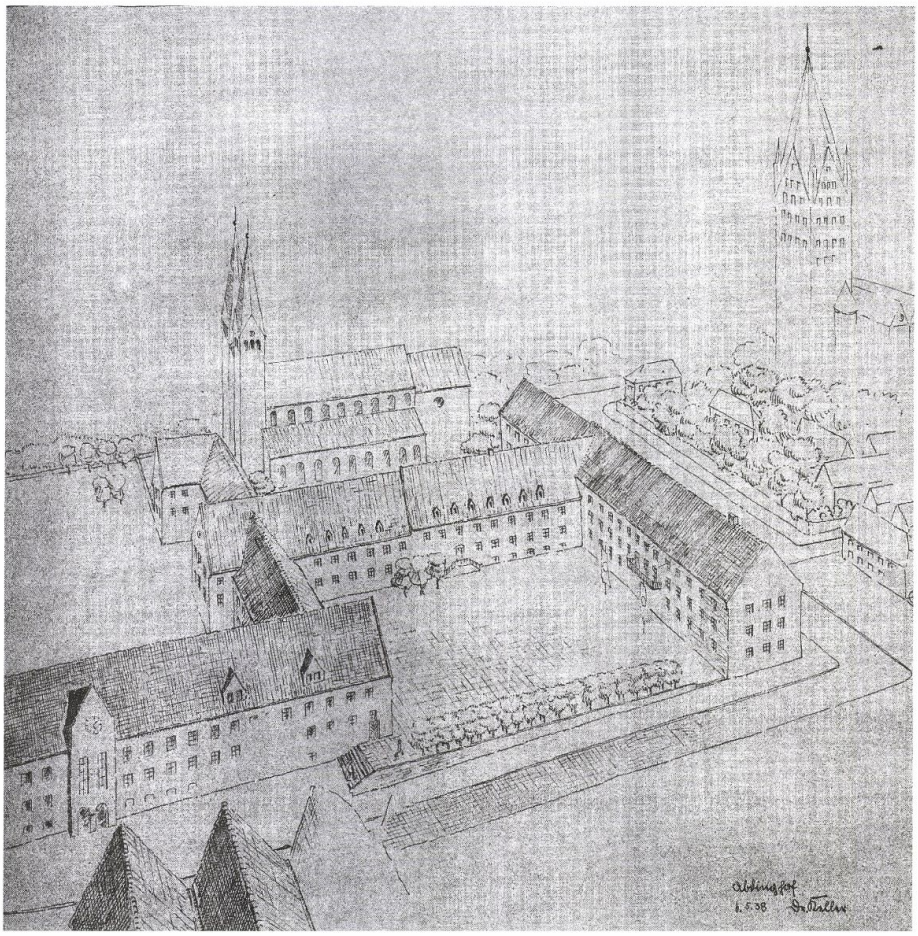


Abb. 30: Herbert Keller: Entwurfskizze eines städtischen Verwaltungsgebäudes am Abdinghof

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 31: Rückfront des Hauses Filter an der Straße „Am Bogen" als Beispiel häßlicher Innenstadtbebauung (Foto Keller)

Abb. 32: Fassade Haus Filter (rechts) als Beispiel des von Keller abgelehnten Historismus (Foto Keller)

Abb. 33: Gebäude an der Straße „Am Bogen" als Beispiel unzulänglicher Innenstadtbebauung (Foto Keller)

Abb. 34: Dokumentation des freien Blicks von der Nordostecke des geplanten Justizgebäudes an der Straße „Am Bogen" auf die Busdorfkirche nach dem Abriß der 1938 zerstörten „häßlichen" (Keller) Synagoge (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

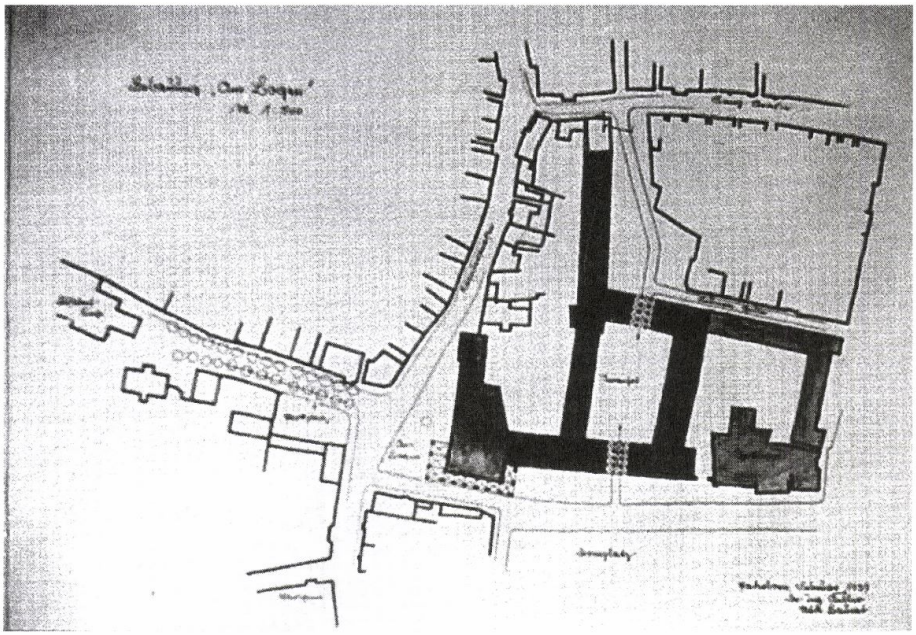


Abb. 35: Herbert Keller: Plan neuer Justizgebäude Kasseler Straße / Am Bogen

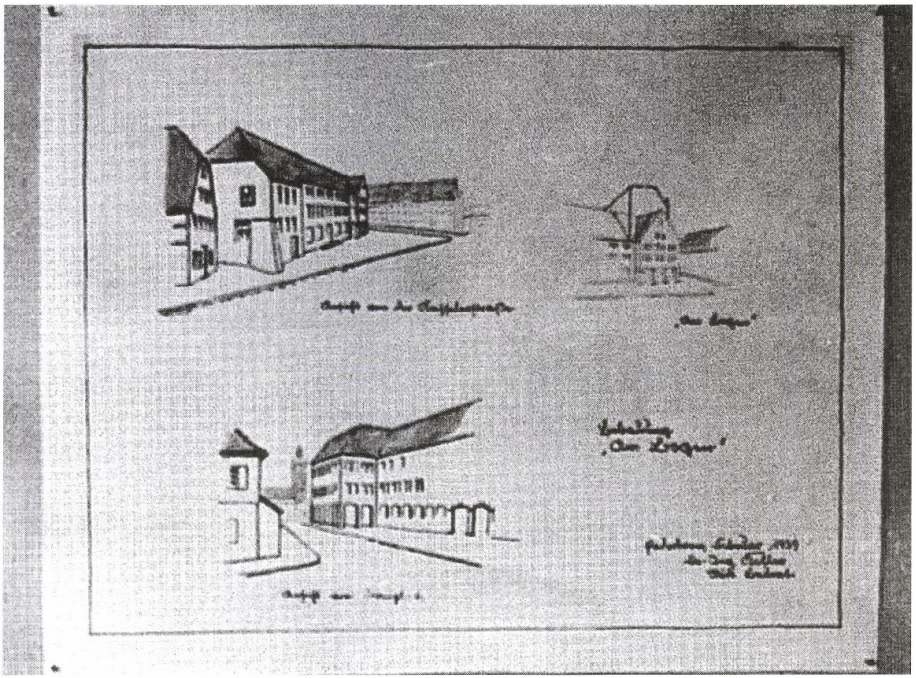


Abb. 36: Herbert Keller: Skizzen neuer Justizgebäude

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

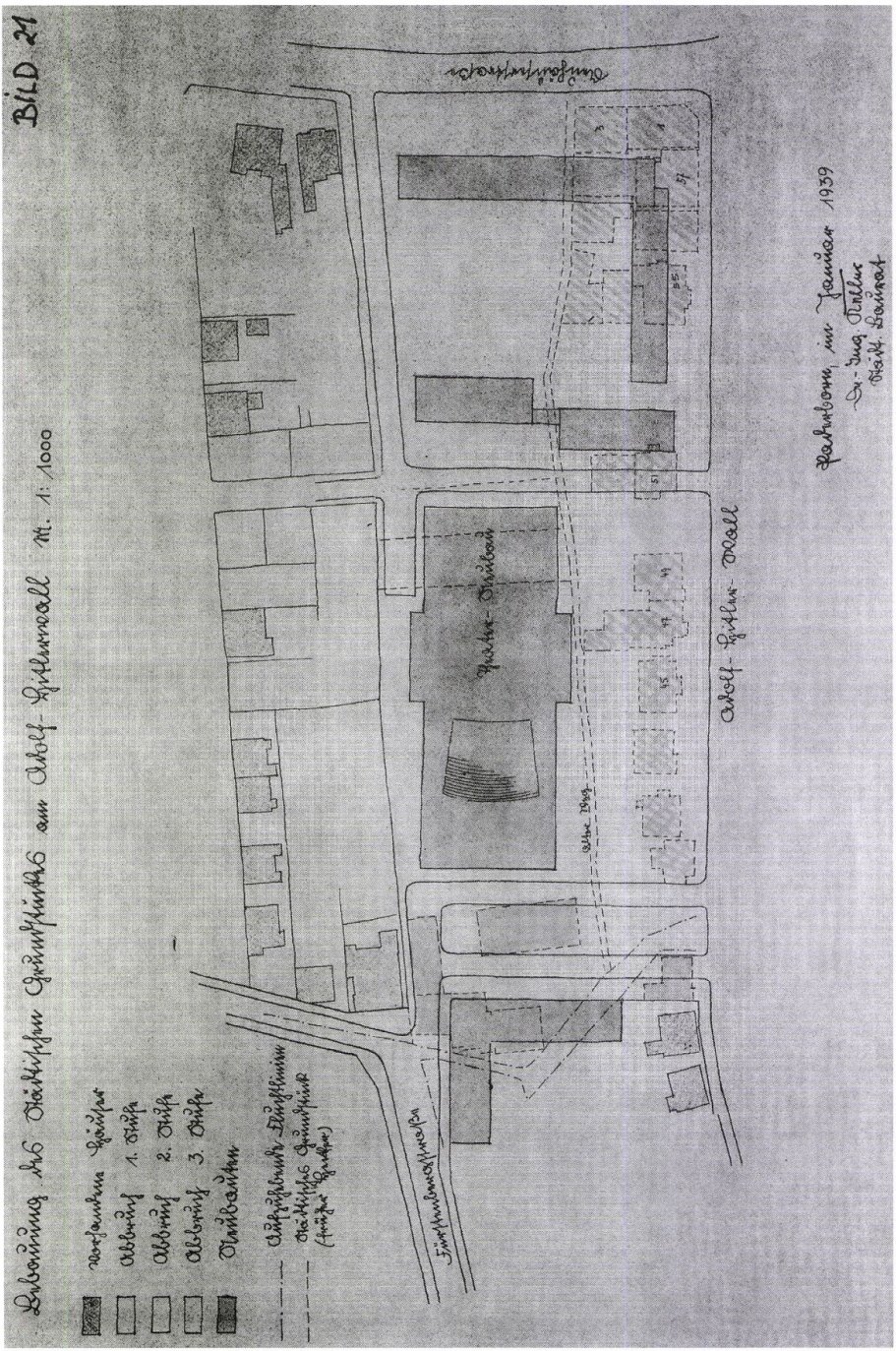


Abb. 37: Herbert Keller: Plan eines Theaterbaus am Adolf-Hitler-Wall (Friedrichstraße)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 38: Westlicher Maspernplatz 1939 (Foto Keller)

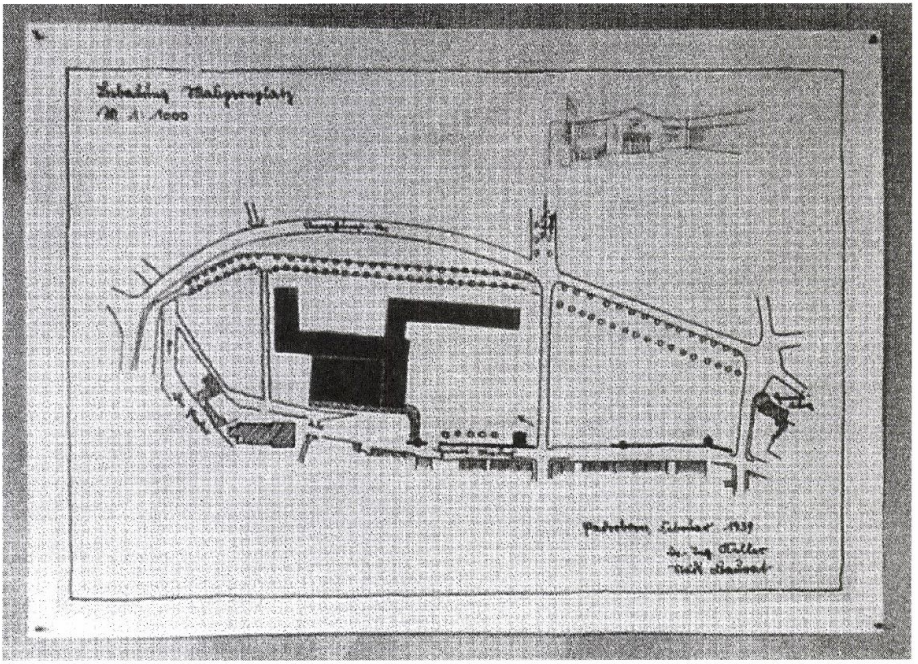


Abb. 39: Herbert Keller: Plan eines Hauses der Partei / Landratsamts auf dem Maspernplatz

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

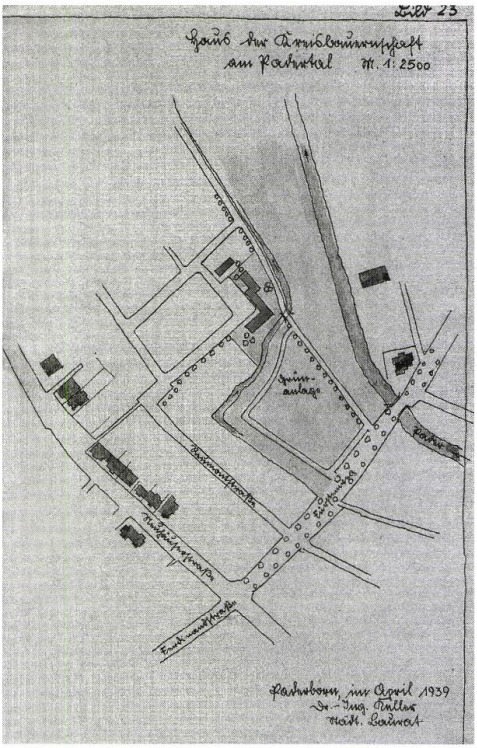


Abb. 40: Herbert Keller: Plan eines Kreisbauernschaftshauses und einer Kreislandwirtschaftsschule an der Pader

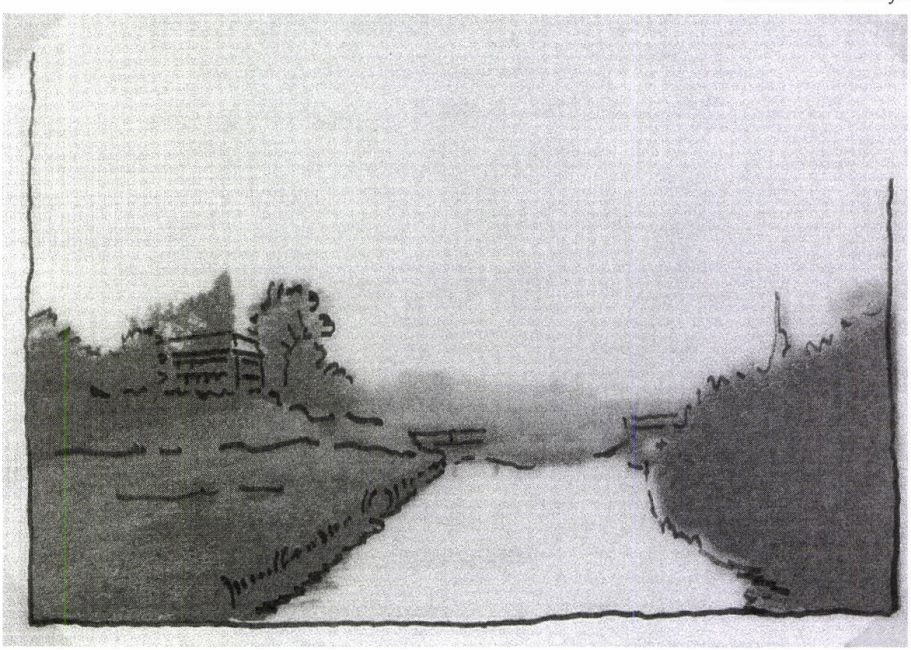


Abb. 41: Herbert Keller: Aquarellskizze des geplanten Gebäudes der Kreisbauernschaft

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

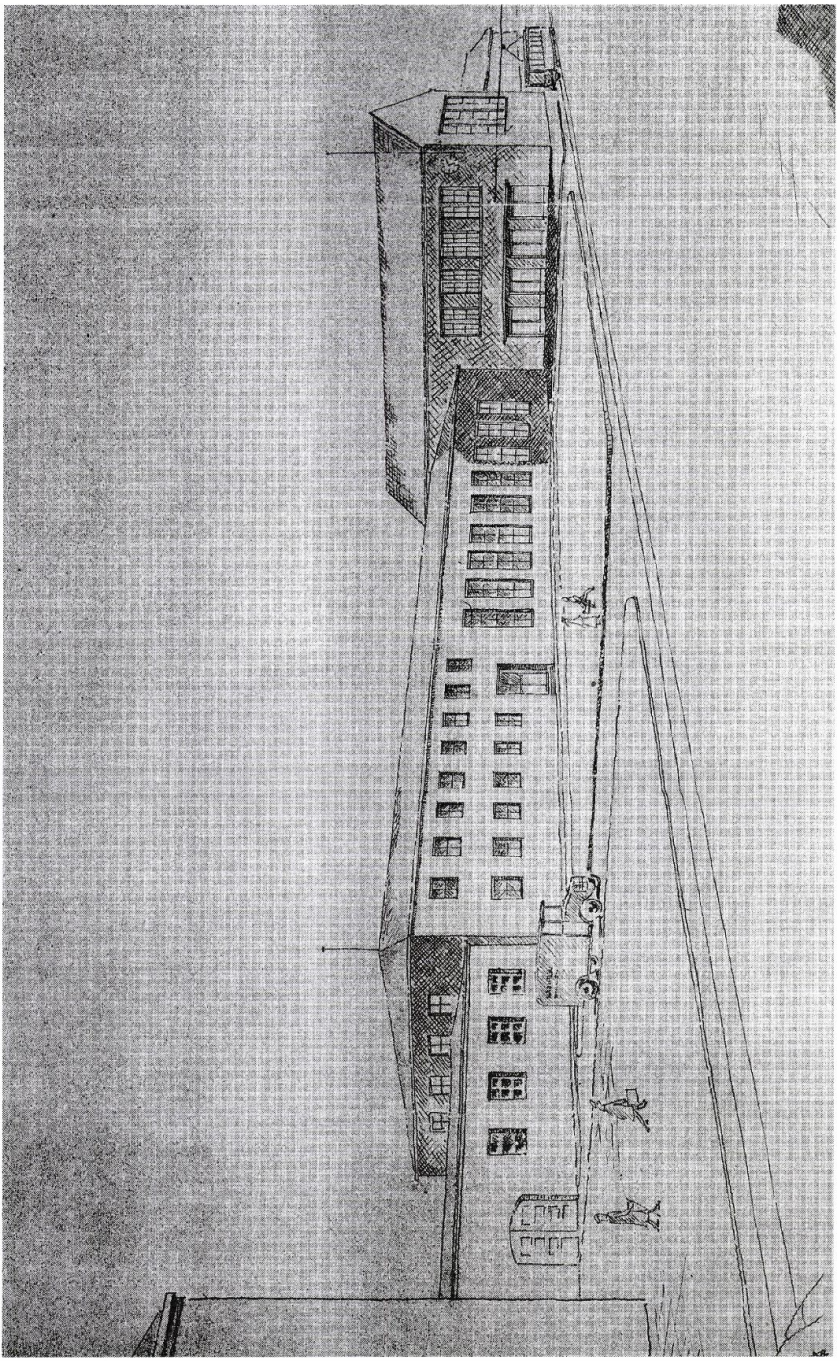


Abb. 42: Herbert Keller: Entwurfskizze eines neuen Hauptbahnhofs anstelle des alten Empfangsgebäudes

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 43: Markkircher Mädchenschule (Herz-Jesu-Schule) an der Riemekestraße (Vordergrund) und Kirchstraße als Beispiel ungeeigneter Schulbauten (Foto Keller)

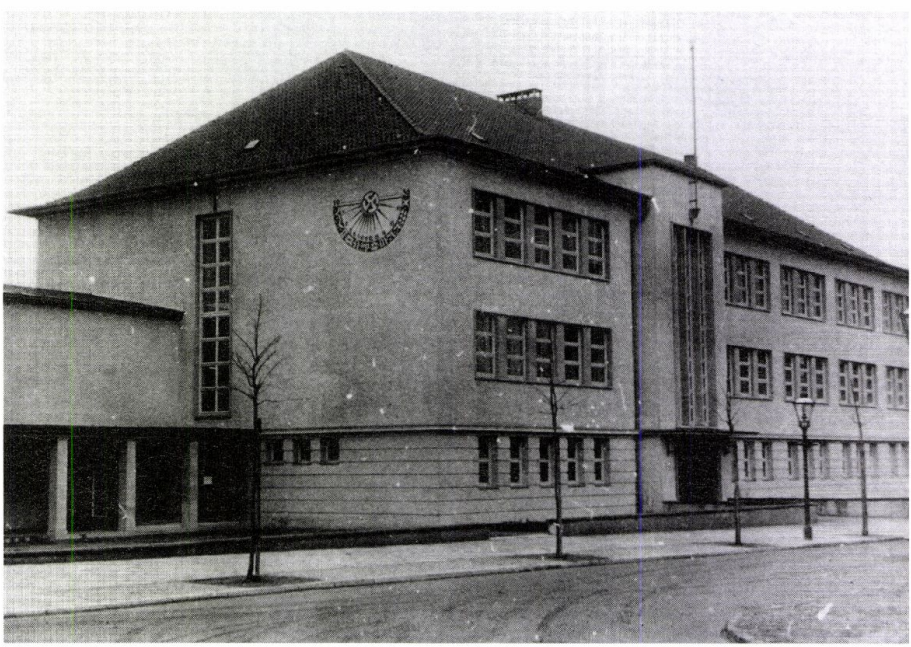


Abb. 44: Schule in Hannover als Beispiel modernen Schulbaus (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

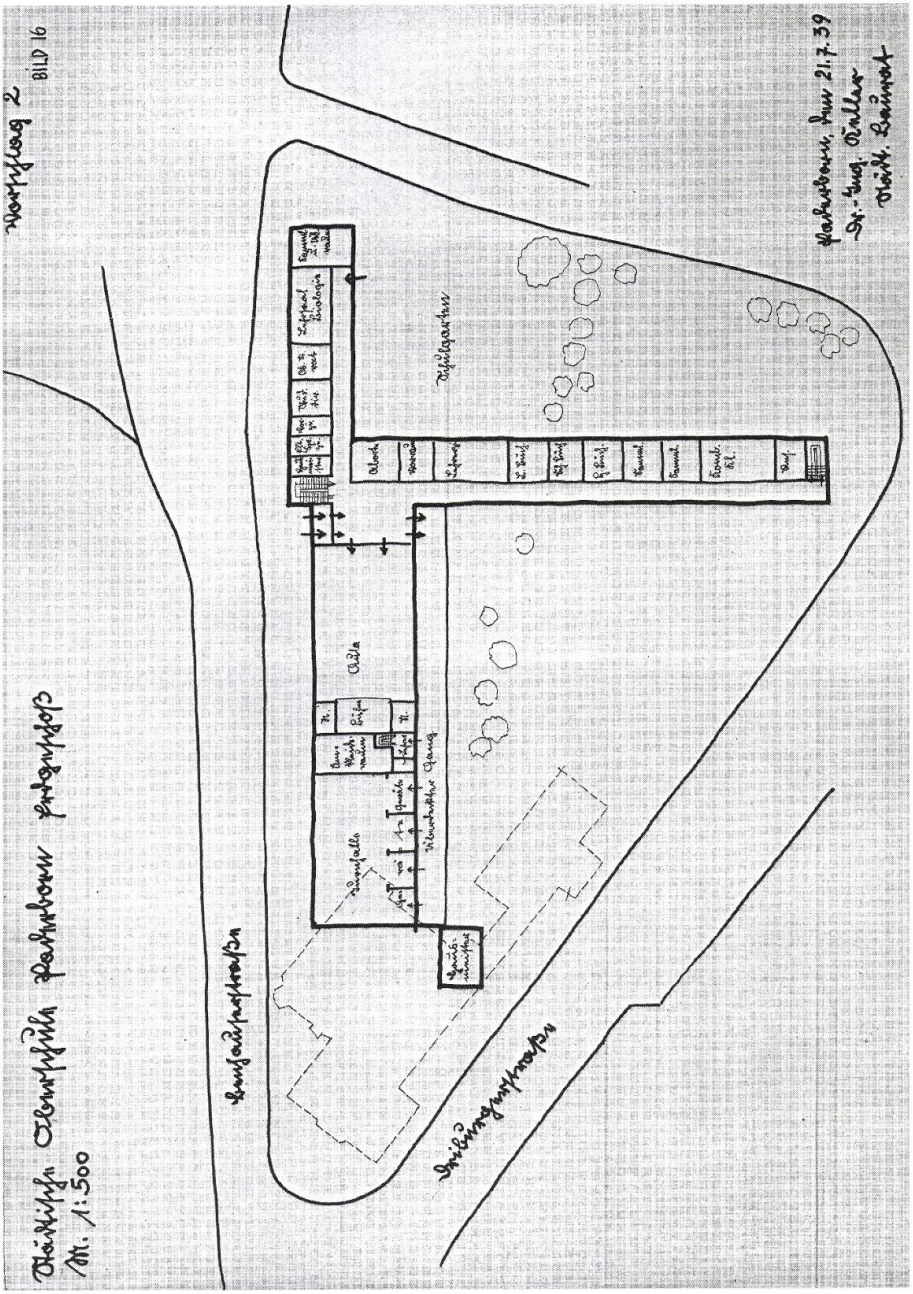


Abb. 45: Herbert Keller: Planskizze eines Neubaus der Städt. Oberschule für Jungen (Reismannschule) an der Driburger Straße anstelle des vorhandenen Baubestands

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

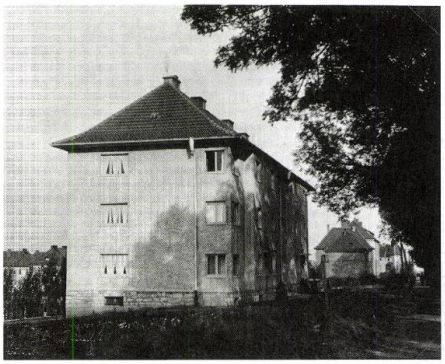


Abb. 46: Dreigeschossiges Mietshaus als Beispiel ungeeigneten Mietshausbaus (Foto Keller)

Abb. 47: Allein stehendes zweigeschossiges Wohnhaus als Beispiel ungeeigneten Wohnhausbaus (Foto Keller)

Abb. 48: Franz Mündelein: Siedlungshaus der Baugenossenschaft „Post und Telegraphie", Auf der Schulbrede 12-18

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 49: Gebäude Am Abdinghof 30 / Marienplatz vor der Renovierung (Foto Keller)

Abb. 50: Gebäude Am Abdinghof 30 nach der vereinfachenden Renovierung (Foto Keller)

Abb. 51: In der Fluchtlinie zurückgesetztes Gebäude Ecke Königstraße/Protgasse (heute Teil der Marienstraße) als Beispiel gelungener Modernisierung (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abb. 52: Geschäftsfront Marienplatz 7 als Beispiel einer überladenen Fassade (Foto Keller)

Abb. 53: Geschäftsfront Marienplatz 7 in schlichter Gestalt als Beispiel gelungener Renovierung (Foto Keller)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Abbildungsnachweis

Stadtarchiv Paderborn: Gutachten Keller 1939: Abb. 14-16, 18-27, 43-47, 49-53;
Gutachten Keller 1939, 8. Kapitel aus dem Nachlaß Keller, Neuzugang 2004 in Kopie: Abb. 17, 28-42; Reproduktion aus dem Nachlaß Keller, Neuzugang 2004: Abb. 1; Abb. 5;
Nachlaß Liedtke: Abb. 13
Stadtarchiv Linz: Abb. 11
Staatsarchiv Detmold: Prozeßakte Keller: Abb. 2
Paul Michels, Paderborn / Bad Lippspringe, Berlin 1931: Abb. 3, 4, 6, 9, 48
Richard Möbius, Max Heidrich, in: Neue Werkkunst, Berlin, Leipzig, Wien 1930 (Stadtarchiv Paderborn): Abb. 7, 8
Die Warte, 3. Jg., 1935: Abb. 10
Westfälisches Volksblatt 31. 10. 1936: Abb. 12

Quelle: Westfälische Zeitschrift 154, 2004 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org